

ZEITTHEMEN

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



ISLAM IN DEUTSCHLAND

DOKUMENTATION EINER
ANHÖRUNG DER CDU/CSU-
BUNDESTAGSFRAKTION

Impressum

Herausgeber >

Hans-Peter Replik MdB, Dr. Peter Ramsauer MdB
CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Redaktion >

Walter Bajohr, Maria Schlechter

Dr. Henner Jörg Boehl

Unter den Linden 71, 11011 Berlin

Telefon 030/227-5 53 74, Fax 030/227-5 66 49

Konzeption >

von Mannstein Werbeagentur

Dezember 1999

Die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung.

Aus dieser Einschätzung ist das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossene Integrationskonzept „Integration und Toleranz“ erwachsen. Aus dieser Einsicht erwachsen auch die verschiedenen von der Union in Bund, Ländern und Kommunen unternommenen Anstrengungen zur Verbesserung der Ausländerintegration in Deutschland.

Ein wichtiger Aspekt der Integration sind die Fragen von Kultur und Religion. Unter den ausländischen Mitbürgern in Deutschland sind ca. drei Millionen muslimischen Glaubens. Die Frage nach dem Islam in Deutschland ist damit eine der Kernfragen einer modernen Integrationspolitik.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat sich darum entschlossen, dieses Thema mit einer breitangelegten Anhörung von Experten aus Wissenschaft, Politik, Kirchen, Ausländerorganisationen und muslimischen Verbänden aufzugreifen.

Mit der vorliegenden Broschüre dokumentieren wir die Beiträge und Diskussion der Veranstaltung sowie in einem Anhang das zugrundeliegende Integrationskonzept und die aus den Ergebnissen der Anhörung entstandene Große Anfrage „Islam in Deutschland“.

**Hans-Peter Replik MdB
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der
CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag**

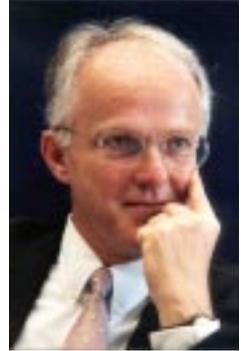
I. DOKUMENTATION DER ANHÖRUNG

06	BEGRÜSSUNG DR. JÜRGEN RÜTTGERS
07	EINLEITUNG DR. WOLFGANG SCHÄUBLE
11	DOKUMENTATION DER DISKUSSION
	BÜLENT ARSLAN , Vorsitzender des Deutsch-Türkischen Forums
	DR. YASAR BILGIN , 1. Vorsitzender des Rates der Türkischen Staatsbürger in Deutschland
	IBRAHIM ÇAVDAR , Generalsekretär des Verbands der Islamischen Kulturzentren
	MURAT ÇAKIR , Vorsitzender des Bundesausländerbeirats
	SAFTER ÇINAR , Stellvertretender Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland
	EMINE DEMIRBÜKEN , Ausländerbeauftragte des Bezirksamts Schöneberg, Berlin
	BASHIR AHMAD DULTZ , Vorsitzender der Deutschen Muslim-Liga Bonn
	DR. NADEEM ELYAS , Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland
	BISCHOF DR. HARTMUT LÖWE , Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in Deutschland
	PROF. DR. HANS MAIER , Ludwig-Maximilians-Universität München
	DR. ECKHARD NORDHOFEN , Leiter der Zentralstelle Bildung der Deutschen Bischofskonferenz
	DR. ANNETTE SCHAVAN , Ministerin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg
	PROF. DR. FARUK SEN , Direktor des Zentrums für Türkeistudien, Essen
	PROF. DR. UDO STEINBACH , Direktor des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg
	GHULAM-.D. TOTAKHYL , Generalsekretär des Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland
	MEHMET YILDIRIM , Generalsekretär der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB)
79	SCHLUSSWORT DR. JÜRGEN RÜTTGERS

II. LEBENSLÄUFE

III. ANHANG

85	INTEGRATIONSKONZEPT DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION
93	GROSSE ANFRAGE „ISLAM IN DEUTSCHLAND“



Dr. Jürgen Rüttgers

„ISLAM IN DEUTSCHLAND“ ANHÖRUNG DER CDU/CSU- BUNDESTAGSFRAKTION AM 15.06.1999

Dr. Jürgen Rüttgers:

Lieber Wolfgang Schäuble!
Lieber Herr Vizepräsident Rudi Seiters!
Liebe Kollegen aus dem Bundestag und
dem Landtag von Nordrhein-Westfalen!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Sie sehr herzlich und mit großer Freude heute morgen hier im Wasserwerk begrüßen. Das Wasserwerk ist ja der ehemalige Ersatzplenarsaal des Deutschen Bundestages, ein Raum mit vielen Erinnerungen, ein Raum mit viel Charme, wie Sie sehen können. Ich freue mich riesig, dass Sie heute morgen so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind zu diesem Forum „Islam in Deutschland“, eine Veranstaltung, die ein wenig aus dem Rahmen dessen fällt, was in diesen Räumen schon alles stattgefunden hat. Eine Veranstaltung, die auch ein Stück weit Experiment für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war. Sie haben durch Ihre Anwesenheit eigentlich schon die

Grundlage gelegt, dass man sagen kann, dass es ein erfolgreicher Tag wird.

Ich begrüße Sie also alle sehr herzlich und fange damit an, dass ich unserem Fraktions- und Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble das Wort gebe. Und dann im Anschluss an seine Rede wird Professor Michael Rutz, der Chefredakteur des Rheinischen Merkur, die Moderation des Tages übernehmen. Seien Sie herzlich willkommen. [Beifall]

Dr. Wolfgang Schäuble:

Vielen Dank, lieber Herr Rüttgers.
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich gerne der Begrüßung von Jürgen Rüttgers anschließen. Ich begrüße Sie alle, auch die Teilnehmer auf dem Forum. Eigentlich war hier das Rednerpult des Bundestages, da ist die

Regierungsbank, da war die Bundesratsbank und irgend etwas haben wir noch dazwischengeschoben, was der Integration dient. Und das ist ja auch das Thema und das Anliegen unserer heutigen Veranstaltung, zu der ich Sie auch meinerseits herzlich willkommen heißen möchte, Ihnen danken möchte, dass Sie gekommen sind und dass Sie sich mit uns den Anstrengungen dieser Veranstaltung unterziehen.

Wir sind in Deutschland ein Land mit über sieben Millionen dauerhaft hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Rund drei Millionen davon sind Muslime oder zählen sich zum Kultur- und Religionskreis des Islam. Auch der Anteil deutscher Staatsangehöriger muslimischen Glaubens ist stetig im Ansteigen. Und das macht deutlich, dass bei Fragen der Integrationspolitik dem Islam in Deutschland eine besonders wichtige

und bedeutende Rolle zukommt. Und deshalb freue ich mich ganz besonders, dass so viele Vertreter muslimischer Organisationen und von Institutionen, die die Interessen unserer ausländischen Mitbürger vertreten, dieser Einladung gefolgt sind.

Deutschland ist ein Land, das kulturell und gesellschaftlich vor allem vom christlichen Abendland und seinen Traditionen geprägt ist, wie die meisten Länder Europas. Staat und Religion sind aus guten Gründen weitgehend von einander getrennt. Aber die religiös-kulturelle Prägung währt gleichwohl fort bis in die Präambel unseres Grundgesetzes hinein.

Auf der anderen Seite wäre das Bild des modernen Deutschland ganz unvollständig gezeichnet, wenn man nicht auf die anderen Kulturen und Religionen hinwiese, die seit längerem



Dr. Wolfgang Schäuble

und in zunehmenden Umfang Bestandteile unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit sind. Gerade weil sich nach langen Jahrhunderten der Glaubenskriege die Toleranz als ein zentrales Element des Christentums durchgesetzt hat, sind gute Voraussetzungen für ein fruchtbares Miteinander der Religionen gegeben. Dass auf der anderen Seite Toleranz und fruchtbares Miteinander der Religionen eine Aufgabe ist, die auch im Europa des zu Ende gehenden Jahrtausends noch nicht überall schon hinreichend gut erfüllt ist, dies lehren uns nicht nur - aber in diesen Wochen besonders - die schrecklichen Entwicklungen im ehemaligen und auseinanderfallenden Jugoslawien, nicht zuletzt im Kosovo.

Auch bei uns ist das Thema der Integration eine der großen Herausforderungen, an denen sich unsere Hoffnung auf Freiheit und Toleranz bewähren muss. Es geht bei richtig verstandener Integration nicht um Fragen der religiösen Wahrheit. Es geht auch nicht darum, ob einer Religion und den auf ihr basierenden Moralvorstellungen mehr Wert und Richtigkeit zukommt als einer anderen. Ein Angehöriger einer muslimischen Glaubensgemeinschaft kann selbstverständlich ein vollständig integrierter Mitbürger sein und genauso als Deutscher fühlen und handeln, wie jemand, der sich vor einem im weitesten Sinne christlichen Hintergrund sieht oder jemand, dem Religion überhaupt nicht viel bedeutet.

Dort jedoch, wo Religionen mit bestimmten unterschiedlichen kulturellen Prägungen einhergehen, muss ein

Ausgleich gefunden werden. Wir wollen in Deutschland weder eine Entwicklung hin zu weitgehend voneinander geschiedenen Parallelgesellschaften, noch wollen wir auf der anderen Seite eine vollständige Assimilierung kultureller Minderheiten. Andererseits muss jedes

EIN ANGEHÖRIGER EINER MUSLIMISCHEN GLAUBENSGEMEINSCHAFT KANN SELBSTVERSTÄNDLICH EIN VOLLSTÄNDIG INTEGRIERTER MITBÜRGER SEIN UND GENAUSO ALS DEUTSCHER FÜHLEN UND HANDELN, WIE JEMAND, DER SICH VOR EINEM IM WEITESTEN SINNE CHRISTLICHEN HINTERGRUND SIEHT ODER JEMAND, DEM RELIGION ÜBERHAUPT NICHT VIEL BEDEUTET.

Staatswesen und jede Gesellschaft auf ein bestimmtes gemeinsames Fundament, ein gegenseitiges Vertrauen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl achten. Und zu diesem Fundament zählt die Akzeptanz eines gemeinsamen Grundwertekanons.

Anders wird eine Gesellschaft mit den unterschiedlichsten individuellen Lebensvorstellungen nicht stabil bleiben, ohne einen solchen Grundkonsens der Freiheit wird sie nicht wirklich zukunftsfähig sein. Und ohne einen solchen Grundkonsens wird eine freiheitliche Ordnung niemals offen und tolerant bleiben.

In unserem Grundgesetz ist mit dem Leitbild der Menschenwürde und den

aus ihr folgenden Grundrechten ein solches Wertefundament gegeben. Die zentralen Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind die unverzichtbaren Voraussetzungen für ein tolerantes, von gegenseitigem Respekt gekennzeichnetes Miteinander. Und um dieses gemeinsame Fundament zu festigen, setzt die Union auf eine wirkliche Integration, die über die Fragen eines bloßen rechtlichen Status hinausgeht. Sprache, Schule, Ausbildung, Beruf, Alltag, Freizeit, gesellschaftliches Leben, überall brauchen wir ein echtes, gelebtes Miteinander. Und ein solches Miteinander wollen wir nach Kräften fördern, wollen es aber auch von allen Beteiligten fordern.

Integration ist daher immer persönliche Chance und persönliche Aufgabe zugleich. Und Integration ist eine Aufgabe für alle Beteiligten. Alle müssen aufeinander zugehen. Wenn nur der eine sich bewegen, sich anstrengen muss, wird er dies automatisch als eine unfaire Verteilung der Integrationslasten begreifen, und Zurückweisung statt Aufeinanderzugehen wäre die Folge.

Ich muss und ich möchte an dieser Stelle ein Wort zum Problem der regelmäßigen Hinnahme von doppelter Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung sagen. Wir haben es uns mit unserer Entscheidung nicht leicht gemacht. Wir haben uns gegen die regelmäßige Hinnahme von doppelter Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung entschieden, weil wir glauben, dass am Anfang die bewusste und freie Entscheidung zur Integration stehen muss. Für uns stand und steht nicht so sehr die Sorge über eine Entwertung der

deutschen Staatsbürgerschaft im Vordergrund, wenn man diese denn leichthin jedem, der sie haben will, verleiht. Das Entscheidende ist vielmehr, dass der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit die Konsequenz einer bewussten und gewollten Integration sein muss, also nicht den Anfang, sondern eher das Ende einer Entscheidungsprozesses markiert. Ausnahmen von dieser Regel sind natürlich anzuerkennen, sind im übrigen auch wenig umstritten, haben auch in der Vergangenheit niemals Probleme geschürt. Die Debatte über die regelmäßige Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit als eine Debatte gegen Menschen, die mehrere Staatsangehörigkeiten haben, zu verstehen, war immer falsch und ungerecht. Und es liegt mir daran, dieses Missverständnis, an dem wir vielleicht auch nicht völlig unschuldig sind, bei dieser sich bietenden und bei jeder sich bietenden Gelegenheit auszuräumen.

Aber eine Staatsbürgerschaft, die quasi zum Nulltarif verliehen wird, würde Bemühungen um Integration erschweren, wenn nicht sogar zunichte machen, weil es eben auf die Integration bei der Einbürgerung – es geht gar nicht um die Frage der Kinder, die hier geboren werden, wie Sie sehen, nicht mehr ankäme. Das Ergebnis hätte wohl keine befriedende Wirkung. Und diese befriedende Wirkung ist wichtig, wenn Toleranz erhalten, ja gefördert werden soll. Deshalb ist eine wirkliche und gedeihliche Integration nicht gegen den Willen der großen Mehrheit der deutschstämmige Bevölkerung zu erreichen. Dazu muss man die Menschen dort abholen, wo sie sind,

wenn man das Denken und ihr Handeln verändern will. Eine staatsbürgerliche Gleichstellung auf dem Papier, aber eine innerliche Ablehnung durch die Bürger im täglichen Leben würde also im Ergebnis den hier lebenden ausländischen Mitbürgern nicht nutzen.

Wir wollen die gegenwärtige Lage substanziell verbessern. Wir wollen die Bereitschaft zu Offenheit und Toleranz erhalten, indem wir von den Bürgern Integrationsleistung fordern, aber auch darauf achten, dass sie sich nicht überfordert fühlen. Wir haben erreicht,

INTEGRATION IST DAHER IMMER
PERSÖNLICHE CHANCE UND
PERSÖNLICHE AUFGABE ZUGLEICH.
UND INTEGRATION IST EINE AUFGABE
FÜR ALLE BETEILIGTEN. ALLE MÜSSEN
AUFEINANDER ZUGEHEN.

dass mehr über wirkliche Integration nachgedacht und diskutiert worden ist, als alle Pläne der rot-grünen Bundesregierung im übrigen jemals vorsahen. Wir haben übrigens, auch daran liegt mir, fünf Millionen Unterschriften für die Integration gesammelt und nicht gegen sie. Das stand nicht nur in der Überschrift unseres Aufrufs, sondern jeder, der unterschrieb – und die allermeisten haben sehr genau gelesen, was sie unterschrieben haben und haben sehr penibel ausgefüllt, man konnte das immer beobachten - und jeder, der unterschrieb, hat seinen Namen unter anderem unter folgenden Text geschrieben: „Die Integration“ – ich zitiere aus unserem Aufruf - „der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland

lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung. Integration erfordert Toleranz für andere Lebensart und das Bemühen in Deutschland heimisch zu werden.“

Die Gretchen-Frage jeder Integrationspolitik, meine Damen und Herren, lautet meines Erachtens: Wie viel Gemeinsamkeit ist notwendig und wie viel Verschiedenheit ist möglich? Wo verläuft die Ideallinie? Die Union hat dazu das Konzept „Integration und Toleranz“ vorgelegt, das leider von der Regierungskoalition ohne Begründung und ohne jeden Ersatz abgelehnt beziehungsweise überhaupt nicht behandelt worden ist. Dieses Konzept ist maßgeblich unter der Federführung von Jürgen Rüttgers erarbeitet worden, und ich will die Gelegenheit nutzen, ihm an dieser Stelle noch einmal herzlich für diese Arbeit zu danken. Die Tauglichkeit dieses Konzeptes zu überprüfen, dieser Ideallinie, wie viel Gemeinsamkeit ist notwendig und wie viel Verschiedenheit ist möglich, näher zu kommen, das ist das Ziel dieser Anhörung. Wir brauchen dazu Sie, so wie wir Sie bei der Umsetzung aller weiteren Integrationssschritte brauchen werden, Sie alle, wie Sie jetzt in diesem Wasserwerk versammelt sind. Wir brauchen alle Bürger in Deutschland, und wir brauchen Ihre Mithilfe jeden Tag aufs Neue. Und in diesem Sinne möchte ich gerne diese Veranstaltung eröffnen und ihr gutes Gelingen wünschen. Herzlichen Dank. [Beifall]

Prof. Michael Rutz:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie. Die Rolle eines Moderators ist auch eine, die zunächst auf einige Abläufe hinzuweisen hat. Ich möchte das Gespräch in einzelne Fragekreise untergliedern. Im Großen und Ganzen handelt es sich um drei große Kapitel. Das erste Kapitel betrifft die Integration, also die Situation und die Integration der Ausländer und speziell der Moslems in Deutschland. Im zweiten Kapitel wollen wir uns der Frage des Religionsunterrichts widmen und im dritten Kapitel der Frage „Islam in Deutschland – deutscher Islam?“ nachgehen. Beginnen möchte ich im kleinen Frage- und Antwortspiel mit Herrn Rüttgers, denn es fällt dem Beobachter, als der ich mich verstehe, natürlich schon auf, dass eigentlich über viele Jahre von diesem Thema nicht die Rede war, und die Frage eines Integrationskonzepts für Ausländer und insbesondere für Ausländer muslimischen Glaubens in der Bundesrepublik offengeblieben ist. Was hat dazu geführt, Herr Rüttgers, dass die CDU jetzt dieses Thema aufgegriffen hat?

Dr. Jürgen Rüttgers:

Einer der Anlässe für die Neuformulierung der Ausländerpolitik der Union war die Tatsache, dass die rot-grüne Bundesregierung den Doppelpass einführen will. Wir haben im vergangenen Jahr zusammen gesessen und die Frage miteinander in der Bundestagsfraktion diskutiert: Wie antworten wir darauf? Es war gemeinsame Auffassung, dass es ein ganz gravierender Fehler sein würde,

wenn wir einfach nur Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft sagen würden. Es hat Reihe von Kolleginnen und Kollegen gegeben, die schon in den letzten Jahren sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt waren. Bei der Diskussion sind wir dann auf einen Punkt gestoßen, der – man wundert sich eigentlich, warum – überraschend war. Nämlich dass sich diese Gesellschaft, auch die Politik, nicht klar darüber geworden ist, was eigentlich mit den hier rechtmäßig und dauerhaft lebenden ausländischen Bürgern geschehen soll. Für viele, viele Jahre, ja Jahrzehnte, hatte man unterschiedliche Ansätze, teilweise ausgesprochen, teilweise nicht ausgesprochen. Zuerst hat man gesagt, wir holen die Gastarbeiter einmal herein. Sie sollen hier arbeiten, aber sie sollen irgendwann wieder nach Hause zurückkehren. Dann hat man irgendwann gemerkt, dass nicht nur Arbeiter nach Deutschland gekommen sind, sondern dass Menschen gekommen sind, die Familie und Kinder haben, die hier in Deutschland geboren wurden. Dann hat es eine Debatte gegeben: „Wie gehen wir jetzt damit um?“

Im Zusammenhang mit den großen Flüchtlingsströmen in den achtziger und Anfang der neunziger Jahre kam dann wieder sehr stärker der Gedanke auf: Nein, die müssen alle nach Hause. Was dann geschehen ist, Anfang des Jahres, ist zumindest für die CDU/CSU ein Paradigmenwechsel. Es wurde gesagt: „Nein, wir gehen jetzt in unserer Politik davon aus, dass die rechtmäßig und dauerhaft hier lebenden ausländischen Mitbürger auf Dauer in Deutschland bleiben und dass sie Teil der deutschen Gesellschaft sind“. Wenn man soweit

geht, dann liegt die Frage der Integration auf der Hand. Und dann taucht die Frage auf: Wie macht man das? Wie erreichen man dieses Ziel?

schwieriger sind. Welche Punkte haben Ihnen die meisten Diskussionen eingebracht und das stärkste Ringen um Lösungen?

Prof. Michael Rutz:

Sie haben daraufhin ein Konzept geschrieben. Das sind zehn Punkte, deren Überschriften ich kurz zitieren will: „Sprache, Familie, Schule und Bildung, Arbeit und Ausbildungsplätze, Mittelstand und Selbständigkeit, Sicherheit und Polizei, Landesverwaltung und Kommunen, Bundeswehr und Zivildienst, Vereine, Parteien, Kirchen, Kultur und Religion“. Ein elfter Punkt heißt „Medien und Öffentlichkeit“. Das sind zum Teil Punkte, bei denen man sagen würde, das ist relativ leicht zu erarbeiten, es bietet sich an. Und es gibt Punkte, die

Dr. Jürgen Rüttgers:

Wenn man es von der öffentlichen Debatte her betrachtet, dann war es ganz sicherlich die Frage nach dem muslimischen Religionsunterricht. Als plötzlich im Rahmen der Debatte über die Frage der Unterschriftenaktion Anfang des Jahres in den großen Zeitungen zu lesen war: „CDU für muslimischen Religionsunterricht“ gab es innerhalb der CDU, innerhalb der CSU, eine große Unruhe, weil diese Überlegung ungewohnt war. Der ganze Gedankengang war bisher nicht öffentlich artikuliert.



Die Podiumsteilnehmer: Bülent Arslan, Dr. Yasar Bilgin, Murat Çakir, Ibrahim Çavdar, Safer Çinar, Emine Demirbüken, Bashir Ahmad Dultz, Dr. Nadeem Elyas, Dr. Jürgen Rüttgers, Prof. Michael Rutz, Dr. Wolfgang Schäuble, Bischof Dr. Hartmut Löwe, Prof. Dr. Hans Maier, Dr. Eckhard Nordhofen, Dr. Annette Schavan, Prof. Dr. Faruk Sen, Prof. Dr. Udo Steinbach, Ghulam-.D. Totakhyl, Mehmet Yildirim (v. li.n.re.)

Um es einmal etwas polemisch zu sagen, da geisterten Vorstellungen teilweise in den Köpfen herum, die mehr so auf der Ebene waren „Woher kommt der neue Prinz Eugen, der den Ansturm der muslimischen Welt zurückschlägt?“ Oder: „Müssen wir uns nicht wehren - Europa gegen diesen Ansturm?“ Da ist manches Dumpfe gewesen, das kann man sehr gut sehen, wenn man die Post kritisch durchschaut, die in diesem Zusammenhang eingegangen ist. Aber es hat sich gezeigt - und da bin ich auch ein Stück weit stolz -, dass wir nicht eingeknickt sind, sondern die Sache klar durchdekliniert haben: Eine Partei, die für Religionsunterricht eintritt, ihn für erforderlich hält, kann eben nicht erklären, Religionsunterricht gilt nur für Katholiken und Protestanten und nicht für Muslime.

Wir haben allerdings auch dazu gesagt, wie man das Ganze organisieren muss, nämlich an deutschen Schulen, in deutscher Sprache, mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern, unter deutscher Schulaufsicht. Es hat sich inzwischen eine breite Debatte auch mit den kirchlich Engagierten in Deutschland ergeben, bei der es um praktische Fragen geht.

Darüber hinaus gibt es einen weiteren Punkt, der genauso interessant ist. Wolfgang Schäuble hat darauf hingewiesen. Wir waren uns von Anfang an darüber im klaren, dass die Frage Doppelpass nicht die entscheidende Frage für die Integration sein dürfe. Der Streit bei uns ging immer nur um die Frage: Hilft ein Doppelpass bei der Integration? Oder soll er am Ende erfolgreicher Integration stehen? Dem gegenüber haben die politischen Gegner

immer gesagt: Doppelpass gleich Integration. Wer einen Doppelpass hat, ist integriert. Wer einen Doppelpass hat, ist integriert. Keinen weiteren Aussagen. Insofern haben wir schon bedauert, dass im Deutschen Bundestag die inhaltliche Debatte über die Frage, wie Integration stattfindet, gar nicht begonnen worden ist, obwohl wir es versucht haben.

EINE PARTEI, DIE FÜR
RELIGIONSUNTERRICHT EINTRITT, IHN
FÜR ERFORDERLICH HÄLT, KANN EBEN
NICHT ERKLÄREN,
RELIGIONSUNTERRICHT GILT NUR FÜR
KATHOLIKEN UND PROTESTANTEN UND
NICHT FÜR MUSLIME.

Wir haben uns vorgenommen - dem dient auch der heutige Tag - bei dem Thema nicht ruhig zu sein, es nicht auf sich beruhen zu lassen. Wir haben zwar ein neues Gesetz für die Staatsbürgerschaft, aber an der konkreten Wirklichkeit dieser Gesellschaft, an der konkreten Wirklichkeit etwa der türkischen Mitbürger, die z. B. in Duisburg-Marxloh leben, geht das vorbei. Vielerorts gibt es eine Parallelgesellschaft. Da traut sich die Polizei nicht mehr hin. Daran hat sich durch dieses neue Staatsangehörigkeitsrecht überhaupt nichts geändert. Wenn stimmt, was wir gesagt haben, ist das Zukunftsfrage für die Gesellschaft, für ihre Zukunftsfähigkeit, für ihre Homogenität in Vielfalt. Dann dürfen wir bei dem Thema jetzt nicht einfach sagen: „Das war's denn; die Schlacht ist geschlagen; jetzt bleibt alles beim alten“. Wir werden sonst irgendwann in die Situation

kommen, dass Menschen in diesem Land zwar leben, aber nicht Teil dieses Landes und seiner Gesellschaft sind.

Prof. Michael Rutz:

Beginnen wir mit der Diskussion. Herr Professor Sen, Sie haben das Integrationskonzept, das die CDU/CSU im März vorgelegt hat, gelesen. Wenn Sie die Probleme bilanzieren, die aus Ihrer Sicht für die Integration von Ausländern bestehen und insbesondere von Ausländern muslimischen Glaubens in Deutschland: Trifft dieses Konzept die Notwendigkeiten?

Prof. Dr. Faruk Sen:

Einen Punkt muss ich wirklich hier erwähnen. Mit dem Papier von Herrn Rüttgers können die Migranten in vielen Hinsichten sehr gut leben. Es ist ein ganz großer Fortschritt, dass man sich mit einem solchen Papier für die Integration der Migranten hier Gedanken macht. Man muss von der Frage ausgehen, ob die Integration der Ausländer in Deutschland gelungen ist oder nicht gelungen ist. Das kann man mit einem halbvollen Glas vergleichen. Ich kann Ihnen die positiven Auswirkungen erklären, wie toll wir Ausländer hier integriert sind, aber es gibt auch natürlich negative Bereiche, wo die Integration stark zu wünschen übrig lässt.

Insgesamt können wir davon ausgehen, dass die Migranten, die auch einen islamischen Hintergrund haben und deren Zahl hier nicht gering ist, natürlich eine etwas schlechtere Position im Vergleich zu den anderen Migranten haben. Denn sehen Sie: Wir haben

2.780.000 muslimischen Migranten, die noch eine andere Staatsangehörigkeit haben. Wenn wir einmal näher analysieren: Die Türken, Bosniaken, Menschen aus den Maghrebstaaten und Iran gehören alle nicht zu den EU-Staaten, das heißt, bestimmte Privilegien, die man als EU-Ausländer hat, haben die Mitglieder dieser Migrantengruppe natürlich nicht. Und bei dieser Migrantengruppe, vor allem bei den Türken, hatte man teilweise das Gefühl gehabt - besonders nach den rechtsradikalen Aktivitäten zwischen Mölln und Solingen -, dass sie insofern angegriffen werden, weil sie zu einem anderen Kulturkreis gehören und weil sie

ES GIBT 55 STAATEN MIT
ISLAMISCHER AUSPRÄGUNG UND ES
GIBT 55 VERSCHIEDENE
INTERPRETATIONEN DES ISLAMISCHEN.

Moslems sind. Dieses Gefühl hat dafür gesorgt, dass gerade die türkische Migrantengruppe, aber auch die anderen Migrantengruppen, sich auf ihre eigenen Länder und Infrastrukturen zurückgezogen haben. In der letzten Zeit erleben wir nicht nur, dass die Moschee-Vereine oder Sportvereine sehr stark zunehmen. Das Sich-Zurückziehen reicht auch bis zum Freizeitverhalten. Bis hin zu Diskotheken stellen wir fest, dass die türkischen Migranten hauptsächlich ihre eigenen Infrastrukturen in Anspruch nehmen. Es ist eine Tatsache, dass bei den türkischen Haushalten - wenn wir wirklich von 2.107.000 Türken mit türkischem Pass und von 220.000 mit deutschem Pass ausgehen - über 91 Prozent die Möglichkeit haben, via

Satellitenantenne oder über Kabelanschluss das türkische Fernsehen zu konsumieren. Oder sie lesen verstärkt türkische Zeitungen. Es ist höchste Zeit, dass man in dieser Hinsicht ganz bestimmte Schritte unternimmt.

Innerhalb der Europäischen Union leben unter 371 Mio. Menschen 13 Mio. Muslime, hauptsächlich in drei Staaten. Wenn wir die muslimischen Gruppen in Deutschland analysieren, stellen wir fest, dass es mehr türkisch geprägte Muslime sind. Die Türken und die Bosniaken, die während des osmanischen Reiches den Islam übernommen haben, haben besondere Wertmuster oder Praktiken mit dem Islam übernommen. Wenn wir den Vergleich mit Frankreich ziehen, wo hauptsächlich aus den Maghreb-Staaten stammende Muslime leben, stellen wir fest, dass ihre Einstellungen und Probleme anders sind. In England - die drittgrößte muslimische Minderheit lebt in England – treffen wir Muslime aus Indien und Pakistan.

Es ist eine Tatsache: Es gibt 55 Staaten mit islamischer Ausprägung und es gibt 55 verschiedene Interpretationen des Islams.

Ich weiß, dass einige von meinen Landsleuten, früheren Landsleuten, mich in dieser Hinsicht vielleicht kritisieren, aber der Islam übernimmt natürlich auch die Gegebenheiten der Region, in der die Leute leben, und wie sie dort leben. Wenn wir wieder die Situation in der Bundesrepublik betrachten, würde ich sagen, hat die Integration der türkischen Migrantengruppe, der größten Migrantengruppe, sehr große Fortschritte gemacht. Das hat Herr Rüttgers in

seinem Papier auch sehr gut definiert. Sie machen sich selbständig, sie sehen ihre Zukunftsperspektive hier. Zu ihren Investitionen gehört auch der Hauserwerb in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind die besten Konsumenten geworden, und sie sehen ihre Zukunftsperspektive hier. Das sieht man auch bei der Zahl der Türken, die an die Rückkehr denken. Ihre Zahl nimmt auch nach unseren Studien immer mehr ab. Wir stellen fest, dass die zweite und dritte Generation immer mehr darauf Wert legt, dass sie eine Ausbildung, einen Ausbildungsplatz bekommt. Aber wir haben nicht für all die jungen Leute Ausbildungsmöglichkeiten. Und deswegen begrüße ich, - das ist das nächste Kompliment, Herr Rüttgers, was ich an Sie mache - dass Sie nach einer Studie die Initiative in die Wege geleitet haben, inwiefern ausländische Selbständige imstande sind, Ausbildungsplätze anzubieten. Das ist ein Aufgabenbereich, bei dem gewisse Bundesländer auch Schritte unternehmen. Zum Beispiel kümmert sich in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen der Ministerpräsident sehr stark darum, dass auch ausländische Selbständige Ausbildungsplätze anbieten. Das heißt, die Nachfrage ist da, und der Wille ist auch da.

Kommen wir zur sozialen Integration der Migranten. Das ist in der Tat ein halbvolles Glas. Wir hatten bis 1991 ein Ausländergesetz, das die Ehefrauen sehr stark benachteiligte, das die Ehefrauen von ihrem Aufenthaltsstatus her sehr stark von ihren Männern abhängig machte. Das heißt, wir hatten eine doppelte Diskriminierung der türkischen Migrantinnen-Frauen. Natürlich gibt es sehr

viele Probleme – das sehen wir auch bei der Erziehung der jungen Generation. Und ich begrüße sehr, dass auch die politische Integration der Migranten, auch der moslemischen Migranten, Fortschritte macht. Wir wissen, dass das Interesse an der deutschen Politik stark zunimmt. Und wir haben das anhand einer repräsentativen Befragung bei der türkischen Minderheit, bei den Deutschen türkischer Herkunft festgestellt, inwiefern sie an den deutschen etablierten Parteien Interesse zeigen. Nur 1 Prozent haben sich für eigene Parteien stark gemacht, die anderen haben - je nach politischer Couleur - für andere Parteien Interesse gezeigt.

Prof. Michael Rutz:

Gibt es denn etwas, Herr Prof. Sen, das Ihrer Meinung nach in diesem Papier, in diesem Integrationskonzept fehlt?

Prof. Dr. Faruk Sen:

Das Integrationspapier ist eine Grundlage, auf der wir diskutieren können. Aber ich glaube, das heutige Thema ist in Grundzügen im Integrationspapier nicht ganz enthalten. Wenn wir von den islamischen Gruppen ausgehen, von 3,2 Mio. Menschen, von den deutschen Muslimen oder von den neuen Deutschen mit türkischer Herkunft, haben wir sechs Probleme, die wir vielleicht diskutieren sollten.

Prof. Michael Rutz:

Wir kommen dazu.

Prof. Dr. Faruk Sen:

O.K. Sonst kann man in diesem Papier die ersten Fortschritte sehen. Aber das Zusammenleben mit der muslimischen Migrantengruppe wird uns noch sehr lange beschäftigen, denn die Zahl der muslimischen Migrantengruppen sowohl aus ehemaligen Jugoslawien als auch aus der Türkei wird zunehmen. Wir können davon ausgehen, dass die Zahl der Muslime, die sich zur Zeit um 3,2 Mio. bewegt, durch Heiratsmigration nicht geringer wird, sondern ständig zunehmen wird.

Prof. Michael Rutz:

Das rechtfertigt es, dass das Verhältnis des Islam in Deutschland in den Mittelpunkt der heutigen Diskussion gestellt wird. Noch einmal, dieses Papier, so wie es hier steht, ist eines, das sich generell mit den Ausländern, mit der Ausländerintegration in Deutschland befasst. Herr Professor Steinbach, der Name Ihres Instituts lautet Orient-Institut, Sie überblicken diese Problematik jedoch über den Orient hinaus. Gibt es einen Punkt, bei dem Sie sagen, der gehört noch hinein und geht über die Punkte hinaus, die schon behandelt werden. Oder gehen Sie, was dieses Papier betrifft, von einer gewissen Vollständigkeit aus und sagen, wir können auf dieser Basis diskutieren?

Prof. Dr. Udo Steinbach:

Ich habe das Papier im Zug ganz flüchtig gelesen und finde es mit Blick auf die allgemeine Migrations- oder Integrationsproblematik in Ordnung. Es ist, glaube ich, kein Punkt drinnen, bei dem man widersprechen könnte.

Allerdings mit Blick auf das, was wir hier diskutieren, ist es unzureichend, weil wir, das zeigt ja diese Anhörung, einen fundamentalen Diskussionsbedarf haben, nämlich mit Blick auf die Frage: „Worüber reden wir?“ Reden wir wirklich über Integration? Reden wir über Portugiesen, reden wir über Spanier, reden wir über andere EU-Migranten, worüber reden wir eigentlich? Offensichtlich reden wir doch hier in diesem Forum und in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit mehr und mehr darüber, dass bestimmte Gruppen unter den Muslimen als besondere Problemgruppen angesehen werden mit Blick auf die Integration. Das ist das Thema. Das heißt, dass der Islam und die Tatsache, dass Türke und Moslem in wachsendem Maße sozusagen zu einer Identifikation gebracht werden, auch parallel problematisiert werden. Das schafft offensichtlich einen immer tieferen Graben zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und einer

spezifischen Gruppe.

Ich will Sie einmal provozieren: Reden wir wirklich über etwas anderes als die Türken, wenn wir über Migrationsprobleme, über Integrationsprobleme, über die Probleme des Islam sprechen? Also woher kommt das. Ich glaube, da müssen wir ganz offen sein. Wir reden zum Beispiel nicht über Iraner. Wir haben hier 130.000 Iraner in Deutschland, in der Masse mit dem doppelten Pass. Wir reden nicht darüber. Worüber reden wir? Wir reden über eine spezifische Gruppe, die den Deutschen seit langem irgendwie suspekt ist. Damals hat man sie für Anatolier gehalten. Das Stichwort Kopftuch, das war ein anatolisches Relikt über viele Jahre, zeigte nur, wie unterentwickelt die Migranten waren, die zu uns gekommen sind. Jetzt, mit einem Mal wird aus diesem anatolischen Relikt etwas Suspektes. Das Kopftuch wird ideologisiert mit Blick auf die Frage:



„Aha, das sind ja muslimische Frauen, die es tragen, also was haben die eigentlich vor?“

Das heißt, das Thema Islam bekommt im ganzen Kontext der Migration eine besondere Schärfe. Woran liegt das? Es liegt an zwei, drei Dingen: Einmal macht sich der Islam generell als Religion wieder bemerkbar. Das hat er zunächst in der islamischen Welt selbst getan, nachdem er über zwei Jahrhunderte unter den Teppich der Geschichte gebürstet war. Mit einem Mal kommen sie wieder und bestehen darauf, dass sie Muslime sind und dass sie als Muslime anders sind, nicht militant, aber anders als der Westen. Der Säkularismus, all die Wertesysteme, die der Westen oktroyiert hatte, werden auf ein Mal in Frage gestellt. Das geht bis zur Türkei, wo der Laizismus hochgradig herausgefordert wird.

Punkt 2 ist, dass die Muslime bei uns die gleiche Entscheidung getroffen haben. Herr Rüttgers hat es vorher gesagt – es ist eine qualitativ neue Situation, dass mit einemmal die Muslime, die hier sind, sich als Muslime kenntlich machen wollen. Sie bleiben hier, sie haben beschlossen, hier zu bleiben, sie werden nicht in die Türkei zurückgehen. 2,73 in absehbarer Zeit 3,5 Millionen Muslime machen sich als Muslime hier kenntlich. Und damit haben wir ein Problem, weil damit nämlich im Grunde eine der wesentlichen Errungenschaften des Abendlandes, der deutschen Gesellschaft, nämlich die Säkularität, der Säkularismus in Frage gestellt zu sein scheint. Siehe Schimmel-Debatte: Die gute Kollegin musste, um überhaupt den Friedenspreis des deutschen

Buchhandels zu bekommen, sozusagen erst einmal ein Bekenntnis ablegen, dass sie mit den radikalsten Formen der islamischen Militanz, nämlich Rushdie, nicht einverstanden ist. Erst dann hat man ihr geglaubt, dass sie eine

ICH GLAUBE, DASS DIESE DISKUSSION - DEUTSCHE, NICHT-MUSLIMISCHE MEHRHEITSGESELLSCHAFT, MUSLIMISCHE MINDERHEITSGESELLSCHAFT - EINES DER GROßEN THEMEN SEIN WIRD, WIE ÜBERHAUPT DIE GANZE FRAGE DES ISLAM.

Vermittlungsrolle in Sachen Islam spielen kann.

Der dritte Punkt ist. Die deutsche Gesellschaft den Islam perzipiert natürlich als etwas Fremdes. Der Islam ist etwas Fremdes. Der Islam ist, wenn Sie so wollen, geschichtlich gesehen, kulturgeschichtlich gesehen, das Fremde schlechthin, vor dessen Hintergrund sich teilweise das christliche Abendland definiert hat. Und nun ist dieses Fremde schlechthin mit einem Mal in unserer eigenen Gesellschaft, macht sich selbst kenntlich, besteht darauf, selbst kenntlich gemacht zu werden. Und damit hat die deutsche Gesellschaft ein Problem.

Wieviele Muslime leben hier? Deutsche Muslime? 50.000, 70.000, 100.000 maximal. Der Rest sind Muslime, die aus der Türkei kommen, die in der Tat über die islamischen Organisationen – und die Vertreter haben wir ja hier, das wird eine interessante Diskussion werden -, ob säkular oder ob fundamentalistisch, mit

den Zentren in der Türkei verbunden sind. Es kommt hinzu, dass eine ganze Reihe von Moscheen mit anderen externen Zentren, Ländern, Regierungen verbunden sind, nicht nur mit der Türkei, auch mit Saudi-Arabien, mit Iran, mit dem Maghreb.

Diese grundlegende Diskussion muss geführt werden. Akzeptieren wir – ob wir akzeptieren oder nicht, ist gar keine Frage mehr –, nur wie akzeptieren wir, dass wir mit einem Mal eine andere Kultur, eine andere Religion in diesem Lande haben, ein historisch neuer Befund. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage: Wie stellen sich die Muslime dazu? Wie weit geht deren Furor, sich als Muslime in dieser Gesellschaft kenntlich zu machen? Wir kommen früher oder später zum islamischen Gesetz und müssen fragen, wie verhält sich das? Säkularität versus Islamität, in der das islamische Gesetz in der einen oder anderen Weise eine Rolle spielt. Wie definieren wir die Grenze zwischen der Toleranz, die uns vom Grundgesetz auferlegt ist und die wir akzeptieren, auf der einen Seite und den Forderungen der Muslime, sich in dieser Gesellschaft andersartig, nämlich muslimisch, kenntlich zu machen, auf der anderen Seite.

Das ist eine grundlegende Überlegung, die - glaube ich - jenseits dieses Papiers liegt. Diese Frage müssen wir stellen mit Blick auf eine der ganz großen gesellschaftlichen und ideologischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Ich glaube, dass diese Diskussion - deutsche, nicht-muslimische Mehrheitsgesellschaft, muslimische Minderheitsgesellschaft - eines der

großen Themen sein wird, wie überhaupt die ganze Frage des Islam.

Ich gehöre nicht zu denen, die sagen: „Das ist ein neues Feindbild“. Aber eines ist klar, nach dem Ende des Marxismus-Leninismus ist der Islam, wenn Sie so wollen, weltweit die geschlossenste und deutlichste ideologisch-religiöse Bewegung, die wir als solche erkennen. Das hat mit Militanz überhaupt nichts zu tun, sondern heißt einfach, dass eine Religion weltweit sich wieder kenntlich macht in Abgrenzung zum Westen. Das macht uns Probleme, das macht uns Unbehagen, nachdem über zwei Jahrhunderte der Islam in toto unter den Teppich gekehrt worden ist, und selbst kenntnisreiche Journalisten gesagt hatten: „Der Islam ist eine Leiche“. Heute stellen wir fest, dass er eben keine Leiche ist, sondern etwas außerordentlich Lebendiges.

Prof. Dr. Hans Maier:

Ich kann an Herrn Sen und Herrn Steinbach anschließen, will aber in einigen Punkten vielleicht die Akzente ein wenig anders setzen. Zunächst die Frage: Was hat sich geändert? Geändert hat sich erstens, dass aus Gastarbeitern, mit deren Rückkehr man rechnete, ausländische Mitbürger geworden sind. Das ist die elementarste Veränderung. Daher heißt unser Thema nicht, „wie erleichtern wir die Rückkehr?“, sondern „wie fördern wir die Integration?“

Das führt, zweitens, zur zentralen Frage der Sprache. Es ist auch schon in der Einladung zu dieser Anhörung gesagt worden: „Wenn islamischer Religionsunterricht eingeführt werden

soll, dann in deutscher Sprache“. Wenn Sie aber die Realität im heutigen Deutschland überblicken, dann sehen Sie ein sehr differenziertes Bild. Auf der einen Seite gibt es inzwischen eine ganze Reihe von bedeutenden Schriftstellern, die aus der Türkei, aus anderen islamischen Ländern kommen, in Deutschland aufgewachsen sind und deutsch schreiben. Es gibt sogar einen Preis, den Adalbert-von-Chamisso-Preis, der jedes Jahr verliehen wird unter immer größerer Anteilnahme der Öffentlichkeit. Hier wächst eine deutsche schriftstellerische Kultur von Menschen anderer Muttersprache in unserem Land. Also auch hier wird etwas nach innen genommen, was zunächst ein Problem nur vorübergehender flüchtiger Berührung zweier Sprachen war.

Von der Sprache, drittens, zur Religion. Es ist richtig, wie Herr Steinbach sagt, in den Anfängen der Emigration verdeckte die Qualität Türke, man kann auch andere Nationalitäten nehmen, die Qualität Muslim. Heute ist das anders. Wir empfinden die Türken, die ja aus einem Land des laizistisch gedämpften Islam kommen, als Vertreter dieser Religion, die nun wieder öffentlich sichtbar geworden ist.

Das führt viertens, glaube ich, zu einem schwierigen Punkt des deutschen Selbstverständnisses. Ich bin nach dem Krieg in einer akademischen Szenerie aufgewachsen, in der diejenigen, die sich für fortschrittlich hielten - man nehme Hans-Ulrich Wehler oder Jürgen Habermas - eigentlich mit dem baldigen Absterben der Religion rechneten. Diese Generation, die heute noch unsere Lehrstühle und Universitäten beherrscht,

ist kalt erwischt worden von der weltweiten Renaissance der Religion, die nun hauptsächlich über den Islam auch in unser Land hineinwirkt.

Es ist ja schon von Annemarie Schimmel die Rede gewesen. Man hatte die äußerste Mühe im Fall Schimmel - wir haben ja beide für sie gekämpft, Herr Steinbach! - deutlich zu machen, dass es einen Unterschied gibt zwischen einem fundamentalistischen, in Einzelfällen sogar terroristischen Islam und dem Islam schlechthin. Denn aufgrund dieser ganzen Nachkriegsentwicklung - Absterben der Religionen - dachten viele Intellektuelle: Mein Gott, da kommt ja etwas, das es gar nicht mehr geben darf und das schleunigst aus dem Geltungsbereich des Grundgesetzes hinausgewiesen werden muss, nämlich eine Religion, die sich in sich selbst begründet, die nicht von irgendwelchen Ethnien oder von irgendwelchen sozialgeschichtlichen Tatsachen abgeleitet ist.

Ich glaube, die Schwierigkeit der Integration besteht auch darin, dass unsere ausländischen Mitbürger sehr viel besser wissen, wer sie sind, als es die Deutschen wissen. Das gilt schon für die Sprache, das gilt für die Religion. Integration kann aber nur geschehen, ich zitiere das Papier, „wenn es mehr ist als ein bloßes Nebeneinander unverbundener Parallelgesellschaften“. Das heißt, jede Diskussion über Integration ist auch eine Diskussion über das eigene Selbstverständnis. Wenn die heutige Anhörung dazu einen kleinen Baustein liefert, dann hätte sie sich schon deswegen gelohnt.

Dr. Eckhard Nordhofen:

Ich möchte daran anschließend den Begriff Säkularisierung noch einmal aufgreifen. Säkularisierung gilt ja im üblichen Sprachgebrauch als ein Begriff, der das Verschwinden von Religion anzeigt. An diesem Punkt muss man wirklich noch einmal unterstreichen, was Professor Maier gesagt hat, der Befund sieht ganz anders aus. Es gibt keine Säkularisation, wenn Säkularisation das Verschwinden von Religion bedeuten soll. Was es freilich gibt, ist eine Wanderungsbewegung, weg von der institutionalisierten Religion, hin zu einer individualistischen Form von Religiosität. Wenn man von Säkularisierung spricht, muss man auch in Rechnung stellen, dass als Säkularisierungsprodukt etwas gilt, das wir zum Kernbestand unserer westlichen Werte rechnen, nämlich die Trennung von Staat und Religion. Ich würde die These wagen, dass Säkularisierung in diesem Sinn ein christliches Traditionsgut ist, denn die Idee von den zwei Reichen, die so alt wie das Christentum ist - wahrscheinlich schon älter - geht bekanntlich auf den Heiligen Augustinus zurück. Das heißt, man trennt zunächst einmal gedanklich, dann aber auch in der Realität, zwischen Staat und Religion. Wenn Sie die Kirchengeschichte über 2000 Jahre betrachten, so hat sich das nie beruhigt. Das ging vom Cäsaro-Papismus Gregors des Großen bis zu der Szene in Notre Dame, wo Napoleon sich selbst die Kaiserkrone aufsetzt und den Papst als notariellen Zeugen daneben stehen lässt.

Wir haben dieses Problem, das Problem des Verhältnisses von Staat und Religion in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, zu einem

Beruhigungspunkt gebracht: Die kooperative Trennung von Staat und Religion ist der Grundgedanke, mindestens einer der Grundgedanken der Verfassung. Deswegen sagen ja auch die Väter und Mütter der Verfassung, wir stellen uns in der Präambel in der Anrufung Gottes unter Gott - das ist ja nicht selbstverständlich. Theokratie, die Vermischung von Religion und Staat, ist viel häufiger in der Menschheitsgeschichte. Es kommt zu einer eschatologischen Gewaltenteilung, das heißt, das Höchste, die „Eschata“, gehören nicht dem Staat. Das ist eine ganz wichtige Weichenstellung, von der unser Grundgesetz lebt. Wir werden im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht noch darauf zurückkommen. Säkularisierung sollte man, glaube ich, als Begriff neu füllen. Säkularisierung ist nicht die Verabschiedung von Religion, sondern Säkularisierung ist ein Stück abendländischer Traditionsgeschichte, auf die wir stolz sein können und an der wir festhalten müssen.

Bischof Dr. Hartmut Löwe:

Ich will noch einmal nach dem Stichwort Integration fragen. Was meinen wir damit? Ganz sicher meinen wir nicht Assimilation. Wir Deutsche wollen etwas davon haben, dass es andere gibt. Und die anderen? Türken und andere sollen sich hier zurechtfinden können. Aber solche Integration hat ja Voraussetzungen. Vorhin war schon die Rede davon. Man muss die deutsche Sprache können, man muss sich in der Rechtsordnung zurechtfinden und man muss anders sein dürfen. Wir haben aber vielfältig Situationen, in denen Integration

deswegen nicht möglich ist, weil wir - das heißt so schön - „Verdichtungen der Bevölkerung“ haben. Früher sagte man Ghettos. Wenn in einer Schulklasse von 30 Schülern 28 Deutsche sind und nur 2 Türken, dann ist es schwer mit der Integration, umgekehrt auch. Deswegen glaube ich, das Konzept Integration setzt voraus, dass die Anteile der Bevölkerung, ich sage einmal eine allgemeine Vokabel, verträglich sind miteinander, und zwar so verträglich, dass jeder den anderen hinreichend wahrnimmt, um sich auf ihn einzustellen und dass jeder vom anderen etwas lernen will. Ist das nicht gegeben, werden wir Parallelentwicklungen haben und wird es mit der Integration außerordentlich schwer. Hier stellt sich eine Aufgabe ganz schlicht schon an das Bild unserer Städte.

Prof. Michael Rutz:

Könnten Sie das etwas ausführen? Wie ist Ihrer Ansicht nach der Stand der Dinge? Ist die Integration auf gutem Wege? Was ist defizitär? Herr Nordhofen sprach von einem Beruhigungspunkt, den wir erreicht hätten. Wo sehen Sie im Moment die größte Not?

Bischof Dr. Hartmut Löwe:

Es ist unterschiedlich, aber ich spüre schon, dass es an manchen Schulen einfacher wäre, wenn die Mehrheitsverhältnisse so sind, wie ich eben gesagt habe, so sind, dass nicht zwei Drittel - ein Drittel sich gegenüberstehen. Wenn man sich in die deutsche Gesellschaft hineinfinden will, ist es in der Schule wahrscheinlich gut, verträglich und willkommen, wenn wir zwei Drittel Deutsche haben, ein Drittel

andere. Wenn die Mehrheitsverhältnisse sich so verschieben, dass in manchen Teilen in Berlin, in manchen Teilen in Frankfurt der deutsche Teil zu gering ist, kann man nur noch über Integration allgemein debattieren, aber sie kann faktisch kaum stattfinden. Das ist ein Problem, das in den letzten Jahren zugenommen hat.

Prof. Michael Rutz:

Herr Çakir, wir haben als Staat Integrationsleistungen zu erbringen. Es gibt aber auch Integrationsleistungen, die man von denen, die in den Staat hineinkommen, erwarten kann. Würden Sie diese beiden Seiten des gleichen Problems einmal differenzieren.

Murat Çakir:

Erlauben Sie mir zuerst einen Satz zu dem Integrationskonzept der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu sagen. Wir haben grundsätzlich begrüßt, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit einem solchen Konzept an die Öffentlichkeit gegangen ist. Es ist wichtig, auch für den Paradigmenwechsel. Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein solches Konzept im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung damals mitgetragen hätte, aber ich gehe davon aus, dass die Unionsparteien auch dementsprechend dieses Konzept, da ja auch die Gespräche schon geführt worden sind, auch weiterhin geführt werden, auch mit den Betroffenen gemeinsam weiterentwickeln wollen. Wir werden die Unionsparteien an den Papieren messen, wie sie auf Landesebene die Integrationspolitik und

ihr Konzept umsetzen wollen.

Natürlich, unserer Meinung nach, meiner Meinung nach, fehlen auch wichtige Punkte, gerade wenn man über Integration spricht. Ich verstehe Integration als ein ganzheitliches und gesamtgesellschaftliches Problem, das als eine staatliche Aufgabe aufgefasst werden sollte. Es geht nicht nur um die muslimischen Zugewanderten, sondern es geht insgesamt um die Zuwanderung. Auch die Spätaussiedler, die Vertriebenen sind Teil dieser Zuwanderung. Das muss man sehen. Sie haben, wenn ich aus meiner Heimatstadt Kassel berichten kann, in bestimmten Stadtteilen die Probleme, die die Migranten vor zwanzig Jahren hatten. Insofern müsste man, wenn man über Integrationskonzepte spricht, das ganze als ein Gesamtkonzept sehen.

Natürlich gibt es beide Seiten der Medaille, die zugewanderten Menschen müssen auch ihren Teil erfüllen. Dass in dieser Hinsicht auch seitens der Soziologen manchmal von Integrationsbarrieren oder spezifischen Kulturhindernissen gesprochen wurde, hängt damit zusammen, dass die verantwortliche Politik die Zuwanderungssituation der Vergangenheit nicht in dieser Weise erkannt hat und die entstandenen Parallelwelten, die, vor denen wir immer wieder gewarnt werden, schon da sind. Sie werden nicht entstehen, sondern sie sind schon da. Es gibt Parallelwelten und deshalb müssen wir uns die Frage stellen, was können wir von diesen Menschen erwarten. Die Sprache ist ein sehr wichtiger Aspekt, den die Zugewanderten mitbringen müssen

beziehungsweise haben müssen. Wenn ich mich so in meinem Umfeld umschaue, kann ich sehr schnell feststellen, dass insbesondere die zweite, dritte Generation der Sprache sehr gut mächtig ist. Da sehe ich keine großen Probleme. Natürlich müssen wir es schaffen, dass sich die Zugewanderten öffnen, um teilzunehmen an der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, dass es nicht mehr, wie Herr Professor Dr. Faruk Sen gesagt hat, selbstverständlich ist, dass man sich nur noch türkisches Satellitenfernsehen anschaut oder sich nur noch mit der türkischen Politik beschäftigt. Wenn wir ein Teil dieser Gesellschaft geworden sind und uns als solche verstehen, dann müssen wir auch unsere politischen Interessen auf diese, auf die bundesrepublikanische Ebene konzentrieren. Das denke ich, sind die Punkte, die die Zugewanderten mitbringen müssen.

Ein letzter Satz dazu: Ich glaube, nach 44 Jahren Zuwanderung in diese Gesellschaft seit 1955, kann man eines noch einmal feststellen: Trotz aller Probleme, trotz aller Parallelwelten haben die meisten der zugewanderten Menschen, auch die muslimischen, eigentlich ihre Integrationswilligkeit und Integrationsfähigkeit schon unter Beweis gestellt, sei es in Betrieben, sei es auf kommunaler Ebene. Ich will an die Gewerkschaften, die Betriebsräte, die Vertrauensleute erinnern. Wir sehen, dass die Migranten genauso wie ihre deutschen Kollegen vertreten sind, auch auf kommunaler Ebene. Insofern wird es davon abhängen, wie die verantwortliche Politik insgesamt in der Zukunft mit diesem Problem umgehen wird, welcher

Paradigmenwechsel noch weiterhin in dieser Hinsicht stattfinden wird. Es kann nur eine gemeinsame Zukunft sein. Die Nichtintegration, die bis jetzt vollzogen wurde, ist nicht im Interesse der Bundesrepublik, ist nicht im Interesse unserer Gesellschaft. Also sollten wir aufeinander zugehen und versuchen, die Probleme gemeinsam zu lösen ohne zu tabuisieren, ohne zu polarisieren und ohne zu demagogisieren.

Prof. Michael Rutz:

Frau Demirbükten, Sie sind an der Basis tätig als Ausländerbeauftragte des Bezirksamts Schöneberg. Sie sind täglich direkt mit den Problemen konfrontiert. Die Menschen kommen zu Ihnen. Sie sehen die Probleme, die zu lösen sind, von beiden Seiten, also bei den Integrationsangeboten, die unser Staat machen muss, die Defizite, und auf der

anderen Seite auch die Forderungen, die man stellt. Was erleben Sie?

Emine Demirbükten:

Bevor ich von den Erfahrungen einer Ausländerbeauftragten im Bezirk Schöneberg, der einen Einwohneranteil von 160.000 Einwohnern hat - und 22 Prozent davon sind Ausländer, das bedeutet 34.000 Ausländer - berichte, möchte ich etwas richtig stellen. Meine Erfahrungen als Ausländerbeauftragte werden in meinen Beiträgen erscheinen, aber ich sitze heute als Vorstandssprecherin des Türkischen Bund Berlin-Brandenburg auf dem Podium.

Zum Papier der CDU/CSU: Ich möchte es eigentlich hoch loben. Als die rot-grüne Koalition ihre Koalitionsvereinbarung getroffen hatte,



Ibrahim Çavdar, Safer Çinar, Emine Demirbükten,

gab es auf der Seite der Ausländer eine sehr hohe Erwartungshaltung: Jetzt ist die neue Regierung an der Macht. Sie wird die Ausländer verstehen, sie wird ein Integrationskonzept vorlegen, in dem wir uns total aufgehoben fühlen, in dem auch unsere Bedürfnisse und Forderungen, die wir seit Jahren in die Gesellschaft hineinschreien, wiederfinden. Was haben wir wiedergefunden? In der ersten Koalitionsvereinbarung, Seite 47, Punkt 7, standen unter der Begrifflichkeit „Integration“ zwei Punkte. Ein Punkt war die Staatsbürgerschaftsfrage, der zweite die Abschiebung. Das war alles, was dieser Regierung zur Integration eingefallen ist.

Ich fand es sehr, sehr schade, dass sich – auch ich bin Unionsmitglied - meine Partei mit einem so hervorragenden Papier so lange zurückgehalten hat. Ich möchte darstellen, was Integration laut diesem Papier bedeutet:

- Chance, nicht Problem,
- Muttersprachlichkeit – ein Vorteil und kein Handicap,
- Anreize, die unbefristete Aufenthaltserlaubnis bei guter deutscher Sprachkompetenz schneller zu erhalten.

Zweisprachigkeit soll im Ausbildungsbereich gezielter genutzt werden, und neue Konzepte zu muttersprachlichen Erziehung an Bildungsinstitutionen sollen entwickelt werden. Spannung wird als ein dynamischer gesellschaftlicher Prozess definiert. Probleme können gelöst werden. Neue Probleme können daraus entstehen. Aber auch neue Probleme sind keine Konflikte, vor denen man sich

scheuen sollte, sondern eine Chance für eine Stadt, die auf dem Weg zur Internationalität ist - alles eigentlich Definitionen, für die die ausländische Gesellschaft seit Jahren kämpft - alles Inhalte, die meine Partei vor den Wahlen in die Gesellschaft hätte hineingeben müssen. Ich denke, dass dann vielleicht die Wahlen anders ausgegangen wären.

Ich möchte auch Passagen des oben genannten CDU-Papiers zitieren, die vielleicht sehr wenig bekannt sind. Es wird immer über das Papier geredet, aber man muss sich im Munde zergehen lassen, was hier alles steht. Beim Nachweis guter Sprachkenntnisse werden die Fristen, um einen verfestigten Aufenthaltsstatus zu erhalten, verkürzt. Dies ist eine Forderung, die eigentlich die vielen ausländischen Verbände in Deutschland seit Jahren stellen, aber damit immer auf Unverständnis gestoßen sind. Auf einmal finden wir sie mit größter Selbstverständlichkeit vor. Es sollen sogar schulbegleitende Sprachkurse der Volkshochschulen ausländische Mütter unterstützen. Hervorragend, können wir nur unterstreichen. Weiter geht es mit einer Neukonzeption des muttersprachlichen Unterrichts und Einbindung in den Regelunterricht. Man höre ferner - und das weiß keiner in der Gesellschaft, insbesondere nicht in der Migrantengesellschaft, mit der ich bekanntlich sehr oft zu tun habe, für die ich auch im Namen meiner Partei sehr viel Schläge einstecken muss, weil dieses Papier nicht bekannt ist: Einsatz von Ausländerberatern für Ausländerfragen in den Außenstellen der BfA; Berücksichtigung besonderer Sprachkenntnisse in

Stellenausschreibungen - etwas, das wir in Berlin seit Jahren versuchen einzuführen. Nur einige Bezirke haben es geschafft, so etwas als Modellprojekt zu etablieren. Integrationsbezogenes Training für Mitarbeiter der Verwaltung vor Ort; Berücksichtigung der Integrationswirkung bei der Stadtentwicklungsplanung; Würdigung und Unterstützung der großen Städte als Integrationszentren; Berücksichtigung kultureller Besonderheiten im Alltag; Berücksichtigung bei den Wahlvorschlägen der Parteien. Ich denke, da hat meine Partei vielleicht noch einiges nachzuholen, aber ich bin mir

ICH WÜNSCHE MIR EINE KLARE DIFFERENZIERUNG BEI DER DISKUSSION. REDEN WIR ÜBER DEN ISLAM ALS LEHRE, ALS RELIGION ODER ALS POLITISCHE IDEOLOGIE?

auch da sicher, dass sie der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen wird.

Zur eigentlichen Diskussion über Muslime: Wie hoch sollen die Minarette sein? Wollen wir Moscheen bauen? Wollen wir sie nicht bauen? Das Papier löst das Problem, in dem es sagt: Es ist selbstverständlich, wenn Muslime auch in Deutschland ihren Glauben bewahren, bekennen und praktizieren. Dazu gehört auch die Gründung eigener Gemeinden und der Bau von Gebetshäusern. Hier kann es nur um einen Gleichheitsgrundsatz gehen, dass zum Beispiel, wenn Kirchen gebaut werden oder Moscheen gebaut werden sollen, sich diese an die gleichen Auflagen zu

halten haben. Es geht nicht, dass zum Beispiel eine Moschee eine Baugenehmigung bekommt, die Minarette 20 Meter hochzuziehen, sie aber statt dessen 40 Meter hohe Minarette baut. Natürlich kann man nicht 20 Meter höher bauen als genehmigt. Es geht um den rechtlichen Rahmen, den alle Religionseinrichtungen einzuhalten haben. Es gilt der Gleichheitsgrundsatz.

Dann finde das Gebot gegenseitiger Rücksichtnahme sehr gut: Nur wer sich seiner eigenen Wurzeln sicher ist, kann Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Überzeugungen und Lebensstilen aufbringen. Ich muss einfach sagen, dass dieses Papier, das zu wenig in der Gesellschaft bekannt ist, und das sehr lange zurückgehalten worden ist, eigentlich all die Forderungen der vielen Migrantorganisationen widerspiegelt. Das kann nur Unterstützung finden.

Ich habe nur einen Bereich vermisst: Ich meine nicht die angeworbenen Gastarbeiter, sondern Ehegatten, Ehefrauen und Ehemänner. Es wird immer Nachzügler geben. Wir sind natürlich in der Pflicht, uns zu überlegen, ob wir diese Menschen mit ihrem Schicksal alleine lassen oder ob wir sagen: Auch diese Gruppe von Menschen müssen wir berücksichtigen. Wie integrieren wir sie in unsere Gesellschaft? Da fehlt ein Bereich, der in das Papier hineinpassen würde. Man könnte diesen Menschen z.B. Einstiegskurse in deutscher Sprache anbieten und Einstiegskurse in bezug auf Gesellschaftskunde. In welches Land bin ich eingereist? Mit welchen Gepflogenheiten, Rechten, Pflichten

muss ich mich hier auseinandersetzen?

Ich unterstütze auch die Haltung, die von Herrn Schäuble sehr richtig formuliert worden ist, nämlich dass man Menschen dort abholen muss, wo sie sind. Genau das ist es, was in diesem Papier richtig erkannt wurde. Ich würde mir wünschen, dass man jetzt anfängt, das Papier umzusetzen. Wenn über Medienlandschaft gesprochen wird und auch hier ein bisschen die Klage zu hören war, dass die türkische Community, sich in dieser Beziehung sehr stark in ihre eigenen Nischen zurückzieht, finde ich die Forderung nach Berücksichtigung des ausländischen Bevölkerungsanteils in Sendungen der Rundfunkanstalten sehr richtig. Dem muss Rechnung getragen werden. Nur wenn meine Bedürfnisse in der Medienlandschaft abgedeckt werden, brauche ich keinen Heimatsender mehr. Das ist richtig erkannt worden. Dem muss aber auch Rechnung getragen werden. Ich hoffe insgesamt, dass diesem Papier der CDU politisch Rechnung getragen wird und dass es in der Öffentlichkeit stärker debattiert wird.

Nur noch ein Wort zum Islam. Das Bild, das der Herr Professor Steinbach hier gemalt hat, bedarf einer Differenzierung. Er hat den Islam als eine politische Ideologie vorgestellt. Sicher gibt es auch das. Aber es gibt auch den Islam als Religion. Und ich wünsche mir eine klare Differenzierung bei der Diskussion. Reden wir über den Islam als Lehre, als Religion oder als politische Ideologie?

Wenn wir das wissen, müssen wir diese Ebenen voneinander trennen und auch dementsprechend diskutieren. [Beifall]

Dr. Eckhard Nordhofen:

Nur spontan Widerspruch, denn das ist ja gerade das Problem, auf das Professor Steinbach hingewiesen hat, dass wir es mit einer Religion zu tun haben, die ein Amalgam von Staat und Religion als Norm kennt. Die Frage an die Muslime hierzulande muss doch lauten: Wie wollt Ihr Euch mit dieser Tradition auseinandersetzen? Wie kommt Ihr hier in diesem Land zurecht, das eine andere, nämlich eine im vorhin beschriebenen Sinn, säkulare Tradition hat? Wie wollt Ihr Euch in diesem Land genau in diesem Punkt verhalten? Wie wollt Ihr Euren Koran auslegen, der an dieser Stelle doch sehr eindeutig ist?

Bulent Arslan:

Wenn wir mal etwas überlegen, was schon angesprochen worden ist und versuchen, dies stärker auf den Islam in Deutschland zu projizieren, dann sollten wir von der Frage ausgehen, was wir unter Integration verstehen. Wenn ich Integration begreife als einen Annäherungsprozess unter Wahrung der eigenen kulturellen Identität, um innerhalb der Gesellschaft auf einer gemeinsamen Plattform zusammenzukommen, gibt es für mich drei Schlussfolgerungen.

Die erste Schlussfolgerung ist: Wir werden Integration nicht bewältigen, wenn wir uns nur ideologisch auf eine Frage konzentrieren, wie das leider in Deutschland politisch jahrelang geschehen ist, auf die Frage doppelte Staatsbürgerschaft. Wir brauchen ein differenziertes Konzept, was zum ersten Mal - für meine Begriffe auch im Parteienvergleich - durch das besprochene Papier geschehen ist.

Die zweite Schlussfolgerung ist: Integration kann nicht durch ein Gesetz verabschiedet werden oder Integration ist nicht nur eine Staatsaufgabe. Vielmehr müssen sich sowohl diejenigen, die integriert werden sollen, daran beteiligen, als auch diejenigen, die integrieren. Natürlich soll die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Die dritte Schlussfolgerung: Wenn wir das Ganze nehmen, dann ist für mich das Thema „Islam in Deutschland“ eine der wichtigsten Schlüsselfragen in diesem Gesamtkomplex Integration beziehungsweise Integrationspolitik.

Ich teile die Auffassung, dass wir die Entwicklung zu einer Parallelgesellschaft natürlich kritisch bewerten müssen und überlegen müssen, wie wir das verhindern können. Aber wenn wir die Entwicklung objektiv bewerten, hatten wir noch keine großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, bei denen die Bevölkerungsgruppen emotional dabei waren. Wenn dies geschieht, wird sich das an dem Thema Islam beziehungsweise dem Umgang mit dem Islam in Deutschland festmachen.

Ich möchte das begründen: Allensbach hat eine Umfrage veröffentlicht, in deren Rahmen man untersucht hat, wie Christen beziehungsweise deutsche Christen auf die Frage: „Sehen Sie den Islam als Befürchtung?“ bewerten. Auf diese Frage haben Anfang der neunziger Jahre noch 13 Prozent mit Ja geantwortet. Heute sind es 54 Prozent. In gleicher Weise haben wir innerhalb der muslimischen und insbesondere innerhalb der türkischen muslimischen Bevölkerung eine Entwicklung – vor

allem seit Mitte der achtziger Jahre -, deren Tendenz hin zum Islam stärker zunimmt und für meine Begriffe noch stärker zunehmen wird. Ein zweites: Wenn wir uns einmal die Diskussion um die Lehrerin aus Baden-Württemberg ansehen, die mit ihrem Kopftuch unterrichten wollte, und die zweite Diskussion um den öffentlichen Muezzinruf in Duisburg oder auch in Dortmund, dann deutet auch das darauf hin, dass dieses Thema Islam in Deutschland wirklich zentral ist. Die beteiligten Bevölkerungsgruppen werden emotional mit hineingezogen.

Zur Frage, was können wir tun und was ist die politische Schlussfolgerung? Wir haben heute in Deutschland einen Islam, der nicht in Deutschland entsteht, sondern aus den Herkunftsländern stammt, insbesondere aus der Türkei. Das führt dazu, dass die politische Orientierung weg von den Herkunftsländern, nach Deutschland nicht erfolgt. Das führt wiederum dazu, dass es nicht gelingt, dass sich ein Islam in Deutschland entwickeln kann. Ich möchte das festmachen: Diejenigen, die bei uns Moslems den Islam verkörpern und weitergeben, sind die Imams, die Vorbeter in den Moscheen. Der allergrößte Teil, ich schätze, 80 - 85 Prozent dieser Vorbeter, werden in der Türkei ausgebildet. Zum allergrößten Teil kommen sie nach Deutschland, arbeiten fünf, sechs Jahre und kehren wieder zurück in ihre Herkunftsländer. Das führt natürlich dazu, dass diese Personen, die einen enormen Stellenwert innerhalb der Bevölkerungsgruppe haben, erstens sehr schlecht deutsch sprechen, zweitens, die Probleme ihrer Gemeinde in Deutschland nicht kennen, drittens, Deutschland

wahrscheinlich nicht kennen, die Deutschen nicht kennen und auch die Türken in Deutschland oder die Moslems in Deutschland nicht kennen.

Meine Schlussfolgerung und auch die politische Forderung lautet, warum bilden wir diesen Personenkreis, diese Imams, nicht aus einem Personenkreis von Muslimen, die in Deutschland geboren sind, hier aufgewachsen sind, das Land kennen und [Beifall] ihre Bevölkerungsgruppe kennen. Das sind Fragen, die für mich innerhalb dieses Gesamtkomplexes Integrationspolitik eine ganz, ganz große Bedeutung haben. Wir hatten aber leider die politische Diskussion hatten und haben sie in manchen Parteien immer noch, so dass die Diskussion nur auf das irrsinnige Thema doppelte Staatsbürgerschaft beschränkt wird. Es wird so getan, als sei das ein Patentrezept, anstatt die anderen

Fragen, die differenzierteren Fragen, die für meine Begriffe für die Betroffenen noch einen größeren Stellenwert haben, anstatt diese Fragen aufzugreifen.

Prof. Michael Rutz:

Wir sind noch beim großen ersten Kapitel, politische Praxis und Begriff der Integration, Situation der Ausländer und der Moslems in Deutschland. Frau Dr. Schavan bitte.

Dr. Annette Schavan:

Es ist jetzt mehrfach das Stichwort Kopftuch und Baden-Württemberg gefallen. Ich werde darauf auch eingehen, würde gern aber zwei Bemerkungen vorweg machen, die sich auf dieses erste, die generelle Bewertung beziehen. Es ist wirklich so, wie eingangs gesagt: Dieses Papier



Dr. Annette Schavan, Prof. Dr. Faruk Sen,

bedeutet so etwas, wie eine grundsätzlich andere Sicht.

Damit erst wird das Thema Integration so zentral gesellschaftspolitisch, wie wir es bewerten. Wer politisch realistisch in diese Gesellschaft schaut, der konnte aber auch wissen, und wir wussten es, dass dieses Papier nicht nur auf Zustimmung stößt, sondern Debatten hervorruft. Das finde ich in Ordnung. Ich finde auch, dass um Integration in den verschiedenen Bereichen, die das Papier enthält, verwirklichen zu können, Debatten und Ängste und Unsicherheiten nicht unterdrückt werden dürfen. Eine Voraussetzung, damit Integration gelingen kann, ist, dass wir bereit sind, die Unsicherheit, auch das Konfliktpotential, das in diesen Integrationsbemühungen steckt, zu sehen. Auf den Bereich der Schule bezogen, heißt das: Die Kultusministerkonferenz hat schon 1984 erklärt, dass der Religionsunterricht in unseren öffentlichen Schulen nach Artikel 7 Grundgesetz kein Monopol des Christentums ist, dass es also berechtigt und richtig ist, dass er auch anderen Religionsgemeinschaften eröffnet wird. Es gehört seither zum bildungspolitischen Handlungskonzept, zu suchen, wie das verwirklicht werden kann. Meine Erfahrung vor allem der letzten Monate ist, dass nicht so sehr die Frage, die wir immer auch formulieren: Wer ist unser Gesprächspartner? eine Rolle spielt, sondern die sehr verschiedenen Überzeugungen, wie denn Religionsunterricht für muslimische Schüler und Schülerinnen in unseren öffentlichen Schulen aussehen kann.

Ausschlaggebend ist, dass in keinem

Bundesland bislang ein wirklicher Religionsunterricht verwirklicht ist. Es gibt muttersprachlichen Unterricht in Trägerschaft des Landes oder der Konsulate, es gibt eine Mischung aus muttersprachlichem Unterricht und Islammkunde, es gibt in Bayern einen Unterricht nicht in deutscher Sprache mit Lehrern, die aus der Türkei für einige Jahre nach Bayern kommen. Ich selbst stehe im Moment in intensiven

DIESES PAPIER BEDEUTET SO ETWAS, WIE EINE GRUNDSÄTZLICH ANDERE SICHT.

Gesprächen mit einigen Gruppen und stelle fest, sobald es an den – ich sage das jetzt zugespitzt – Religionsunterricht geht, wie wir ihn in der bisherigen Entwicklung benennen - als Religionsunterricht und nicht Ethik und nicht Lebenskunde oder wie immer es heißen mag - in dem Moment gibt es in der türkischen Elternschaft einen großen Widerstand bis dahin zu sagen: „Also wenn Ihr einen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache einführen wollt, werden wir unsere Kinder nicht dort hinschicken. Das ist eine andere Vorstellung, die ihr habt, als das, was wir meinen, wenn wir von Integration oder von Religionsunterricht sprechen.“ Man muss leidenschaftslos feststellen, dass wir uns hier aufeinander zu bewegen müssen. Die Fragen, inwieweit der Staat Einfluss nimmt auf die Art, wie dieser Religionsunterricht aussieht, inwieweit er sich zurückhält, sind derzeit die entscheidenden Fragen, in denen Konsens noch nicht wirklich erreicht ist. Deshalb gibt es viele

Ersatzkonstruktionen, die man alle eine gewisse Zeit durchhalten kann, die aber nichts mit dem zu tun haben, was wir mit Religionsunterricht meinen. Das Thema wird uns noch geraume Zeit beschäftigen. Daher ist es nötig, dass in unseren Universitäten oder an einer pädagogischen Hochschule eine entsprechende Lehrerbildung etabliert ist. Es ist notwendig, dass an einer Hochschule ein Institut gefunden wird, das sich mit der Entwicklung von Lehrplänen beschäftigt. Dies alles sind einzelne Schritte, die aber nur möglich sind, wenn wir einen Konsens darüber erzielen, dass wir ein Projekt Religionsunterricht in unseren öffentlichen Schulen installieren, das nicht nur wir uns ausgedacht und in unsere Programme gebracht haben, sondern von dem die muslimischen Eltern sagen: Das entspricht unserem Verständnis von Religionsunterricht an einer öffentlichen Schule.

Ein dritter Punkt: Der Schlüssel für Integration in der Schule ist der Deutschunterricht. In Baden-Württemberg gibt es allein neunhundert Lehrerstellen nur für Deutschunterricht vor dem Einstieg in die reguläre Klasse begleitend zur Stundentafel. Man muss ganz klar sehen, dass hier eine finanzielle Investition notwendig ist. Daran entscheiden sich die Chancen der Kinder, der Schüler und Schülerinnen für ihren beruflichen Erfolg. Dann, Herr Bischof Löwe, so habe ich die Erfahrung gemacht, ist auch der Anteil der ausländischen Kinder in einer Klasse nicht so bedeutsam. Ich selbst bin keine Anhängerin von Quoten. Ihr Modell würde ja bedeuten, dass wir Quoten einführen müssen, wenn der Anteil der

ausländischen Kinder in einer Klasse zu groß wird. Ich glaube, wenn der Deutschunterricht gesichert ist, wenn gesichert ist, dass die Kinder dem Unterricht folgen können, dann ist für sie - selbst für die Jugendlichen - die Frage der Integration sehr viel eher lösbar und wird von ihnen eher gelebt, als wir das oft denken.

Letztes Stichwort: Das Kopftuch. Es kann nicht darum gehen, in der Bundesrepublik Deutschland, in unseren öffentlichen Schulen generell, ein Kopftuchverbot zu erlassen. Das haben wir im baden-württembergischen Landtag sehr deutlich abgelehnt. Aber ich glaube, in dem Ringen, in dem wir auch miteinander stehen, spielt das Stichwort Ausgleich eine große Rolle. Es spielt immer dort eine Rolle, wo - egal in welcher Religionsgemeinschaft - Symbole vorhanden sind, die zumindest über eine gewisse Zeit auch zweideutig sind, oder auch in der Gefahr sind, aufgrund einer Debatte oder Praxis zweideutig und ideologisch behandelt zu werden. Die meiste Post, die meisten Warnungen vor der generellen Zulassung im Beamtenstatus, habe ich von muslimischen Frauen bekommen. Sie sagten: „Ihr müsst wahrnehmen, dass es bei uns über dieses Thema eine Debatte gibt, die mehr als eine intellektuelle Debatte ist und die mehr als eine abstrakte Debatte über Religionsfreiheit Ja oder Nein ist. Dahinter steckt mehr für uns. Deshalb ist es für uns bedeutsam, dass hier nicht ein Zeichen durch den Staat gesetzt wird, das uns Frauen wiederum in die Situation bringt, dort, wo wir das Kopftuch nicht tragen wollen, es dennoch tragen zu müssen.“ Auch das ist ein Gesichtspunkt der

Kopftuchdebatte. Es ist in beiden Fällen eine Güterabwägung. Wo jemand in einer Ausbildung steht, wo der Staat das Ausbildungsmonopol hat, da ist diese Ausbildung so bedeutsam, dass das Kopftuch kein Hindernis sein kann. Deshalb ist diese junge Referendarin zum Schuldienst zugelassen worden. Aber in dem Moment, wenn es darum geht, als Beamtin in der öffentlichen Schule zu sein, bin ich davon überzeugt, dass sowohl der Staat als auch die Lehrerin selbst um die Zweideutigkeit des Symbols wissen muss. Ich masse mir nicht an, zu definieren, welche Rolle das Kopftuch in dieser Religionsgemeinschaft spielt, sondern ich sage: Es gibt eine Zweideutigkeit. Es ist damit auch innerhalb dieser Religionsgemeinschaft mit dem Vorwurf der kulturellen Abgrenzung verbunden. Diese Zweideutigkeit muss erkannt werden. Sie kann in der öffentlichen Schule keinen Platz haben. Damit ist das Thema lange nicht erledigt. Es wird uns auch in den nächsten Jahren beschäftigen. Wo Zweideutigkeit, wo gegebenenfalls auch damit empfundene Provokation möglich ist, da muss der Staat an die weltanschauliche Neutralität der Schule erinnern.

Prof. Michael Rutz:

Vielen Dank, Frau Dr. Schavan. [Beifall] Sie haben noch einmal erinnert an die weitere Gliederung dieser Diskussion. Das nächste Kapitel wird die Frage des Religionsunterrichts sein, das letzte Kapitel die lebendige Praxis des Islam in Deutschland, so dass wir jetzt das erste Kapitel Integration als Begriff, als Hol- und als Bringschuld für den Staat und diejenigen, die integriert werden sollen,

abschließen wollen. Unter den Wortmeldungen habe ich auf dem Podium Herrn Professor Maier, Herrn Totakhy und Herrn Çinar. Herr Bilgin und Herr Elyas haben sich auch noch gemeldet. Aus dem Abgeordnetenbereich zunächst Herr Dr. Geißler. Herr Geißler, würden Sie bitte beginnen.

Dr. Heiner Geißler:

Ich habe eine Frage. Ich glaube, was wir als Voraussetzung einer Integration brauchen, ist Aufklärung. Aufklärung sowohl bei den 2,5 oder 3 Millionen Inländern mit deutschem Pass und ohne deutschen Pass mit muslimischer Religionszugehörigkeit, aber auch bei den Deutschen selber. Ich erinnere an die Grundaussage des Papiers und an das, was Herr Rüttgers und Wolfgang Schäuble gesagt haben, man braucht für die Integration einen Grundwertekanon. Dieser Grundwertekanon ist im Sinne eines Verfassungspatriotismus, in unserem Grundrechtskatalog zu sehen.

Hier kommen die Probleme. Einmal die Angst der Menschen, der Deutschen, vor dem Schreckgespenst des islamischen Fundamentalismus und zwar insoweit als in einigen Staaten dieser Welt der Islam nicht nur Staatsreligion ist, sondern dort zum Teil religiöse Regeln zu Inhalten der Gesetze gemacht worden sind. Das ist der eine wichtige Punkt. Hier müsste man eben auch von seiten der islamischen Organisation klar Position beziehen, ob man eine demokratische, liberale, rechtsstaatliche, aufgeklärte, säkularisierte staatliche Ordnung bejaht oder ob man es für möglich hält, dass am Ende dieses Jahrhunderts

fundamentalistische Optionen in Europa realisiert werden können. Wenn diese Distanzierung nicht klar erfolgt, sondern diese Frage von führenden Vertretern offen gelassen wird, dann geht dies gegen die Integration.

Der Grundwertekanon hat mit dem Thema zu tun, das Frau Schavan angesprochen hat. Es hat etwas zu tun mit Artikel 3 des Grundgesetzes. Das Problem mit Frau Schimmel war nicht, dass sie sich nicht als eine der herausragendsten Kennerinnen der

MAN BRAUCHT FÜR DIE INTEGRATION EINEN GRUNDWERTEKANON. DIESER GRUNDWERTEKANON IST IM SINNE EINES VERFASSUNGSPATRIOTISMUS, IN UNSEREM GRUNDRECHTSKATALOG ZU SEHEN.

orientalischen Mystik darstellt und wunderbare Bücher geschrieben hat, sondern dass sie sich nach einigem Zögern gegen die Fathwa gegenüber Salman Rushdie ausgesprochen hat, aber mit keinem Wort dazu zu bringen war, etwas zu sagen gegen die Tatsache, dass Mullahs in Pakistan und in Bangladesch Fathwa ausgesprochen haben gegenüber 3000 Frauen zum Beispiel, die elendig zu Tode gekommen sind.

Hier kommen wir zum Problem der Gleichberechtigung der Frau. Dieses Problem spielt eine größere, eine immer größere Rolle auch in Deutschland, weil die Menschen dieses Problem zum Beispiel an der Frage des Tschador erleben. Der Tschador ist kein Problem, wenn er Ausdruck des religiösen

Bekenntnisses ist. Der Tschador kann getragen werden genauso wie zu Zeiten der Friedensbewegung irgendwelche Leute aus religiöser Überzeugung ein violettes Halstuch auch im Schulunterricht getragen haben oder die katholische Lehrerin ein Kreuz als Halskette hat. Warum soll als Ausdruck der Religion nicht jemand ein Kopftuch tragen. Das Kopftuch wird dann zu einem Problem, wenn es Ausdruck der Diskriminierung der Frau wird. Dann wird der Tschador zu einem Problem für unseren Grundrechtekatalog.

Es ist nicht nur diese Frage. Der ägyptische Staatsgerichtshof hat einmal über Jahre hinweg das Verbot der Beschneidung aufgehoben. Es ist wieder rückgängig gemacht worden. Aber dieses Thema spielt in Deutschland eine immer größere Rolle, und zwar unter religiösen Überschriften. Es ist klar, dass die Beschneidung der Frau eine schwere Körperverletzung ist und ein Verstoß gegen Artikel 2 des Grundgesetzes. Aber dies muss klar gemacht werden. Man kann nicht - unter religiösen Überschriften - schwere Körperverletzung auch nur im Ansatz für möglich halten.

Ein weiteres Beispiel: die Bekleidungs Vorschriften. Im letzten Sommer habe ich in Nussdorf, ein Dorf bei mir in der Südschweiz, folgende Szene gesehen: Da ist ein luftig gekleideter Mensch aus Pakistan oder Iran, mit weißem offenen Hemd auf der Straße gelaufen, neben ihm ging seine Frau mit Tschador, schwarz angezogen von oben bis unten, bei einer Temperatur von 30° im Schatten, schleppte zwei Kinder mit sich herum. Die Leute auf der

Straße haben das gesehen. Die Frauen, die in Nussdorf an der Straße standen, haben mir gesagt: „Das wollen wir nicht.“

Die Aufklärung, die notwendig ist, können wir allein nicht realisieren, vielmehr müssen die islamischen Gesellschaften, die hier in Deutschland leben, ein klares aufklärerisches Wort darüber sagen, wie sie sich den Islam in dieser Gesellschaft vorstellen - mit einer fundamentalistischen Richtung oder mit einer säkularisierten Richtung wie zum Beispiel in der Türkei. Die Türkei hat insoweit eine Modellfunktion und ist insoweit auch zu unterstützen. Die Menschenrechtsfrage können wir in dem Zusammenhang einmal beiseiteschieben. Das ist natürlich das Dilemma, in dem wir uns befinden. Wir müssen auf der einen Seite die Türkei unterstützen als das Modell eines säkularisierten Staates

auch dem Islam gegenüber und haben auf der anderen Seite unsere Probleme mit den Menschenrechtsverletzungen. Aber ich glaube schon, dass die türkischen, überhaupt islamischen Organisationen eine ganz große Verantwortung haben, weil die Deutschen selber diese Integrationsleistung nicht vollbringen können. [Beifall]

Prof. Michael Rutz:

Vielen Dank, Herr Geißler. Herr Geißler hatte Herrn Yildirim und Herrn Totakhyll direkt angesprochen.

Ghulam-D. Totakhyll:

Da ich davon ausgehe, dass hier mehrheitlich religiöse Menschen sind, und ich hoffe, dass ich auch ihre Zustimmung finde, wenn ich meine



Ghulam-D. Totakhyll und Mehmet Yildirim

Rede, wie in der Präambel des Grundgesetzes, mit Gott beginne: Bismillahi – Rahmani – Rahim. Im Namen Gottes, des Barmherzigen und Allerbarmers. Assalamn – Alaikum. Friede sei mit Ihnen.

Bevor ich auf die Fragen eingehe, möchte ich mich zuerst für diese Veranstaltung, die zum ersten Mal mit der großen Beteiligung der muslimischen Mitbürger stattgefunden hat, herzlich bedanken, auch im Namen des Islamrats, weil das die erste Veranstaltung ist in diesem Rahmen, bei der die Muslime auch mitbeteiligt sind. Dies verdient großen Respekt. Das vorliegende Integrationskonzept der CDU/CSU-Bundestagsfraktion findet unsere generelle Zustimmung, wir möchten hier aber noch verschiedene Differenzierungen und Ergänzungen dazu anbringen.

Sie sehen ganz richtig, dass die Muslime in der Bundesrepublik noch immer in der Ausübung ihres Glaubens beeinträchtigt sind, was z. B. die Errichtung von Moscheen und eigenen Friedhöfen oder Kindergärten betrifft. Insbesondere die Kommunen müssen in ihrer Städteplanung und der Bauleitplanung die Errichtung von islamischen Einrichtungen berücksichtigen. Des weiteren ist für die zahlreichen muslimischen Soldaten, die in der Bundeswehr dienen, sowie für die muslimischen Bundesgrenzschutzbeamten und Polizeibeamten der Bundesländer und für die Zivildienstleistenden muslimische Seelsorge einzurichten. Entsprechend ist auch für die Strafvollzugsanstalten

muslimische Seelsorge einzurichten. Auch geht es nicht an, dass muslimische Soldaten an den christlichen Feiertagen in Vertretung ihrer Kameraden Dienst tun, sie selber aber für ihre eigenen Feiertage Urlaub nehmen müssen.

Sie laden die Muslime ein, in den politischen Parteien mitzuwirken. Auch der Islamrat hat den Muslimen in Deutschland immer empfohlen, in den bereits vorhandenen demokratischen Parteien hier mitzuarbeiten und damit den muslimischen Belangen Geltung zu verleihen. Wir sehen die Gründung einer eigenen islamischen Partei als überflüssig und als den Interessen der Muslime nicht förderlich an. Die Parteien sind zwar immer gerne bereit, neue muslimische Mitglieder aufzunehmen. Gleichzeitig haben sie noch nicht die Möglichkeit zu nennenswerten politischen Karrieren gehabt. Vereinzelt sind uns auch Fälle bekannt, dass muslimische Mitbürger mit der Begründung einer gleichzeitig bestehenden Mitgliedschaft bei einer islamischen Vereinigung aus einer Partei ausgeschlossen wurden.

Der Vorschlag eines „islamischen Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen entsprechend dem Religionsunterricht der christlichen Konfessionen in deutscher Sprache, von wissenschaftlich und pädagogisch qualifizierten Lehrern und unter staatlicher Schulaufsicht“ ist nichts Neues. Der Islamrat fordert seit Jahren das Recht aller Schüler und Schülerinnen auf einen islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, das von staatlich an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildeten Lehrern erteilt wird, entsprechend den in den

übrigen Fächern üblichen wissenschaftlichen und pädagogisch-didaktischen Standards und unter staatlicher Aufsicht.

Dieser Unterricht muss in deutscher Sprache erteilt werden, da er sich nicht nur an türkische Schüler, sondern an alle Schüler islamischen Glaubens in der Bundesrepublik Deutschland richtet. Der Religionsunterricht muss dialogfähig sein und sich an den Gegebenheiten dieser Gesellschaft orientieren.

Die bisherige Praxis der Bundesländer, nämlich die Einpassung des islamischen

DIESER UNTERRICHT MUSS IN DEUTSCHER SPRACHE ERTEILT WERDEN, DA ER SICH NICHT NUR AN TÜRKISCHE SCHÜLER, SONDERN AN ALLE SCHÜLER ISLAMISCHEN GLAUBENS IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND RICHTET. DER RELIGIONSUNTERRICHT MUSS DIALOGFÄHIG SEIN UND SICH AN DEN GEGEBENHEITEN DIESER GESELLSCHAFT ORIENTIEREN.

Religionsunterrichts in den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht in türkischer Sprache und mit nicht immer dazu qualifizierten Lehrern haben wir immer kritisiert. Diesen Lehrern (die häufig vom türkischen Staat nach Deutschland geschickt worden waren) fehlte oft nicht nur eine islamwissenschaftliche und pädagogische Ausbildung, sondern sie zeigten oft auch eine erschreckende Unkenntnis und ein Unverständnis der

Verfassungen der Länder und des Grundgesetzes, so dass sie nicht in der Lage waren, ihren Schülern zu helfen, in einem säkularisierten, von der christlichen Kultur geprägten Land als Muslime zu leben. Gerade deshalb fordern wir, dass die muslimischen Religionsgemeinschaften in Deutschland die Gestaltung des islamischen Religionsunterrichts bestimmen.

Wir erinnern daran, dass gemäß Artikel 7 Absatz 3 GG „der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt“ werden muss. Dies bezieht sich auf die Entwicklung der Lehrpläne und der Unterrichtsmaterialien wie auch auf die Lehreraus- und -fortbildung. Der Einwand der Schulbehörden, es gebe auf der islamischen Seite keine Ansprechpartner für die Gestaltung des Religionsunterrichts, trifft nicht zu. Die beiden großen Dachverbände Islamrat und Zentralrat der Mosleme sind kompetente Ansprechpartner, die diesbezüglich zusammenarbeiten und bereits eine gemeinsame Kommission für den islamischen Religionsunterricht gebildet haben. Im Gründungsprotokoll dieser Kommission gibt es einen Passus, dass andere islamische Vereinigungen gleichberechtigte Vertreter in dieses Gremium entsenden können. Selbstverständlich werden wir auch die Erfahrungen der christlichen Kirchen und der pädagogischen Wissenschaft zur Grundlage unserer Arbeit machen und einen entsprechenden Beraterstab bilden. Eine effiziente Schulaufsicht, die darüber wacht, dass das Grundgesetz nicht verletzt wird, unterstelle ich jetzt einmal.

Nun zu der Frage von Herrn Geißler: Die Muslime, die im Islamrat vertretenen Organisationen bekennen sich ausdrücklich zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, zu der vorhandenen Rechtsordnung. Sie sind bemüht, mit aller Kraft als ein integrierter Bestandteil in dieser Gesellschaft mitzuarbeiten, in dieser Gesellschaft mitzuwirken und auch, wenn Defizite da sind, die Defizite mit unserer gemeinsamen Hilfe und mit Hilfe der Mehrheitsgesellschaft irgendwie zu beheben. Das ist ein ganz klares Bekenntnis zum Grundgesetz und zur Rechtsordnung und zur demokratischen Gesellschaft in der Bundesrepublik. [Beifall]

Wir Muslime haben zwei Grundsätze, wenn wir in der Minderheitsgesellschaft leben. Erstens die Religionsfreiheit und zweitens die Rechtssicherheit. Wir haben in der Bundesrepublik hier vollständige Religionsfreiheit und wir haben die vollständige Rechtssicherheit. Daher fühlen wir uns hier natürlich zu Hause. Wir sehen unsere Rechte als Menschenrechte nicht beeinträchtigt. Aber da wir auch hier in diesem Staat, Bürger dieses Staates zum Teil sind oder zum Teil werden, haben wir auch Forderungen als Bürger. Wir wollen die Gesellschaft mit ihnen gemeinsam mitgestalten. Dafür wollen wir entsprechende Rechte.

Zur Frage der Beschneidung: Die Beschneidung von Frauen und Mädchen ist weder islamisch, noch christlich, noch jüdisch. Das ist eine alte Tradition in gewissen Teilen von Afrika. Wenn man dort nachschaut, wird man dort auch die christlichen Animisten, die Juden, die

Muslime oder sogar die Anhänger der Naturreligionen sehen, die beschnitten worden sind. Das ist nach unserer Auffassung eine Körperverletzung, und das ist sehr stark zu bekämpfen. Wir müssen das gemeinsam tun. Das hängt natürlich auch von dem allgemeinen Wissen der jeweiligen Völker ab und auch von der Bildung. Und da sind natürlich Bildungsdefizite da. In höheren Bildungsschichten gibt es so etwas nicht. Aber das ist auch nur lokal oder regional begrenzt in Afrika, in Nordafrika, zum Teil bis an der Grenze zu Jemen. Ich komme selbst aus Afghanistan, mir ist dies nach fast 14, 15 Jahren in Deutschland zum ersten Mal in meiner Tätigkeit als Generalsekretär des Islamrats bekannt geworden, weil ich damit konfrontiert wurde. Ich kannte das in Afghanistan nicht. Die Beschneidung war für mich völlig fremd. Gemeint ist hier nicht Männerbeschneidung, sondern weibliche Beschneidung. Das ist kriminell, das muss bekämpft werden, und dafür müssen auch entsprechende Maßnahmen getroffen werden auch von denjenigen Ländern, die in der Lage sind, finanziell die Bildung voranzutreiben. [Beifall]

Etwas will ich noch erwähnen, nämlich wie schwierig es ist, die kulturellen, die religiösen, die Rechtsverständnisse der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen anzugleichen. Ich stelle fest, dass zwischen zwei großen Bundesländern, nämlich Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, die auch mehrheitlich katholisch sind, dass zwei unterschiedliche Praxis stattfinden, zwei unterschiedliche Rechtspositionen da sind und insoweit Wertunterschiede vorhanden sind. Zu

Ihrem Statement, Frau Schavan, zum Thema Kopftuch: Hier habe ich ein Heft „Interna Nordrhein-Westfalen“ vom Landtag Nordrhein-Westfalen. Und hier sagt Frau Gabriele Behler, die Kultusministerin: Ein Kopftuch ist kein Hindernis für die Übernahme im Lehramt. Wenn es in zwei Bundesländern so schwierig ist, mit gleicher Vergangenheit und in gleicher Tradition, wie können Sie von uns, von den Muslimen, die seit 30 Jahren hier sind, und neu mit vielen gesellschaftlichen Strukturen und mit vielen gesellschaftlichen Erneuerungen, mit vielen anderen Mentalitäten und Gegebenheiten konfrontiert werden, erwarten, dass wir uns auf einmal von heute auf morgen total umstellen können. Wir versuchen es, wir bemühen uns, aber wir haben natürlich unsere Vergangenheit, unsere Identität, und die wird uns weiter begleiten. Wir sind aus verschiedenen Ländern, wir haben verschiedene Identitäten. Ich bin 22, 23 Jahre in Afghanistan gewesen, ich kann mein Kapitel in Afghanistan nicht einfach abstreifen und sagen: Ich bin ab heute deutsch. Gut ich bin deutsch, ich habe die deutsche Staatsangehörigkeit, und ich bekenne mich zu dieser Staatsangehörigkeit, und ich nehme auch meine Rechte wahr und auch meine Pflichten wahr. Aber trotzdem – das ist ein Prozess. Für den Prozess geben Sie, die Mehrheitsgesellschaft, uns, der Minderheitsgesellschaft, die Chance, und das müssen wir gemeinsam bewältigen. Danke. [Beifall]

Prof. Michael Rutz:

Vielen Dank. Die Reihenfolge Herr Yildirim, Herr Prof. Maier, Herr Çinar, Herr

Bilgin, Herr Elyas, Herr Dultz. Frau Süßmuth hatte sich noch gemeldet.

Prof. Dr. Rita Süßmuth:

Bei der Frage Aufklärung in Deutschland und Aufklärung auch an die Angehörigen der muslimischen Nationalitäten ist für mich erstens ein wichtiger Punkt, dass Säkularisierung nicht bedeutet, dass ich Abstand nehme von der Religion. Das ist eben jetzt zwar schon einmal gesagt worden, aber es bedeutet eben, dass wir Staaten haben, in denen Religion und Ideologie miteinander vermischt werden. Und es scheint mir außerordentlich wichtig, dass wir in Deutschland wert darauf legen, dass wir den Religionsteil oder den Religionenteil, weil es ja nicht monolithisch ist, abtrennen vom Fundamentalismus, weil wir das ständig miteinander verknüpfen.

Und das zweite, was mir dabei wichtig ist, ist wenn es um Religionsunterricht geht, dann ist das nicht pauschal zu beantworten, entscheidend ist vielmehr, welche Art von Religionsunterricht. Brauchen wir mehrere religiöse Vertreter, die wir dann in die deutschen Schulen hineingeben?

Der dritte Punkt: Das, was Frau Schavan ausgeführt hat, steht für mich weniger unter der Frage der Gleichberechtigung. Das war einmal eine andere Frage – welche Menschenrechte gelten für Frauen und Männer gleichermaßen? Die Kopftuchfrage ist eine, die ja gerade zwischen diesen beiden Ebenen von religiösem Bekenntnis und, in diesem ganz konkreten Fall, kultureller Abgrenzung und Übergang zum Fundamentalismus liegt. Und da können

wir aus Afrika und den nordafrikanischen Staaten eine Menge lernen. Da waren es zum Beispiel die Frauen, die hineingegangen sind in die Moscheen und festgestellt haben, dass das dort wenig mit Religionsausübung, aber viel mit islamischen Fundamentalismus zu tun hat. Wenn wir diese Klärung in Deutschland nicht herbeiführen, dann setzen wir ständig das Klischee fort: Islam gleich Fundamentalismus. Das ist eine ganz wichtige Aufklärungsfunktion auch bei der Frage, wie gehen wir schulisch damit um.

Prof. Michael Rutz:

Vielen Dank Frau Süßmuth. Herr Yildirim, wenn Sie auf die Fragen von Herrn Geißler und Frau Süßmuth bitte mit eingehen.

Mehmet Yildirim:

Meine Damen und Herren! Im Namen meiner Organisation bedanke ich mich für die Einladung sehr herzlich. In der Diskussion ist für mich ist nicht das beschriebene Papier, sondern - wie auch einige Redner gesagt haben - gegenseitige Toleranz, Achtung, Verständnis und auch Zusammenarbeit wichtig. Was immer wir vorbereiten, wenn wir es nicht praktizieren, werden wir die Chance der Integration nicht wahrnehmen. Daher bitte ich alle diejenigen, die auch für Integration ernsthaft Stellung genommen haben, diese Arbeit wirklich wahrzunehmen. Aber wie soll das sein: Man muss gegenseitige Diskussion, Beratungen als Aufgaben akzeptieren. Daher muss man diese Aufgabe üben.

Meine Damen und Herren, es ist notwendig, dass wir gerade auch für die religiöse Betreuung der hier lebenden Menschen sorgen, und zwar eine religiöse Betreuung, die fern von jeglichem Fanatismus, jeder Politik und materiellen Zielen geschieht.

Entscheidend ist, dass dieses unter Aufsicht geschieht. Unsere Organisation enthält sich bewusst jeder Politik und widersetzt sich auch allen Bestrebungen, den Islam für parteipolitische und materielle Ziele einzusetzen. Gruppenbildungen und separatistische Bewegungen stellen wir uns ausdrücklich entgegen. Insbesondere die Gefahr der Beeinflussung der Menschen durch Sekten ist in der letzten Zeit besorgniserregend. Die Türkisch-Islamische Union setzt sich für alle Muslime ein, sei es auch, dass diese anderweitig organisiert sind.

Sie ist bemüht, bei allen Menschen Verständnis für gegenseitige Achtung, Liebe und Freundschaft mit den Angehörigen auch anderer Religionen zu wecken, zu fördern, auch mit diesen den Dialog zu fördern. Denn Liebe und Achtung des Menschen, Beachtung der Menschenrechte, auch Nächstenliebe sind zentrale Lehren des Islam.

Die Türkisch-Islamische Union wurde mit dem Ziel gegründet, das türkische und das deutsche Volk zusammenzubringen, das gegenseitige Verständnis herzustellen und zu vertiefen, um ein harmonisches Zusammenleben von türkischen Mitbürgern mit der deutschen Gesellschaft, ihre Gleichberechtigung und damit die Integration zu ermöglichen, und andererseits Deutschen die Türkei, die türkische Kultur

und Gesellschaft näher zu bringen.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Denn auch in dem Integrationskonzept der CDU/CSU-Fraktion lassen sich sehr gute politische Ansätze sehen. Eines, glauben wir, ist uns allen klar: Wenn wir heute nicht in die Integration investieren, werden wir später für Resozialisierung und Polizei bezahlen müssen. In der Vergangenheit ist genug davor gewarnt worden, dass gesellschaftliche Versäumnisse sich in der Zukunft rächen werden. Diese Zukunft haben wir leider heute schon hinter uns. Es ist aber nie zu spät für einen Neubeginn. Allerdings ist es sehr spät geworden für große Lösungen. Je länger wir damit warten, desto größer wird die Last der Versäumnisse. In diesem Sinne begrüßen wir alle Bestrebungen, welche auf die Integration der hier lebenden Ausländer zielen. Wir vermissen aber, dass gerade bei der Ausländerpolitik, diese betroffenen Personen wenig gehört werden. Gerade die Ausländerpolitik erfordert eine Politik der Vernunft, welche aber wiederum die Mitsprache derjenigen, die durch diese Politik betroffen werden, erfordert.

Man kann hier eine unbestimmte Anzahl von Maßnahmenkatalogen nennen aus den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Wichtig sind uns aber folgende Maßnahmen, deren Realisierung unumgänglich sind, um die Integration der Ausländer zu fördern: Anerkennung der islamischen Organisationen als Religionsgemeinschaften, um so zu erreichen, dass der Islam insbesondere in den Bereichen des gesellschaftlichen

Lebens im Rahmen der geltenden Gesetze ein Mitspracherecht wie die Kirchen erlangen kann. Konsequente Einführung der Religionslehre in den staatlichen Schulen auf freiwilliger Basis; Betreuung der Muslime durch theologisch ausgebildetes Fachpersonal in der Muttersprache der Muslime; Förderung der Ausbildung der Jugendlichen; Förderung der Schulausbildung der Jugendlichen; besondere finanzielle Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Ausländer; Förderung der Mehrsprachigkeit; Erleichterung der Baugenehmigungsverfahren für muslimische Gebetsstätten; Regelung der besonderen Anliegen der Muslime wie Schächtung, Feste etc.

Prof. Michael Rutz:

Herr Yildirim, herzlichen Dank. Jetzt kommt doch immer wieder das Thema des Religionsunterrichts hier herein. Ich möchte deswegen kurz einfügen, was in Artikel 7 des Grundgesetzes wirklich steht, damit Sie bei der Debatte, die wir jetzt dann über den Religionsunterricht führen, die Basis haben. Dort heißt es: „Der Religionsunterricht...“, das ist Absatz 3 des Artikels 7, „Der Religionsunterricht ist an den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.“

Und im Grundgesetzkommentar von Michael Sachs steht dann dazu erläuternd: „Der Unterricht muss Religionsunterricht mit Bekenntnisinhalt bleiben und darf nicht zu überkonfessioneller vergleichender Betrachtung religiöser Lehren, nicht bloße Morallehre, Sittenunterricht, historisierende und relativierende Religionskunde, Religions- oder Bibelgeschichte werden.“

Zum Begriff der Religionsgemeinschaften heißt es: „Die Garantie des Religionsunterrichts ist historisch auf die beiden großen deutschen Kirchen zugeschnitten, freilich nicht begrenzt. Es bedarf eines berechenbaren Partners mit der Fähigkeit zu verbindlicher und hinreichend legitimer Artikulation von Grundsätzen für den Religionsunterricht gegenüber dem Staate und zur Wahrnehmung der sich aus Artikel 7 III ergebenden Aufgaben. Bedenken ergeben sich insoweit für den Islam als Ganzes als auch für dessen konfessionelle Zweige in Deutschland, vor allem Sunniten“ und so weiter. „Nach einer organisatorischen Verfestigung und nach notwendigen inhaltlichen Abklärungen wird ein islamischer Religionsunterricht an der staatlichen Schule aber kaum verwehrt werden können. Er liegt im übrigen durchaus in staatlichem Integrationsinteresse.“ Soviel aus dem Grundgesetzkommentar. Herr Rüttgers hat eine Frage zu diesem Thema.

Dr. Jürgen Rüttgers:

Bevor wir jetzt weitere Stellungnahmen dazu hören, möchte ich das auf einen ganz konkreten Punkt bringen. Wir haben

jetzt gesagt, wir wollen das, und wir halten es für notwendig. Dann, finde ich, brauchen wir jetzt nicht zu diskutieren, warum und wieso. Der entscheidende Punkt ist, wie macht man es. Wir haben eben von Bülent Arslan gehört, wie die Realität ist. Wir wissen, auch darauf ist eben hingewiesen worden, dass die Bayern das Problem dadurch gelöst haben, dass sie türkische Lehrer in bayrischen Schulen unterrichten lassen, die vom Religionsministerium in Ankara ausgesucht werden, das, nach allem, was man hört, stark fundamentalistisch geführt wird. Und wir bekommen gesagt, etwa von Frau Kollegin Schavan, die sich darum sehr müht, dass es kaum gelingt, die türkischen Organisationen zu einer einheitlichen Haltung zu bekommen, die es ermöglicht, entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Letzter Punkt: Ein Gespräch mit den beiden großen christlichen Kirchen hat ergeben, dass die sagen: „Wir sind einverstanden mit islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache unter deutscher Schulaufsicht. Aber wenn Ihr hingehet und definiert staatlicherseits den Inhalt, dann ist das eine Kriegserklärung, dann sind wir dagegen. Denn wir bestehen auf Eigeninteresse darauf, dass da, wo wir Religionsunterricht machen, wir die entsprechenden Vereinbarungen treffen, so wie sie in den Verträgen und Konkordaten niedergelegt sind.“

Mich interessiert die konkrete Frage: Ist irgendwann damit zu rechnen, dass es einen legitimen Gesprächspartner auf muslimischer Seite gibt, oder ist die Alternative, dass sich der Staat irgendeinen - darüber müsste dann zu diskutieren sein - herausucht, und das mit dem organisiert. Denn die Situation

kann nicht so bleiben, dass wir jetzt die nächsten zehn Jahre auch noch über die Frage diskutieren, mit wem wir denn reden. [Beifall]

Prof. Michael Rutz:

Herr Prof. Maier, Sie waren angesprochen.

Prof. Dr. Hans Maier:

Herr Rüttgers: „Mut habet auch der Mameluck, Gehorsam ist des Christen Schmuck.“ Man kann natürlich sagen, das muss jetzt sein und das muss gemacht werden. Aber über die Voraussetzungen sollte man sich doch im Moment den Kopf zerschlagen. Herr Arslan hat vorhin gesagt, mit den Imams geht es nicht. Ich stimme ihm zu. Die

Imams sind einfache Religionslehrer, fromme Leute - wir wollen sie nicht schlecht machen - die am Morgen meistens in Höfen und Hinterhöfen den jungen Menschen Koransuren beibringen, auf arabisch, also in der heiligen Sprache. Sie können für sich in Anspruch nehmen, dass sie den authentischen, den ursprünglichen, den heiligen Islam praktizieren, der ja schon in der Türkei durch Kemal Atatürk entmachtet worden ist: Lateinisches Alphabet, Abkehr von der heiligen Sprache, laizistische Dämpfung, westliches Grundwertesystem und so weiter und so weiter. Die Imams wären verloren in einer deutschen Schule, konfrontiert mit protestantischen, katholischen, jüdischen Religionslehrern, die alle von der Hochschule kommen, die ein Theologiestudium absolviert haben.



Blick aufs Podium (v. links): Dr. Jürgen Rüttgers, Prof. Michael Rutz, Dr. Wolfgang Schäuble, Bischof Dr. Hartmut Löwe, Prof. Dr. Hans Maier, Dr. Eckard Nordhofen, Dr. Annette Schavan, Prof. Dr. Faruk Sen, Prof. Dr. Udo Steinbach, Ghulam-D. Totakhy, Mehmet Yildirim

Ich bin allerdings nicht der Meinung, dass die Mehrzahl der Eltern auf die Imams verzichten möchten. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich habe 1978 in Bayern wahrscheinlich den ersten Versuch unternommen, religionskundliche islamische Elemente in den muttersprachlichen Unterricht einzuführen. Gut, das ging nur in Zusammenarbeit mit der Türkei. In welche Rolle kommt da ein einer christlichen Kirche angehöriger Kultusminister? In eine etwas merkwürdige, denn er profitiert hier von einem laizistischen Religionsmodell, das eigentlich den Islam auf eine mitteltönige europäische Stimmung heruntergestimmt hat. Und natürlich laufen dagegen die Mehrzahl der gläubigen Muslime bis heute Sturm. Wenn die muslimischen Partner am Tisch den Kopf schütteln und sagen, das ist anders, dann freue ich mich darüber, aber ich glaube aus meinen eigenen Beobachtungen schließen zu können, es ist nicht so einfach.

Jetzt muss man zwei Fragen klären: Einmal, wer soll unterrichten? Schaffen wir Lehrstühle an allen Hochschulen? Da werden ja zur Zeit Bemühungen unternommen. Aber Lehrstühle für was? Das ist jetzt schon schwierig, für den sunnitischen, für den schiitischen Islam, für iranische oder mehr für die türkische Mehrheit oder für andere Gruppen, und soll das eine Art Religionswissenschaft sein oder soll es Theologie sein, analog zu den christlichen theologischen Fakultäten? Da wird jeder Islamkenner sofort sagen: Eine Theologie in christlichem Sinne gibt es im Islam gar nicht, weil dort die Abschichtung von Theologie, Recht, Volkswirtschaft,

allgemeiner Lebenseinstellung noch nicht vollzogen ist. Das ist alles eine große Einheit. Da wird nicht nach der Anwendung des Islam gefragt. Der Islam *ist* schon eine Anwendung, Leben nach Gottes Wort. Also das muss diskutiert werden: Wie sollen die Lehrstühle aussehen?

Zweitens, in welcher Sprache soll unterrichtet werden? Ich gebe zu, dass das Unterrichten auf türkisch noch ein Relikt aus der Zeit ist, in der man mit der Rückkehr der Mehrzahl der Gastarbeiter, wie es damals hieß, rechnete. Das entspricht also nicht mehr den heutigen Integrationserfordernissen. Aber wenn wir von der Türkei verlangen, dass die Lehrer, die etwa in Nordrhein-Westfalen, in Hamburg, in Bayern, auch in Baden-Württemberg tätig sind, ein vollkommenes Deutsch mitbringen, dann erschweren wir die Rekrutierung sehr. Bis jetzt verlangen diese vier Länder nur Grundkenntnisse in Deutsch. Im übrigen, weil Herr Rüttgers da Zweifel hatte, in Bayern werden diese Lehrer ausdrücklich auf die bayerische Verfassung, aber, man höre und staune, auch auf das Grundgesetz vereidigt. Ich habe hier die Gelöbnisformel da, wenn sich jemand überzeugen will.

Die dritte Frage ist dann, was soll unterrichtet werden? Wird sich so etwas wie ein deutscher Islam entwickeln? Können Muslime in Deutschland eine Praxis des Islam entwickeln, die sich in die Regeln der Schule und in die Ordnung des Grundgesetzes einfügt; und wie können Deutsche ihnen dabei helfen, ohne dass diese Hilfe zur fürsorglichen Belagerung einer anderen Religion wird? Denn da habe ich manchmal ein

schlechtes Gefühl. Der Staat hat sich zurückgezogen - mit Recht - aus dem Jus religionis. Er schreibt nicht mehr vor, was in der Schule als Religion zu gelten hat. Da hält er sich ganz zurück. Er sichert nur durch die Schulaufsicht den formalen Ablauf. Und jetzt in Sachen Islam wird plötzlich an den Staat appelliert, da die muslimischen Gruppen sich nicht einigen können, „Setze Du doch, Staat, fest“, gewissermaßen in fließenden Übergängen zwischen dem Islam und dem Grundgesetz, was in den Schulen geschehen soll. Ich fürchte, da übernimmt sich der Staat. Da sollte er ein wenig vorsichtiger sein. Ich will es noch zugespitzter formulieren: Muss der Islam Kirche werden, um in den Genus der Privilegien zu kommen, die der Artikel 7 Grundgesetz den christlichen Kirchen und dem Judentum zumittelt? Das ist eine Frage, die im Grunde nur die islamischen Freunde und Partner beantworten können. Auch können nur sie die Frage beantworten, ob sich der sunnitische oder schiitische Islam je mit einem religionsneutralen Staat einverstanden erklären wird. Ich fürchte, da wird auch Aufklärung, Herr Geißler, allein nichts nützen, weil es hier an die Substanz einer Religion geht. Und letzten Endes ist auch hier die Frage der Akzeptanz gestellt. Werden die Eltern dem zustimmen, einem Islamunterricht gewissermaßen auf gleicher Höhe und auf gleichem Ausbildungsniveau mit dem Unterricht in den christlichen Konfessionen?

Das sind wichtige Fragen, die mir bis zur Stunde noch nicht gelöst sind. Man sagt immer: „Warum übernehmt Ihr vom türkischen Religionsministerium diese Lehrpläne und dazu noch die Lehrer“. Mir

hat einmal jemand provozierend gesagt, das wäre so - damals bestand die Sowjetunion noch -, wie wenn man die Grundsätze des orthodoxen Religionsunterrichts sich vom KGB vorschreiben ließe. Das ist vielleicht etwas unhöflich gegenüber der Türkei, und ich habe mit dem Religionsministerium über Jahre hin immer wieder verhandelt. Das sind durchaus gemäßigte westlich laizistisch denkende Leute, keineswegs Fundamentalisten. Der Druck des Fundamentalismus kommt von außen auf dieses Religionsministerium und auf die Militärs und auf die ganze kemalistische Tradition zu.

Wir sind zwischen zwei Feuern. Ich glaube, vorläufig müssen wir diese laizistische Dämpfung des Islam in türkischer Form übernehmen, weil wir anderes einfach nicht haben. Wir sollten aber vorsichtige Schritte tun, gemeinsam mit den islamischen Kollegen, Partnern, Freunden, auf einen selbständigen, aus dem deutschen Islam heraus gewachsenen Schulunterricht. Aber meine Prognose ist, das wird noch einige Zeit dauern. Das lässt sich nicht improvisieren und schon gar nicht dezisionistisch aus dem Boden stampfen. [Beifall]

Prof. Michael Rutz:

Ich habe die Bitte, dass wir jetzt bei dem Thema des Religionsunterrichts bleiben. Bitte, Herr Çinar, Herr Bilgin, Herr Elyas, in dieser Reihenfolge.

Safer Çinar:

Eine Anmerkung zu dem Begriff

„Gemeinde“ in unserem Namen. Das steht eigentlich für das englische Wort „community“. Wir sind also eine weltliche Organisation. Uns ist aber ein besserer Begriff nicht eingefallen.

Ein Satz zu dem Papier der CDU/CSU-Fraktion: Es ist wirklich schade, dass dieses Papier weder im Bundestag noch in der Öffentlichkeit diskussionsfähig geworden ist. Ich denke, es ist ein sehr gutes Papier, obwohl ich nicht jeden Punkt unbedingt zustimme, auch nicht zustimmen muss, aber es ist eine schon nach vorne weisende Begrifflichkeit, auch Sensibilität in diesem Papier drinnen, das ich in vielen anderen Papieren immer vermisste. Allerdings möchte ich dazu noch zwei Anmerkungen machen: Erstens, im Bundestag sind die Mehrheitsverhältnisse so, wie sie sind, aber es gibt natürlich Bundesländer, wo die CDU Teile dieses Papiers versuchen könnte, umzusetzen und sie würde auch sicherlich die Unterstützung unserer Unterorganisationen bekommen. Zweiter Punkt, es wäre sicherlich gut, dass dann auch das Handeln und vor allem die Sprache der Mandatsträgerinnen und –träger der Unionsparteien sich an diesem Papier orientieren würden. Ich muss sagen, als Mitglied der 11. Bundesversammlung hatte ich überhaupt kein Verständnis für die Reaktionen auf die Rede von Herrn Rau, weil diese Reaktionen standen in diametralem Widerspruch zu dem, was in diesem Papier auch an sprachlicher Sensibilität gefordert ist. Zu der Frage selber, wir haben anfangs sehr viel Statistisches gehört. Es ist ja so eine Neigung, die Menschen, die aus bestimmten Staaten kommen, unbedingt sofort als

praktizierende Muslime zu definieren. Das ist sicherlich nicht richtig. Ein Teil davon ist so, der andere Teil ist vielleicht nicht praktizierender Muslim, ist sicher kulturell davon beeinflusst, aber diese statistische Zusammenzählung stimmt natürlich nicht, wie man auch nicht alle Deutschen zu Christen in diesem Sinne, praktizierend religiös, nennen könnte. Da muss man schon differenzieren, und da würde ich Frau Dr. Schavan doch etwas widersprechen, wie der Elternwille oder wie das Elternverhalten zu bestimmten Angeboten islamischer Unterrichtung ist. Es kommt natürlich auch immer darauf an, mit wem gerade gesprochen wird. Und ich denke einmal, dass der Großteil der Eltern, die für ihre Kinder eine Art von

ES GIBT GESELLSCHAFTEN, STAATEN AUF DIESER WELT, DIE IM NAMEN DES ISLAMISCHEN REGIERT WERDEN. DAZU MÜSSEN DIESE ORGANISATIONEN STELLUNG NEHMEN UND GANZ EINDEUTIG STELLUNG NEHMEN.

islamischer Unterrichtung in der Schule wollen, nicht unbedingt organisiert sind, zumindest nicht in den islamischen Organisationen. Die islamischen Organisationen haben natürlich ein eigenes Interesse und werden alles, was in diesem Interesse nicht reinpaßt, ablehnen und sagen, die Eltern wollen das nicht. Ich denke, da muss man schon gucken, wer was will.

Der nächste Punkt in dem Zusammenhang ist der: Ich bin Dr. Geißler dankbar für seine Anmerkungen. Ich möchte das, was ich jetzt sage, nicht

als Replik auf irgendjemanden auf diesem Podium verstanden wissen, aber es reicht nicht aus, zu sagen, wir leben das Grundgesetz. Ich will das einmal so formulieren: Wer wird sich schon hinstellen und als Organisation sagen, wir lehnen das ab. Das ist zu wenig. Herr Dr. Geißler hat ganz genau den Punkt genannt. Es gibt Gesellschaften, Staaten auf dieser Welt, die im Namen des Islams regiert werden. Dazu müssen diese Organisationen Stellung nehmen und ganz eindeutig Stellung nehmen.

Es reicht auch nicht aus, zu sagen, was hat das mit Deutschland zu tun, weil es in Afghanistan passiert ist es nicht mein Thema. Doch! Wenn jemand sagt, ich bin eine islamische Organisation, ist diese Organisation verpflichtet, zu diesen Verhältnissen dort Stellung zu nehmen. Das ist das, was wir verlangen müssen, und nicht so ein abstraktes Bekenntnis zum Grundgesetz, das ist viel zu wenig. [Beifall]

Der nächste Punkt in dem Zusammenhang ist, es gibt ja so eine Tendenz jetzt, die einzelnen sollen sich zusammenschließen, dann hätten wir einen Ansprechpartner. Also das geht in der Mathematik. Minus mal Minus ist Plus. Das geht, denke ich in der Politik nicht so ohne weiteres. Einzelne Organisationen, die diesem Kriterium nicht entsprechen, werden nicht dadurch besser, dass sie sich zusammenschließen. Auch in dieser Sache gelten, denke ich, die Kriterien, die Herr Dr. Geißler eben genannt hat.

Es ist ganz klar, in dieser ganzen Diskussion, wie geht die bundesdeutsche Gesellschaft mit dem Islam um, das

Grundgesetz gilt, da gibt es auch nichts zu diskutieren, wobei sicherlich auch das Grundgesetz - ich bin seit dreißig Jahren hier - sich gewandelt hat. Also auch aus dieser Diskussion können sicherlich Änderungen entstehen, aber das Grundgesetz gilt in allen seinen Facetten. Deshalb habe ich auch nicht immer Verständnis für die Rechtsprechung, wenn man sieht, dass die Verwaltungsgerichte bis zum Bundesverwaltungsgericht im Zusammenhang mit Sportunterricht bei Mädchen für eine Rechtsprechung gefahren haben. Ich denke, in diesen Fällen sollte der Auftrag der Schule Vorrang haben vor der Glaubensfreiheit. Es ist immer eine Abwägung. Ich weiß, das tun ja die Gerichte auch, aber ich denke, wenn wir über diese Sachen und Islamisierung diskutieren, sollten wir weniger abstrakt irgendwelche Gefahren- und Feindbilder aufbauen, sondern konkrete Punkte ansehen. Das ist unsere Position. Der Bildungsauftrag gilt für alle vor den anderen Grundwerten, die natürlich genauso wertvoll in ihrem Wesensgehalt sind. Und das gilt auch für andere Sachen, die manchmal von islamischen Organisationen gefordert werden. Ich denke, der Glaube und die Glaubensfreiheit können kein Alibi sein. Das, was vom Islam her aus einiger Sicht richtig erscheint, muss sich am Grundgesetz messen lassen. Übrigens dieses sehr oft diskutierte Schächtungsgebot. Es gibt ernst zu nehmende Islamwissenschaftler, die selber sagen, das ist Antiislam, weil es die Tiere quält und gar nicht im Islam zulässig ist. Also auch da muss man, denke ich, gucken, wer was verlangt, aber da hat ja das Bundesverwaltungsgericht einen Mittelweg gefunden.

Die letzte Anmerkung noch, dann möchte ich schließen. Zum Religionsunterricht und wieder zu den Organisationen: Ich weiß nicht, Herr Dr. Rüttgers, ob ich jetzt etwas zuviel verlange, wenn ich sage, man müsste sich natürlich überlegen, ob nicht die Definition Religionsunterrichts, aber auch der Ansprechpartner in Artikel 7 Grundgesetz, in dieser Fragestellung noch „zeitgemäß“ ist. Mir ist zwar bekannt, dass in den ersten Entwürfen zum Grundgesetz die Kirchen genannt wurden. Diese hat man dann geändert und in der Endfassung Religionsgemeinschaften gesagt. Nur, auch dann, denke ich, war im Hintergrund eine Religion, ein Religionsverständnis, das sozusagen universell anerkannte Organisationen in sich trägt, was ja, das ist ja unser Problem, für den Islam nicht gilt. Deshalb jetzt krampfhaft auf dieser Bestimmung zu beharren und dann unbedingt sich eine Organisation zu suchen, zu

erdenken oder so, ob das sehr weiterführt, weiß ich nicht. Jedenfalls denke ich, wäre das eine Diskussion wert. Was dann herauskommt, weiß ich natürlich nicht.

Ihr Konzept zum Religionsunterricht findet unsere Zustimmung, also deutsche Schulaufsicht, alles, was dazugehört. In einem Punkt, muss ich sagen, gibt es in der türkischen Gemeinde Deutschlands zwei unterschiedliche Meinungen, nämlich bei der Sprache. Ich gehöre zu denjenigen, die sagen, das muss auf Deutsch stattfinden. Aber es gibt auch andere Meinungen, und ich respektiere diese. Wir haben auch darüber noch keinen Beschluss, sondern, je nachdem, wer gerade da ist, sagt, was er dazu denkt. Ich würde allerdings davor warnen, andere Staaten sich hier einmischen zu lassen, egal über welche Organisation. Und das ist für mich auch völlig unabhängig, welche politischen Verhältnisse oder welche Regierung



gerade in dem Herkunftsstaat der Menschen herrscht. Aus Prinzip, wenn wir selber sagen - das hat Herr Çakir sehr ausführlich gesagt -, wir gehören hier dazu, müssen wir unsere Probleme hier mit diesen Mitteln und Organisation dieses Landes lösen. Und nicht, wenn es einmal nicht geht, der Heimatstaat soll jetzt einmal helfen. Das ist eine grundsätzliche Position [Beifall].

Wie gesagt, ich betone noch einmal ausdrücklich, es ist völlig unabhängig davon, wer gerade in meinem alten Heimatstaat dran ist und welche Rechtsordnung da ist. Das hat damit nichts zu tun, weil das wäre sonst sehr opportunistisch, man müsste sich alle vier Jahre wieder etwas anderes sich erdenken. Das kann nicht Sinn der Übung sein.

Mein letzter Satz ist, falls die CDU/CSU-Fraktion an diesem Konzept noch Ausfeilungen vornehmen will: Wir würden bitten und hätten noch Interesse, in den Details mitzudiskutieren. Wir sind dazu gerne bereit.

Prof. Michael Rutz:

Herr Çinar, eine Nachfrage bitte. Sie haben von den Organisationen gesprochen, die eventuell Ansprechpartner sein könnten, Minus mal Minus gibt kein Plus, sagten Sie. Eine ganz praktische Frage: Es wird notwendig sein, so wie das Grundgesetz jetzt lautet, und die Änderung steht nicht in dieser Woche an, einen Ansprechpartner zu finden. Wie soll das geschehen? Soll der deutsche Staat sich den herausuchen? Oder gibt es einen? Meinen Sie, es müsste ein Angebot

geben, einen Zusammenschluss, der von islamischer Seite kommt? Würden Sie das einmal präzise und - handhabbar für den praktischen Politiker - uns Ihre Meinung sagen?

Safer Çinar:

Ich bin leider nicht in der Lage, zu sagen, Aspirin zweimal nach dem Mittagessen, dann ist das gelöst. Es gibt hier keine Lösung. Das ist ja das Dilemma, das ist ja eigentlich, warum das Ganze so zähflüssig läuft. Ich kann, – sehen Sie es mir nach – nur noch einmal wiederholen, dass Minus mal Minus in dieser Frage kein Plus ergibt.

Prof. Michael Rutz:

Haben Sie einen Vorschlag?

Safer Çinar:

Ich habe keinen Vorschlag, aber, erlauben Sie mir noch einmal eines. Wenn ich meine, es gibt im Moment keine Organisation, die im Sinne von 7 III Grundgesetz Religionsgemeinschaft ist, heißt das nicht, dass man diese Organisation ausgrenzen, mit ihnen nicht sprechen und auch nicht ihre Meinungen hören soll. Das soll auf alle Fälle gemacht werden, jede Ausgrenzung radikalisiert noch mehr. Aber eine Organisation oder einen Zusammenschluss, wie es das Grundgesetz in Artikel 7 verlangt, gibt es zur Zeit nicht und wird es auf absehbare Zeit, denke ich, nicht geben. Deshalb muss man das erst einmal als heutiges Faktum setzen und dann überlegen: Wie kann man weitergehen? Da habe ich auch keine Lösung, muss ich sagen.

Prof. Michael Rutz:

Herr Dr. Bilgin bitte.

Dr. Yasar Bilgin:

Bei der heutigen Tagung mit dem Thema Integration, war es schwer für mich, trotz der Hilfe des Publikums, mich bei der Fragenreihe zu integrieren. Hoffentlich gelingt es mir, meine Aussagen integrativ darzustellen. Ich denke, ich möchte gerne zuerst die CDU/CSU-Fraktion zu ihrem Papier beglückwünschen. Ich vertrete hier etwa 2200 türkische Vereine, die sich gemeinsam getroffen haben. Und wir haben versucht, besonders auf die Frage von Herrn Geißler eine klare Antwort zu geben. Der Fragenkatalog auf dem Papier der CDU/CSU erscheint mir persönlich sehr differenziert. Aber ich vermisste bei diesem Fragenkatalog und auch bei der Darstellung, die menschliche Anpassungsfähigkeit, die Grenzen der menschlichen Anpassungsfähigkeit. Ich denke, worum es bei der Integration geht, das ist der Mensch. Das ist der Kernpunkt. Ich bin von Beruf Mediziner. Deswegen analysiere ich solche Fragen immer unter dem menschlicher Aspekt. Die Menschen sind doch, ob Christen oder Muslime, Deutsche oder Afrikaner, irgendwie gleich. Der menschliche Körper und menschliche Geist wurde schon gut analysiert. Wir haben schon Hinweise, wie der menschliche Körper und Geist funktionieren. Es gibt Regeln dafür. Und die Regeln gelten für alle Menschen, nicht nur für Türken, nicht nur für Deutsche.

Beim heutigen Gespräch hat Herr Schäuble einen Satz gesagt, der für jeden bekannt und auch verständlich ist.

Die Toleranzgrenze der Überforderung darf man nicht überschreiten. Und das ist eine Fähigkeit der menschlichen Kapazität. Ich denke schon, dass die Grenzen der deutschen Gesellschaft hinsichtlich des Islam sehr niedrig ist. Dieses Problem ist auch geschichtlich ableitbar und begründbar und damit auch lösbar. Wir wissen Bescheid, dass in der Geschichte der Konflikt zwischen Islam und Christenreligion von zentraler Bedeutung war für die islamische Welt und die christliche Welt. Die christliche Welt hat die Begriffe wie Toleranz und Gerechtigkeit für sich in Anspruch genommen. Und andere Länder wurden dementsprechend definiert. Mit dem Orient, besonders Islam hat man immer wieder Begriffe wie Fanatismus assoziiert. Man versteht, habe ich den Eindruck, den Islam nach dem Fragenkatalog als christliche Religion vor der Epoche der Aufklärung. Man kann das aber nicht vergleichen. Man verwechselt die Ethik bei einem Menschen und Ethik der Religionen. Dies sind zwei verschiedene Aspekte. Begriffe wie Fundamentalismus oder Aggressivität sind Verhaltensweisen der menschlichen Ethik, nicht der Religionen. Wenn die Religion eine solche Ethik hätte, dann könnten wir überhaupt keinen Konsens finden. Stellen Sie sich vor: In der Bibel steht, wenn dich jemand auf deine linke Wange schlägt, halte ihm auch deine rechte Wange hin. Was haben die Europäer mit diesem Fundament gemacht? Sie haben Kriege verursacht, unmenschliche Taten sind entstanden, sogar jetzt in Jugoslawien Milosevitsch.

Man darf nicht vergessen, der Muslim, der Mensch islamischen Glaubens, hat

die gleiche Weltanschauung wie der Christ. Die Religionen sind nach meinem Eindruck alle - abgesehen von Intensität und Grunddogma - identisch. Das sind alles geschlossene Systeme, die auf bestimmte Fragen der Menschen Antworten geben. Die Frage nach dem ich, dem „wahren“ ich, die Frage nach dem Tod, das kann die Wissenschaft, die Philosophie zur Zeit noch nicht beantworten, das beantwortet die Religion. Die Religion gibt auch eine Rahmenbedingung, wie das menschliche Verhalten nach Gott beschaffen sein sollte. Es mag sein, dass der Islam gegenüber anderen Religionen Fundamente unterschiedlicher Intensität hat, aber sie sind das gleiche. Für die gläubigen Menschen, egal, was für einer Religion sie angehören, ist die göttliche Offenbarung nicht veränderbar. Dank der Aufklärung in Europa ist dies den Menschen gelungen. Die Aufklärung, nicht die Religion. Die Religion ist gleich geblieben. Lesen Sie die Bibel, die Offenbarung des Johannes.

Um die menschlichen Verhalten zu analysieren und einen Konsens zu finden, ist es uns gelungen, Grundbegriffe für die Menschen wirklich zu definieren. Sie können sicher sein, dass die Menschen mit islamischen Glauben, wenn ihnen eine Staatsform angeboten wird wie ein wertneutraler Staat, der auf Wertneutralität basiert, dass man darin wegen Religion, Rasse, Geschlecht, biologischen Merkmalen nicht mehr benachteiligt wird. Das ist der beste Nährboden für die menschliche Entwicklung im geistigen und körperlichen Bereich. Sie können nicht argumentieren, dass Menschen mit islamischem Glauben nicht akzeptieren

können, in so einer Gesellschaft zu leben. Der erste Satz des deutschen Grundgesetzes heißt: „Die Würde des Menschen unantastbar“. Nicht Christen, nicht Deutsche, nur Menschen wurde gesagt. Das ist sehr wichtig. Als der neugewählte Präsident dieses Landes das betont hat, wurde er aus den Reihen der CDU/CSU auch irgendwie kritisiert.

Wissen Sie, wenn in der Aufnahme-gesellschaft oder überhaupt einer Staatsform Wertneutralität praktiziert wird, kann ich Ihnen garantieren, dass es unseren Kindern in dieser Gesellschaft gelingen wird, in diesem neutralen Staat gemeinsam friedlich zu leben, so dass man ihre Kulturen zulässt. Man kann diese Entwicklung nicht aufhalten. Als ein Kollege von DITIB gesagt hat, dass er sich zum Grundgesetz bekennt, hat diese Aussage in unserer Reihe Unruhe verursacht. Das war deswegen, weil man an der Glaubwürdigkeit zweifelt. Aber ich kann Ihnen garantieren, dass uns ein menschliches Verhalten gelingen wird, wenn wir alle hier, die Muslime und die anderen, wenn wir Wertneutralität des Staates und menschliches Verhalten gemeinsam befürworten und umsetzen werden. [Beifall]

Prof. Michael Rutz:

Herr Dr. Bilgin, wir waren auch bei dem Thema des Religionsunterrichts und der Frage der Ansprechpartner, haben Sie dazu eine Position? Wen kann der deutsche Staat ansprechen, wenn er im Rahmen des Grundgesetzes über die Frage nachdenkt, ob es einen islamischen Religionsunterricht geben kann?

Dr. Yasar Bilgin:

Ich meine, der Mensch braucht Religionsinhalte, das muss vermittelt werden, ohne Information kann man nicht existieren, das ist eine wichtige Sache. Der Staat muss das in irgendeiner Form versuchen zu ermöglichen, ob der Staat selbst oder die Menschen das machen, in irgendeiner Form muss das vorhanden sein. Man kann nicht nur einen Gesprächspartner suchen, weil die Menschen doch nicht identisch sind. Deswegen muss der Staat mit den Muslimen in den verschiedenen Gruppierungen versuchen in Kontakt zu kommen. Man muss über den Inhalt des Religionsunterrichts zwischen dem Staat und dem Islam zu einem Konsens kommen. Ich kann unsere Organisation als einen Gesprächspartner anbieten. Es bieten sich auch andere an. Es gibt keinen Monopolanspruch als Gesprächspartner. Es gibt Katholiken, es

gibt Protestanten. Ich nehme an, auch beim islamischen Unterricht wird es das geben. Wenn der Staat das nicht tut, tun die Menschen das selbst, wie das zur Zeit oft der Fall ist. Ich denke schon, dass man das anbieten muss. Als Gesprächspartner sollte man versuchen, eine Gruppierung der Muslime aufzubauen, die sich für den Staat als Gesprächspartner darstellen kann.

Prof. Michael Rutz:

Der Staat kann von sich aus nicht, auch nicht nach Kontakt mit einzelnen Gruppen, den Inhalt eines Religionsunterrichts festlegen. Insofern müsste es natürlich um eine Eigeninitiative gehen. Und wir wollen heute hier auch abklären, ob es vorstellbar, dass so etwas zustande kommt als Kraft aus den islamischen Bewegungen in Deutschland heraus.



Dr. Nadeem Elyas und Dr. Jürgen Rüttgers

Oder ist das zum Scheitern verurteilt und bleibt es bei den vorhandenen Problemen? So, Herr Elyas hat das Wort.

Dr. Nadeem Elyas:

Vielen Dank. Ja gleich eingangs ein paar Worte zu dem Thesenpapier, das auch unseren Respekt genießt. Nur die einmütige Akzeptanz dieses Papiers muss uns zu denken geben. Nicht nur hier im Raum, sondern auch außerhalb. Vielleicht liegt es daran, dass das Papier noch konkretisiert werden soll. Vielleicht soll ein Programm daraus entstehen. Ich kann vielleicht behaupten, dass dieses

DER STAAT DARF AUF KEINEN FALL
EIN KONSTRUKT
ZUSAMMENSTELLEN, SEINE
EIGENEN ANSPRECHPARTNER

Papier, wäre es nicht von einer politischen Partei erarbeitet worden, von vielen Parteimitgliedern und von vielen Gesellschaftsgruppierungen auch unterzeichnet worden wäre, vor allem Gruppierungen, die nicht gerade in der Regierung sitzen. Deshalb würde ich sagen, wir müssen alle daran arbeiten, daraus ein Programm zu machen. Die Glaubwürdigkeit solcher Thesen hängt davon ab, wie daraus Tatsachen geschaffen werden. Und ich hoffe, dass dies überparteilich behandelt wird und dass das tatsächlich etwas für die Integration der Migranten und der Muslime in Deutschland beitragen wird.

Der Staat kann sich nicht anmaßen, religiöse Inhalte zu definieren. Das

Grundgesetz hat das schon entschieden. Der Staat muss sich stattdessen mit den Religionsgemeinschaften kurzschließen, um diese Kooperation zustande zu bringen. Hier ist noch nicht der Begriff Religionsgemeinschaft, wie ihn das Grundgesetz durch die Übernahme des Artikels 137 II der Weimarer Verfassung versteht, definiert worden. Dieser lautet: „Den Religionsgemeinschaften werden die Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen“. Also es liegt nicht an der Definition Kirche / Religionsgemeinschaft, sondern der Staat will ein Problem lösen. Und daran muss es uns allen liegen. Wir wollen, wir müssen dieses Problem von drei Millionen Muslimen hier in Deutschland lösen. Und es geht nicht darum, dass wir nach Gegenstimmen suchen. Das ist keine Kunst, in dem man sagt: Ja, die sind dagegen. Die Wahrnehmung von Grundrechten in diesem Staat hängt von dem ab, der sie wahrnehmen will. Nicht von denen, die dagegen sind. Deshalb sind sie ja auch Grundrechte. Wir fragen nicht, wer gegen das Glockengeläut ist, oder wer sich daran stört, dass ein Gebetsruf erhalten soll, oder wer eine Moschee nicht ertragen will. Das hat das Grundgesetz gelöst. Wer dies beanspruchen will, wer ein Kopftuch tragen will, da müssen wir uns fragen, verstößt das gegen die Grundfreiheiten der anderen. Nur das ist unser Aspekt. Das sind unsere Maßstäbe. Auch in bezug auf den Religionsunterricht. Hier muss der Staat, wenn der Islam keine Kirche bieten kann, und das wird der Islam auch nicht ermöglichen – wir kennen eine solche Hierarchie nicht -, dann müssen wir gemeinsam mit dem

Staat überlegen, wie können wir eine Institution schaffen, ein Gremium schaffen, das verbindlich auch diese Inhalte mit dem Staat unterzeichnen kann. Nehmen wir den islamischen Religionsunterricht als Beispiel. Die Forderungen, die hier gestellt werden, die sind alle sinnvoll. Wir haben diese Forderungen übrigens im Jahr 1994 als Antrag eingereicht beim Kultusministerium in Nordrhein-Westfalen. Ein 10-Punkte-Konzept haben wir eingereicht. Dazu gehörte die deutsche Sprache, dazu gehörte die Ausbildung der Lehrer in Deutschland an deutschen Hochschulen, dazu gehörte die Staatsaufsicht, dazu gehörte auch die Verbindung zwischen Sunniten und Schiiten. Dieser Antrag wurde von Sunniten und Schiiten gemeinsam unterzeichnet und eingereicht. Wir haben es nicht dabei belassen, nur Forderungen zu stellen. Wir haben weiter daran gearbeitet und daraus auch einen Lehrplan erstellt und kürzlich vorgestellt. Wir wissen genau, dass so ein Lehrplan erst einmal übernommen werden soll. Aber das ist eine Diskussionsgrundlage, die wir ohne weiteres anbieten können. Wer kann darf hier dann mit dem Staat verhandeln, nicht der Zentralrat allein, nicht der Islamrat allein, aber vor allem keine ausländische Vertretung, vor allem keine Vereinigungen nationaler Prägung, denn hier geht es nicht um eine türkische Angelegenheit, oder arabische Angelegenheit, hier geht es nicht um die Türkei oder Ägypten oder Saudi-Arabien, hier geht es um den Islam in Deutschland. [Beifall] Und dieser Staat muss seine Bürger, seine Mitbürger als mündige Personen behandeln. Keine Vormundfunktionen von außen tolerieren und akzeptieren, immer wenn es dem

einen oder anderen genehm ist, dann wird Ankara oder Al Asra geholt. Nein, wir definieren unsere Glaubensüberzeugung hier in Deutschland, ausgehend von den Muslimen hier.

Der Staat darf auf keinen Fall ein Konstrukt zusammenstellen, seine eigenen Ansprechpartner konstruieren. Die werden von den Muslimen abgelehnt. Das kann ich Ihnen garantieren, denn die Muslime hier sind mündige Bürger, und die werden das auch ablehnen. Dieser Versuch wurde in Frankreich unternommen und ist gescheitert. Dieser Versuch ist in Belgien auch vor einigen Jahren unternommen worden und ist gescheitert. Belgien ist daran gegangen und hat die Muslime selbst ihre Gremien jetzt bilden lassen und dieses Gremium anerkannt. Und so muss mit den Muslimen hier in Deutschland umgegangen werden. Wir sind dazu bereit. Und hier dürfen die Interessen der Muslimen nicht dadurch unterhöhlt werden, dass man sagt, wie sieht es denn im Ausland aus, wie sieht es in Saudi-Arabien oder in Afghanistan und so weiter. Natürlich sind das Situationen, die nicht annehmbar sind. Auch für uns Muslime Wir sagen ganz deutlich, das ist unislamisch. Aber man kann uns Muslimen hier in Deutschland nicht unsere Grundrechte aberkennen, weil irgendwo in der Welt so im Namen des Islam umgegangen wird. [Beifall].

Prof. Michael Rutz:

Wir sind beim Thema Religionsunterricht. Jetzt bitte ich um die Fragen der Herren Abgeordneten, die sich gemeldet hatten. Herr Weiß war der erste.

Peter Weiß:

Das Thema islamischer Religionsunterricht wird, glaube ich, in der Tat die Bewährungsprobe dafür werden, ob der Islam als eine Religion, die hier in Deutschland dank der sich hier integrierenden Menschen beheimatet ist, tatsächlich irgendwann zu einem selbstverständlichen Bestandteil unserer Gesellschaft wird. Und deswegen sind die von Herrn Rüttgers gestellten Fragen ja in der Tat die, an denen das natürlich auch abgeprüft wird. Also es wird ein berechenbarer Partner, der eine entsprechende Legitimation hat, benötigt, um staatlicherseits einen Religionsunterricht einzurichten. Das ist für mich eine unabweisbare Forderung. Und ich würde dringend davor warnen, weil es in einigen Äußerungen vorkam, der Staat solle doch dazu einladen. Wir haben solche Systeme in Deutschland auch schon gehabt, aber ich würde es

nicht für wünschenswert halten, wenn wir wieder zu einem Staatskirchentum zurückkehren würden, wo der Staat vorschreibt, wie Kirche und Religionsgemeinschaften organisiert sind. Diese Phase haben wir in Deutschland historisch bereits verlassen. Es muss schon die Phase kommen, wo Organisationen sich selber formieren und dem Staat als Partner gegenüberstehen. Deswegen ist meine Frage, wie viele Gruppierungen, Sie haben ja eine Menge von Organisationen, wären denn heute bereit, sich zusammenzuschließen und als gemeinsamer Partner aufzutreten? Ich halte es nicht für notwendig, dass sich alle zusammenschließen, wir haben ja auch im Bereich der christlichen Kirchen vielfältige Gruppierungen, die nicht am staatlichen Religionsunterricht teilnehmen bzw. die wir nicht unter ein gemeinsames Dach zusammenführen können, weil - ich denke an Freikirchen,



denke an verschiedene Sekten, die wir in Deutschland haben - sie diesen Weg nicht einschlagen wollen. Also wir brauchen nicht alle, die zum Islam sich bekennen in Deutschland, in einer Organisation zusammenfassen, aber es muss einen berechenbaren Partner geben.

Zweite Frage: Es ist geantwortet worden, ich glaube von Herrn Çinar, dass es in ihrer Organisation unterschiedliche Auffassungen gibt, über deutsche Sprache oder türkische Sprache. Wie viele Gruppierungen würden sich denn, auch von den hier vertretenen, dazu bekennen, zu sagen, wir machen mit, wenn ein Religionsunterricht in deutscher Sprache angeboten wird? Ich sehe das als eine Basis an, auf der man anfangen muss.

Das Dritte: Ich weiß nicht, Herr Prof. Maier, ob die Frage nach Theologie als Wissenschaft an den Hochschulen - wie wir es im Bereich der christlichen Kirche haben -, eine Frage ist, die man jetzt stellen muss. Nebenbei bemerkt, es gibt ja leider in unseren christlichen Kirchen auch Persönlichkeiten, die meinen, man sollte davon Abstand nehmen, an staatlichen Hochschulen wissenschaftlich Theologie zu lehren. Das aber nur als Nebenbemerkung, um deutlich zu machen, es gibt auch da interessante Diskussionen. Es geht ja zunächst einmal darum, Religionspädagogen zu finden, die islamischen Religionsunterricht unterrichten. Meine Frage an die Gruppierungen, die hier vertreten sind und islamische Gemeinden organisieren, lautet: Gibt es heute aus den in Deutschland lebenden Menschen islamischen Glaubens Personen, die

bereit wären, an einer staatlichen Hochschule „Religionspädagogik / islamisch“ zu lernen und die wir nachher als staatliche Lehrer einstellen würden. Denn das Modell, das Professor Maier zurecht erwähnt hat, sah so aus, dass wir Lehrerinnen und Lehrer von außerhalb geholt haben, weil es darum ging, den Menschen, die hier nur teilintegriert sind, die vielleicht wieder zurückgehen, ein Stück von ihrer Kultur und Religion hier lebendig werden zu lassen. Ich glaube, da müssen wir einen klaren Trennungsstrich machen und sagen, jetzt geht es in der Diskussion um etwas anderes: Es geht nämlich darum, den Islam als Religionsgemeinschaft in Deutschland, als eine hier heimisch gewordene Religion wahrzunehmen, die aus sich selber heraus und aus ihrer eigenen Mitgliedschaft heraus den Religionsunterricht organisiert. Das ist, glaube ich, etwas fundamental anderes, als das, was wir bisher gehabt haben.

Prof. Michael Rutz:

Vielen Dank. Bitte, Herr Altmaier.

Peter Altmaier:

Ich habe zwei konkrete Fragen und will sie mit einer Anekdote einleiten. Ich habe kürzlich im Saarland für das Rüttgers-Modell zum Religionsunterricht in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern geworden. Ich bin bei der mehrheitlich konservativen Zuhörerschaft auf ziemliches Befremden gestoßen und habe dann meine Zuflucht gesucht beim bayerischen Beispiel. Ich habe darauf hingewiesen, dass es in Bayern immerhin seit vielen Jahren etwas Vergleichbares gibt, und zwar im

Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts mit Lehrern, die in der Türkei und sonst wo ausgebildet wurden. Daraufhin meldete sich ein Zuhörer und sagte, er käme ursprünglich aus Bayern. Das sei eine glatte Lüge, die CSU würde niemals zulassen, dass an bayrischen Schulen islamischer Religionsunterricht erteilt würde. [Heiterkeit]

Meine These ist, wenn wir eine Umfrage machen würden - mit Allensbach oder Infratest-, welche Partei sich in Deutschland im Rahmen eines umfassenden Integrationskonzeptes für einen islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen ausgesprochen hat, würden 80 Prozent sagen, die Grünen, denen traut man alles zu. Wahrscheinlich zu 60 Prozent würde man hören: Ja, die SPD möglicherweise auch. Dass die CDU eine solche Forderung als erste große Partei erhebt, ist, glaube ich, in der öffentlichen Wahrnehmung bislang nicht übergekommen. Das zeigt auch, wie mutig dieses Rüttgers-Papier war, weil es einen ganz zentralen Punkt angesprochen hat, der auch Emotionen und Missverständnisse in der öffentlichen Diskussion hervorrufen kann, wenn es um die ganz konkrete Umsetzung geht. Und zwar deshalb, weil sich beim Thema Islam bei einfachen Menschen, die keine theologische Ausbildung haben, die ganze Angst vor dem Fremden, vor dem Zusammentreffen unterschiedlicher Kulturkreise kumuliert. Deshalb ist meine erste Frage nach dem „Ob“ an die Vertreter der großen Kirchen gerichtet. Herr Bischof Löwe, wäre es nicht auch eine Aufgabe gerade der großen Kirchen, wenn man es mit Integration ernst meint, verstärkt darauf hinzuweisen, dass es ja nicht nur Trennendes, sondern auch sehr

viel Gemeinsames gibt zwischen Islam und Christentum. Wenn man sich die großen Weltregionen einmal anschaut, ist mein Eindruck doch, dass Judentum, Christentum, Islam sehr viele gemeinsame Wurzeln haben, dass es Religionen sind mit unterschiedlichen Zutaten und Gewürzen, aber doch aus einer Familie kommend. Und das wird in der Darstellung auch in unserem Religionsunterricht der christlichen Kirchen bislang sehr wenig berücksichtigt. Als ich ein kleines Kind war, da war die Angst bei uns nicht vor dem Islam. Ich komme aus einer katholischen Gegend, da war es die Angst vor den Protestanten. [Heiterkeit] Das ist inzwischen abgebaut und abgelöst worden [Beifall] durch die Angst vor dem Islam.

Zweite Frage. Es geht darum, wie man das ganze ausgestaltet. Ich habe sehr viele Sympathien für den Ansatz im Rüttgers-Papier, weil ich glaube, dass auf Dauer nicht geht, dass man sich auf die Strukturen eines anderen Staates, in dem Fall Türkei, auch wenn er laizistisch ist, verlässt. Wir machen uns dann abhängig von Veränderungen in der türkischen Innenpolitik. Was geschieht denn mit den türkischen Religionslehrern in Bayern, wenn wir in fünf oder zehn Jahren in der Türkei eine ganz andere innenpolitische Situation haben? Und zweitens, es ist auch im Hinblick auf das Anliegen der Integration wichtig, wenn wir sagen, diese Zuwanderung ist im wesentlichen irreversibel. Notwendig ist, dass man den innenpolitischen Akzent stärker betont. Trotzdem stellen wir fest, dass wir im Augenblick gar nicht in der Lage sind, es innenpolitisch zu lösen, weil es nämlich keine allseits akzeptierte Instanz gibt in

der muslimischen Welt in Deutschland, wer Träger dieses Religionsunterrichtes sein soll. Es gibt auch keine allseits akzeptierten Inhalte. Meine Frage lautet, müsste nicht - auch wenn ich, wie Peter Weiß, kein Staatskirchentum möchte - darüber nachgedacht werden, ob der Staat nicht für eine Übergangszeit verfasste Strukturen bereitstellt, die einen pluralistischen Prozess organisieren zwischen den Gruppen, die es in Deutschland gibt, die Anspruch erheben können, mitzuwirken bei der Festlegung von Inhalten und die sicherstellen, dass überwacht wird, dass fundamentalistische Inhalte, die mit dem Grundgesetz, mit unseren Grundwerten nicht in Einklang zu bringen sind, ausgeschlossen werden. Ich weiß, wie schwierig dies ist, aber es wird wahrscheinlich einige Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte dauern, bis sich auf muslimischer Seite entsprechende

Strukturen von sich aus herausgebildet haben.

Wir dürfen auch nicht vergessen - das ist die letzte Anmerkung -, wenn sich diese Strukturen herausbilden, werden natürlich eine ganze Reihe von weiteren Fragen gestellt werden. Es wird die Frage gestellt werden, wird es islamische Feiertage geben sollen oder geben müssen in Gebieten mit überwiegend islamischer Wohnbevölkerung. Das haben wir überhaupt noch nicht öffentlich diskutiert und vieles andere. Ich bin dafür, dass wir Schritt für Schritt diesen Prozess gehen, nur meine ich, wenn die Politik es schaffen soll, das so zu gestalten, dass uns die Diskussion nicht aus der Hand genommen wird, dann müssen wir auf die Frage, wie wir es organisieren und in welchen Strukturen es organisiert wird, sehr schnell eine Antwort geben. Ansonsten



wird uns die Diskussion von außen überrollen und wir werden dann das Heft des Handelns aus der Hand verlieren. [Beifall]

Prof. Michael Rutz:

Vielen Dank, Herr Altmaier. So, zunächst Herr Dultz, dann Herr Bischof Löwe, Herr Nordhofen, auf der anderen Seite des Podiums geht es dann weiter. Bitte Herr Dultz. – Wir bleiben bitte zunächst beim Thema Religionsunterricht.

Bashir Ahmad Dultz:

Ich werde mich jetzt nur auf den Religionsunterricht konzentrieren, ich habe eigentlich viel mehr auf meiner Liste. Ich bin deutscher Muslim, ich bin Vertriebener und ich bin vor fünfzig Jahren Mitgründer der Deutschen Muslim-Liga geworden. Wir haben schon damals in der Deutschen Muslim-Liga als Nachfolge der in Berlin 1934 verbotenen muslimischen Gemeinde von Anfang an darauf bestanden, dass wir transparent sind. Bei uns können auch Nicht-Muslime Mitglied sein, wie es in der muslimischen Berlin-Gemeinde auch war, die 1934 verboten und aufgelöst wurde. Einer der Gründe war, dass jüdische Mitglieder vom Kurfürstendamm sich in dieser islamischen Gemeinde verstecken konnten. Ich wollte das nur sagen zu der Geschichte des Islams, der in Deutschland 270 Jahre alt ist. Eine kleine Minderheit, wir sind heute nur noch, wir deutschen Muslime, eine Minderheit im Islam in Deutschland. Aber wir glauben, gerade als Deutsche, dass wir sehr verpflichtet sind, uns an diesem Geschehen zu beteiligen.

Was den Unterricht angeht, die Deutsche Muslim-Liga ist Mitgründungsmitglied des Zentralrats der Muslime in Deutschland. Der Ansprechpartner für diese Dinge, der gefordert wird, ist seit Jahren da. Diese Beschlüsse, die Dr. Elyas eben erwähnt hat, werden von den meisten der großen islamischen Vereinigungen in Deutschland getragen, was die Schaffung einer kirchenähnlichen Struktur anbetrifft: Die Juden, wie wir wissen, haben auch keine Kirche. Trotzdem sind sie als Ansprechpartner da und auch in ihrer Vielfalt von orthodox und liberal und Sephardim und Ashkenasi und so weiter. Wir können also von Deutschland nicht nur erbeten und erhoffen, sondern fordern, dass man diese Vielfalt, die zur Schwierigkeit in der Bildung dieser Dinge dann führt, akzeptieren muss.

Wir müssen von kurzfristigen und langfristigen Dingen sprechen. Dieses Papier ist kurzfristig. Damit es gut wird, besser wird, muss man langfristig daran arbeiten. Und ich hoffe sehr, dass es kein Oppositionspapier bleibt. In der Opposition kommen Dinge auf Papier, die man beim Regieren vergisst. Ich hoffe, dass es dabei bleibt. Das kurzfristige beispielsweise, das wir seit vielen Jahren in diesem Land Nordrhein-Westfalen anmelden, ist das Bedürfnis für einen islamischen Pädagogiklehrstuhl. Seit mindestens zehn Jahren bekommen wir gesagt, dass dafür kein Bedarf besteht. Nun besteht auf einmal Bedarf, für muslimische Pädagogen. Wo ist der Lehrstuhl? Nordrhein-Westfalen, das Land mit den meisten Menschen muslimischer Herkunft sollte da vielleicht eine Vorreiterrolle spielen müssen. Wir glauben, der Ansprechpartner ist da, und

wir glauben auch, dass dieser Unterricht in deutscher Sprache sein muss. Nicht nur, weil wir in Deutschland sind, weil es außer den 80 Prozent Muslimen türkischer Herkunft eben 20 Prozent noch andere gibt, und diese andere sind sehr vielfältig. Das sind eben nicht nur die vielleicht 100.000 Deutschen und die inzwischen vielleicht 300.000 Muslime ausländischer Herkunft, die Deutsche geworden sind sondern auch für alle anderen. Die Sprache des Religionsunterrichts in diesem Lande kann nur, soll nur, darf nur in deutsch sein. Wir haben augenblicklich, religiöse Anweisung oder Unterweisung im Rahmen von muttersprachlichem Unterricht. Jetzt gibt es etwas für die Türken und jetzt gibt es etwas für die Marokkaner und die anderen haben nichts. Das ist bestimmt nicht

integrationsfördernd. Wir haben da keine heranwachsenden Deutsche, muslimischen Glaubens, sondern wir verstärken, dass wir dort türkische Gruppen, da marokkanische Gruppen und noch andere Gruppen haben. Ich kann nur sagen, auch der Schüler, das Kind, das Muslim-Kind muss in diesem Lande seinen Glauben seinen Mitschülern erklären können in Diskussionen darüber. Es gibt kein Vorbei an der deutschen Sprache im Unterricht, auch um der Transparenz willen. Nur wenn der Unterricht in deutsch ist, wird er durchschaubar. [Beifall]

Und als Vertriebener, ich bin Mitglied der ostpreußischen Landsmannschaft, sage ich, soll auch der Türke und der Araber und der Perser natürlich seine Heimatvereine haben und dort seine



Prof. Michael Rutz, Dr. Wolfgang Schäuble und Bischof Dr. Hartmut Löwe

Sprache und Kultur und Tradition und Organisation pflegen. Als solcher hoffe ich aber, dass meine Brüder aus all diesen Ländern den Weg aus dem Heimatverein in reine islamische Organisationen in Deutschland oder deutsch-islamische Organisationen finden. Denn auch das muss geschehen, wenn Islam in diesem Lande heimisch werden kann und soll. Es gibt so etwas wie den türkischen Islam, es gibt so etwas wie den arabischen Islam und es wird auch so etwas wie den deutschen und europäischen Islam eines Tages geben. [Beifall]

Prof. Michael Rutz:

Herr Bischof Löwe, bitte.

Bischof Dr. Hartmut Löwe:

Es gibt es doch eine ganze Menge Gemeinsamkeiten, die jetzt deutlich geworden sind. Zur Bildung gehört Vertrautsein mit der religiösen Herkunft. Zum Bildungsauftrag der Schule gehört Religionsunterricht. Damit wir nicht zu kurzfristig nur an das Papier denken, erinnere ich einmal daran, dass deshalb der Rat der EKD 1983 einen islamischen Religionsunterricht vorgeschlagen hat mit bestimmten Kautelen, die heute genannt worden sind. Und das immer wieder. Das ist nicht erst so kurzatmig ins Gespräch gekommen.

Kurz eine Antwort: Natürlich versuchen man im evangelischen und katholischen Religionsunterricht auf Judentum, auf Islam Rücksicht zu nehmen und in Judentum und in Islam einzuführen. Es gibt dazu Texte und es gibt Papiere. In unseren Kindergärten, dort ist es nicht

ganz einfach, aber gelegentlich wird dort vorzüglich auch in islamische Feste eingeführt, wenn islamische Kinder in den Kindergärten zu Hause sind.

Was wir kurzfristig besprochen haben, die bayerische Praxis, die noch von der Rückkehr ausging, die Überbrückung in Nordrhein-Westfalen, so mag das sein. Nur langfristig: In der Frage des Religionsunterrichts wird das Verhältnis zum Grundgesetz konkret. Artikel 7 III ist nicht eine zufällige Übernahme von Weimar, sondern Artikel 7 III hält fest - und daran müssen wir festhalten gegen gewisse brandenburgische Tendenzen zum Beispiel - an der weltanschaulichen Neutralität des Staates und an der Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Welche Zwischenformen man auch immer findet, weil wir ja doch die Treue zum Grundgesetz wollen, können wir sie bei diesem Thema nicht aufgeben, sondern müssen sie konkret werden lassen. Das heißt, Interesse an weltanschaulich-neutralem Staat, der die Inhalte des Religionsunterrichts selbst nicht festlegen darf. Die Eigenständigkeit der Religion, die die Inhalte bestimmen muss und das selbstverständliche Interesse des Staates, festzustellen, ob diese genannten Inhalte vereinbar sind mit dem Grundgesetz. Das, weil es vorhin einmal so klang, ist kein Eigeninteresse der Kirche, sondern hier weist die Kirche hin, auf die Statik des Grundgesetzes, die bei all diesen Debatten erhalten bleiben soll.

Ich hatte den Eindruck, dass sich ein bisschen abzeichnet, wer Ansprechpartner sein könnte. Der Staat kann das nicht konstruieren, er kann aber aufmerksam zuschauen und kann ein

bisschen helfen, dass sich Unterschiedliche finden. Bei unseren jüdischen Glaubensgenossen ist es auch nicht ganz einfach, und sie sind auch keine Kirche. Und wir sind ja auch eine Mischung zwischen Ordnung und Unordnung in der evangelischen Kirche. Da gibt es Lutheraner und Reformierte und Unierte und Freikirchen, und wir haben uns als Gegenüber zum Staat auch zusammengefunden. Wenn das mit Ruhe und Anstand abverlangt wird und wenn man es selbst nicht konstruiert, wird es sich konstituieren. Es muss sich aber konstituieren, weil wir sonst die Zuständigkeit des Staates für die Religion bekämen - da sei Gott vor - oder der Staat Gruppierungen, wo er nicht weiß, was sie treiben, den Weg in die Schule öffnet. Und das darf auch auf Dauer nicht der Fall sein. [Beifall]

Dr. Eckhard Nordhofen:

Nun hat ja die Deutsche Bischofskonferenz in einer Erklärung gesagt, dass den Muslimen in Deutschland selbstverständlich das gleiche Recht zusteht, wie den christlichen Kirchen. Und ihr ist es ganz genauso gegangen wie Ihnen, Herr Altmaier. Wir haben auch böse Briefe bekommen, von Leuten, die gesagt haben, ja habt Ihr denn noch alle Tassen im Schrank. Der Islam ist weltweit auf dem Vormarsch. Es gibt keinen einzigen wirklich demokratischen islamischen Staat. Wie könnt Ihr nur so eine Erklärung abgeben.

Diese Erklärung ist auch aus einer Mitverantwortung dafür abgegeben worden, dass man im Grunde nur die Wahl hat zwischen einer religiösen

Verwahrlosung einer wichtigen Bevölkerungsgruppe und einer religiösen Prägung. Man muss wissen, dass die Abwesenheit religiöser Bildung, die viel gefährlicher ist als eine religiöse Bildung, die vielleicht übertrieben ist oder in Einzelheiten vielleicht nicht konsensfähig. Die Abwesenheit religiöser Bildung ist gefährlich, vorausgesetzt, dass man die These unterschreibt, dass es im Menschen so etwas gibt, wie ein

NUN HAT JA DIE DEUTSCHE
BISCHOFSKONFERENZ IN EINER
ERKLÄRUNG GESAGT, DASS DEN
MUSLIMEN IN DEUTSCHLAND
SELBSTVERSTÄNDLICH DAS GLEICHE
RECHT ZUSTEHT, WIE DEN
CHRISTLICHEN KIRCHEN.

anthropologisches Proprium. Der Mensch ist von Natur aus religiös. Wenn er sich nicht in einer formierten Religion wiederfinden kann, dann sucht er sich irgendeinen Ersatz. Das muss keine Kirche sein, das kann irgend etwas anderes sein. Ich stehe noch unter dem Eindruck einer Fernsehsendung von Sonntagnachmittag. Dort ist Reklame gemacht worden für das sogenannte Hamburger Modell. Das Hamburger Modell ist eine Art LER auf hamburgisch. Dort denkt man ungefähr so: In religiösen Dingen kommt es nicht so genau darauf an, denn alle großen Religionen wollen ja im Grunde dasselbe: Das ist der intellektuelle Mainstream. Es gibt eine gewisse freundliche Distanz; man bedient sich individuell in Sachen Religion, aber im übrigen will man sich nirgendwo fest niederlassen. Das ist so eine Szene, wo man einmal

durchspaziert nur um zu besichtigen. Herr Altmaier, ich weiß nicht, ob Sie das unterschreiben würden? Sie schütteln Gott sei Dank mit dem Kopf, Herr Altmaier, das beruhigt mich. Aber das eigentliche politische Hintergrundproblem, weswegen die Frage des islamischen Religionsunterrichts zurecht intensiv diskutiert wird, ist, dass die Forderung nach islamischem Religionsunterricht instrumentalisiert wird - oder jedenfalls in der Gefahr ist, instrumentalisiert zu werden - für etwas LERartiges. Instrumentalisiert für etwa die folgende Vorstellung, wenn das ohnehin zutrifft, dass in den Religionen alles so ziemlich gleich ist, dann halten wir uns an den zivilreligiösen gemeinsamen Nenner, das heißt also Toleranz, friedlich sein, das ist schon einmal das wichtigste. Ist ja auch nicht verkehrt; aber dann haben wir tatsächlich eine Religion, die sich als Religionskunde tarnt. Es gibt so etwas wie einen totalitären Relativismus. Neben denen, die von einer Religion überzeugt sind, finden wir doch einen erklecklichen Anteil von Leuten, die sagen: „Also eine feste Überzeugung brauche ich nicht, ich bediene mich wie der Flaneur. Und ich gehe einmal durch die verschiedenen Religionen und Weltanschauungen spazieren.“

Ich glaube, dass es eine ganz interessante Koalition von Kräften gibt, die an Art. 7 III GG etwas ändern wollen. Ich bin erfreut darüber, dass wir hier doch einen Konsens für die grundgesetzliche Regelung zu haben scheinen. Deswegen bin ich dafür, in dieser Situation auf Herrn Elyas und Herrn Totakhy, die Herren vom Islamrat und vom Zentralrat zuzugehen und zu

sagen: „Gut, wir nehmen Euch beim Wort und leiten wir einmal einen Prozess ein.“ Es müsste ein Prozess sein, bei dem die vielen Schwierigkeiten, die wir hier genannt bekommen haben, berücksichtigt werden. Leiten wir einmal den Prozess ein, wie wir zu einer Situation, die Art. 7 III-konform wäre, kommen könnten. Das heißt also, akzeptieren wir einmal diese Gesprächspartner, Islamrat und Zentralrat haben sich in dieser Sache schon zusammengefunden am 25. Mai. Sie laden andere Organisationen ein, sich ebenfalls dazuzugesellen. Man könnte einmal mit ihnen einen solchen Prozess eröffnen und fragen, wie steht es mit den Menschenrechten, wie haltet Ihr es mit der Trennung von Staat und Religion und so weiter und so weiter. Dann müsste es allerdings ins Eingemachte gehen. Aber ich bin dafür, dass man diesen Prozess einleitet, und ich bin dagegen, dass man zu einem religionskundlichen Fach kommt, wo man dann gleich in einem Aufräumen auch das Problem des islamischen Religionsunterrichts meint mit erledigt zu haben. [Beifall]

Dr. Annette Schavan:

Die Diskussion heute zeigt, es lohnt sich wirklich Gesprächsangebote anzunehmen. Die Unterscheidung, die Herr Nordhofen gemacht hat, halte ich für ganz bedeutsam. Die Christlich-Demokratische Union hat immer sehr dezidiert gesagt, wir wollen nicht dauerhaft den Ersatz des Religionsunterrichtes durch eine Religionskunde. Wir stehen dazu, dass der Staat hier sehr bewusst Diskretion übt, Räume der Gestaltung für die großen christlichen Kirchen zunächst

schafft, dann, so war es jedenfalls bislang, aber auch akzeptiert, dass der Islam für sich in gleicher Weise beansprucht, auch öffentlich wirken zu können. Der entscheidende Punkt ist das Öffentlichwerden dessen, was mit aktiver Religionsfreiheit zu tun hat, auch im Blick auf die drittgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland.

Gleichzeitig, und das sage ich vor allem im Anschluss an das, was Herr Elyas gesagt hat, dass es uns gut tut, wenn wir nicht davon ausgehen, dies alles in den nächsten drei Monaten zu schaffen, sondern dass wir uns hier auf einen ernsthaften und glaubwürdigen Prozess einlassen, dass wir sehr realistisch bleiben. Das gehört zur Politik dazu, die realistische Betrachtung auch der Befürchtungen und der Unsicherheiten, die von Seiten aller Beteiligten da sind. Türkische Eltern schreiben mir und sagen angesichts der Beratungen und Verhandlungen, in denen wir stehen: „Wollen Sie jetzt etwas einrichten, womit gleichsam unsere Kinder gezwungen sind, dorthin zu gehen? Wie ist es mit unserer Entscheidungsfreiheit?“

Zum muttersprachliche Unterricht: Wir sagen mit einem gewissen Recht, das ist eigentlich noch ein Relikt aus anderen Zeiten. Das Relikt ist ja nicht irgendwie von uns beschlossen worden, das ist eine EU-Richtlinie. Nun kann man überlegen, ob diese EU-Richtlinie, die ja genauso für Italiener und Griechen und viele Gruppen gilt - wir diskutieren sie jetzt immer nur an einer Volksgruppe, aber in Wirklichkeit gilt sie für eine Reihe von Gruppen -, dass dies jetzt wirklich vorbei ist, dass man sich um die Änderung oder Abschaffung dieser EU-

Richtlinie kümmern muss. Aber ich glaube nicht, dass man sagen kann, für eine Gruppe wollen wir das nicht mehr. Das würde ja bedeuten, wir hielten diese Gruppe irgendwie für unzuverlässig, aber für die Italiener und die Griechen und die anderen ist uns das egal. Ich halte ich es für wichtig, dass wir in Sachen muttersprachlicher Unterricht im Umgang mit dieser EU-Richtlinie konsequent vorgehen und sagen, die Zeiten haben sich geändert. Jetzt steht Integration im Vordergrund, nicht mehr Vorbereitung auf Rückkehr. Das bedeutet aber auch generell in unseren öffentlichen Schulen, dass nicht der muttersprachliche Unterricht eine große Bedeutung hat, sondern eine Verstärkung des Deutschunterrichtes. Da liegt der Schlüssel, der Schlüssel für soziale und kulturelle Integration.

Ich sage es ausdrücklich auch als Kultusministerin, weil eben gesagt worden ist, das ist ein Oppositionspapier, das Schöne ist ja, Bildungspolitik ist Ländersache. Wir sind zuversichtlich, dass wir in immer mehr Ländern in den nächsten Jahren Politik machen dürfen und nicht in der Opposition sind. Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, dass wir in Baden-Württemberg ernsthaft diese Gespräche führen, ernsthaft suchen. Das muss auch nicht etwas sein, das für ganz Baden-Württemberg gilt. Ich glaube, die Vielfalt, von der eben gesprochen worden ist, ist ja nicht nur eine Vielfalt von Konfessionen, sondern damit sind auch regionale Besonderheiten verbunden.

Der allererste Schritt kann sein, dass es uns gelingt, in einzelnen Regionen zu modellhaften Lösungen zu kommen, mit

denen zugleich Erfahrungen gesammelt werden, mit denen zugleich Eckpunkte erarbeitet werden können, die sich dann in einem langfristigen Prozess auch über einzelne Modelle hinausgehend bewähren. Aber, davon bin ich überzeugt, es müssen Modelle sein, die nicht in die Religionskunde gehen, sondern die dieses komplizierte und zugleich sehr freiheitliche Zusammenspiel von Religionsgemeinschaften und dem Staat in der Bundesrepublik Deutschland sichern.

Prof. Michael Rutz:

Vielleicht habe ich Sie missverstanden, darf ich eine Nachfrage stellen: Stellen Sie sich länderweise Lösungen vor? Kann man dieses Problem pro Land, pro Bundesland lösen oder ist es nicht eines, das eigentlich gelöst werden muss im nationalen Zusammenhang?

Dr. Annette Schavan:

Meine Erfahrung ist, dass wir natürlich bundesweit darüber sprechen müssen. Auch die Frage der Organisation der Partner ist eine Frage auf Bundesebene. Aber wie das im wirklichen Leben so oft ist, wenn es über die Lyrik und die allgemeine Bekundung guten Willens hinausgeht und ganz konkret wird, dann stoßen Sie erstens in der Bundesrepublik Deutschland auf eine aktuelle Debatte, ob überhaupt Religionsunterricht und eben nicht LER – diese Debatte ist mitten im Raum. Es ist gesagt worden, das Thema Islamunterricht ist eine gute Gelegenheit, den Religionsunterricht generell auszuhebeln. Ich gehöre zu jenen, die sagen, Religionsunterricht und

das damit verbundene freie Spiel zwischen Religionsgemeinschaften und der Diskretion des Staates, ist ein Zukunftsmodell.

Das wollen wir und nicht den Ersatz durch ein Fach, mit dem wir den Eindruck erwecken, als könne die Schule ihren Erziehungsauftrag oder ihre Werteerziehung delegieren an ein Fach. Da bin ich ganz entschieden gegen. Die Erziehung auf der Grundlage des Grundgesetzes, des Schulgesetzes, das was an Wertvollem damit verbunden ist, ist Auftrag der Schule in der Bundesrepublik Deutschland und kann nicht an ein Fach delegiert werden. Deshalb halte ich die Einrichtung eines Faches wie LER für falsch. [Beifall]

ES IST GESAGT WORDEN, DAS THEMA ISLAMUNTERRICHT IST EINE GUTE GELEGENHEIT, DEN RELIGIONSUNTERRICHT GENERELL AUSZUHEBELN. ICH GEHÖRE ZU JENEN, DIE SAGEN, RELIGIONSUNTERRICHT UND DAS DAMIT VERBUNDENE FREIE SPIEL ZWISCHEN RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN UND DER DISKRETIION DES STAATES, IST EIN ZUKUNFTSMODELL.

Zweitens, auch das ist in der Diskussion deutlich geworden und ich habe es eben aufgezählt: Die Situation in den Bundesländern ist sehr unterschiedlich, auch im Blick auf die Wege, die gegangen werden. Das, was Herr Elyas aus Nordrhein-Westfalen gesagt hat, ist genau diese Debatte, dass man sagt, wir

gehen jetzt eher in die Islamkunde. Wir nehmen zwei oder drei Stunden vom muttersprachlichen Unterricht und die nennen wir Islamkunde, und das ist unser Angebot. Da sagen viele Eltern, das ist aber nicht das, was wir für richtig halten. Deshalb, Herr Rutz auf Ihre Frage, wir kommen am ehesten über die lyrische und grundsätzliche Ebene hinaus, wenn wir nicht nur in einem ganzen Bundesland aber in bestimmten Regionen in einem Bundesland gemeinsam Erfahrungen sammeln, in denen es Vereine gibt, die sagen, wir sind gesprächsbereit und haben hier auch ein Potential an Eltern, mit denen wir etwas Gutes verwirklichen können. Das ist ein Prozess, der nicht theoretisch entschieden wird, sondern wo praktische Erfahrungen gesammelt werden müssen, um weiterzukommen. [Beifall]

Prof. Dr. Faruk Sen:

Ich glaube, bei einigen Punkten haben

wir einen absoluten Konsens. Konsens haben wir darin, dass islamischer Religionsunterricht in den deutschen Schulen angeboten werden soll, weil vier Prozent der Gesamtbevölkerung eine muslimische Herkunft haben. Konsens haben wir darin, dass von 950.000 ausländischen Schülern, die zur Zeit die deutschen Schulen besuchen, 570.000 eine muslimische Herkunft haben und über 450.000 eine türkische, dass sie auch an dem Religionsunterricht teilnehmen. Noch mal Konsens haben wir darin, dass er nicht während des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts nachmittags stattfindet, dass er während der Regelunterrichtszeit stattfindet. Aber keinen Konsens haben wir noch in drei Punkten:

A) Wer soll diesen Religionsunterricht erteilen? Es gibt noch viele verschiedene Meinungen, es gibt sehr verschiedene Interessen, die Interessen von Staaten,



vom Zentralrat, vom Islamrat. Aber wir haben eine ganz gute Möglichkeit in Deutschland. Wir wissen nicht, wie viele Studenten mit muslimischer Herkunft aus anderen Staaten zur Zeit an deutschen Hochschulen studieren, aber 24.000 türkisch-stämmige junge Leute studieren an deutschen Hochschulen und 6.000 davon studieren Jura: Nach dem Studium haben sie keinen Arbeitsplatz, und dann haben wir unzufriedene Akademiker. Wir haben jetzt in einem Land - Nordrhein-Westfalen – den Studiengang Türkisch in die Wege geleitet, damit in der Sekundarstufe II auch in türkischer Sprache Unterricht erteilt werden kann. Die Nachfrage ist sehr groß, dass heißt, wenn wir zu einem Konsens kommen, dass wirklich Studiengänge Islamwissenschaften in ein oder zwei Universitäten für die ersten Absolventen in die Wege geleitet werden, dann haben wir auch für die zweite und dritte Generation, die hier in Deutschland unter europäischen Bedingungen auch vielleicht islamisch ausgeprägt sind, jemanden, der diesen Unterricht erteilen kann.

Konsens haben wir nicht im Bereich, in welcher Sprache Islamunterricht erteilt werden soll. Im Zentrum für Türkeistudien sind wir von folgenden Statistiken ausgegangen: von 3,2 Millionen Muslimen sind nur 2.300.000 türkisch-stämmig. Die anderen müssen den islamischen Religionsunterricht aber auch verstehen können. Darum in jedem Falle in deutscher Sprache, damit auch deutsche Kinder die Möglichkeit haben, wenn sie daran Interesse haben, während der Regelunterrichtszeit teilweise daran teilzunehmen.

Frau Schavan hat erwähnt, als sie das einmal bei einer deutschen Zeitung referiert habe, gab es einen enorm großen Widerstand von türkischen Elternvereinen, von türkischen Lehrervereinen. Die Tendenz ist so, wie Frau Schavan gesagt hat. Wenn wir fragen, legen mindestens 80 Prozent der Muslime, die türkischer Abstammung sind, Wert auf die türkische Sprache.

Welche Lösung kann man finden? Wenn sich wirklich in Europa muslimische Minderheiten von Migranten etablieren, soll eigentlich die Sprache des Landes wichtig sein. Aber viele Eltern werden das nicht so in der Form in Anspruch

VON 3,2 MILLIONEN MUSLIMEN SIND NUR 2.300.000 TÜRKISCH-STÄMMIG. DIE ANDEREN MÜSSEN DEN ISLAMISCHEN RELIGIONSUNTERRICHT ABER AUCH VERSTEHEN KÖNNEN.

nehmen. Der wichtigste Punkt ist, wir haben hier etablierte Kirchen, katholische und evangelische Kirchen, und wenn wir wirklich von der deutschen Bevölkerung ausgehen, sind die meisten entweder Mitglied der katholischen oder evangelischen Kirche. Aber wenn wir nur bei der größten Ausländergruppe, bei den Türken, bleiben - es leben hier über 2.300.000 Türken, wenn wir die türkisch-stämmigen Deutschen auch mitzählen, mein Kollege Eidem hat eine bundesweite Befragung / Untersuchung durchgeführt - dann sind nur knapp 15 Prozent der Türken in der einen oder anderen Form organisiert, entweder im Sportverein, politischen Verein oder islamischen Verein. Die anderen sind nicht organisiert.

Die türkische Gemeinschaft hier ist nicht vergleichbar mit der jüdischen Gemeinschaft. Das heißt, die jüdische Gemeinde ist ein Sprachrohr, die sind sehr homogen, aber die Türken sind dies weder von der ethnischen Zusammengehörigkeit aus noch von der Religion. Wir müssen davon ausgehen, dass es heute keinen gemeinsamen Vertreter von ihnen gibt. 25 bis 30 Prozent der Türken gehören zu der alleitischen Richtung. Die gehören weder zum Zentralrat noch zum Islamrat oder zu anderen Organisationen – die sind sehr homogen organisiert. Was machen wir mit denen? Deswegen ist es so schwer, nach dem deutschen Modell ein Institut in die Wege zu leiten, wie Herr Rüttgers das verlangt, mit dem man Verhandlungen durchführt, mit dem man ein Curriculum entwickelt und das islamischen Religionsunterricht erteilt. Safter Çınar als Stellvertreter der türkischen Gemeinde - man muss hier auch erwähnen, die meisten Türken, wenn sie von Dachvereinen her organisiert sind, sind etwa bei der türkischen Gemeinde, mit Sitz in Hamburg oder beim Rat der türkischen Staatsangehörigen in Gießen. Aber die einzigen legitimierten Vertreter der Ausländer, die gewählt worden sind, sind Ausländerbeiräte. Gut oder schlecht haben die Leute an den Beiratswahlen teilgenommen und gewählt. Wir haben eine Bundesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte einer Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen. Wenn wir einen Gesprächspartner suchen, dann können wir nicht nur bei ein oder zwei Dachorganisationen bleiben. Denn alle moslemischen Kinder sollen die Chance haben, an diesem

Religionsunterricht teilzunehmen. Dieser Unterricht soll nicht sehr streng islamisch, nicht fundamentalistisch sein, er soll für jeden etwas aussagen. Und wenn man wirklich die Zahlenstruktur einmal analysiert, dann ist es sehr schwer, hier eine Institution in die Wege zu leiten, mit der man dies diskutiert. Wie so eine Institution in die Wege geleitet wird, dafür sollen wirklich auch andere Vertreter und muslimisch geprägte Migranten in Anspruch genommen werden, sonst haben wir ein Angebot von einigen Organisationen – Safter Çınar hat gesagt: Zweimal minus macht nicht unbedingt plus - dann nimmt keiner das Angebot wahr oder nur ganz wenige. Und das ist nicht Sinn der Sache. Wenn wir so etwas anbieten, gehen wir davon aus, dass 3,2 Mio. Muslime oder die meisten davon diesen Unterricht auch in Anspruch nehmen und nicht ablehnen.

Prof. Michael Rutz.

Herzlichen Dank, Herr Prof. Sen. Herr Prof. Steinbach bitte.

Prof. Dr. Udo Steinbach:

Wir haben wenig Zeit. Darum möchte ich mich auch ganz kurz zum Religionsunterricht äußern. Wenn wir mehr Zeit hätten, etwas Zeit und Raum gewesen wäre für etwas Grundsätzliches, dann hätte ich mir die Freiheit genommen, zu argumentieren im Sinne all derer die bemüht sind, den Islam in Deutschland aus der türkischen Ecke zu holen. Ich glaube, dass ist mit Blick auf die Integration absolut schwierig ist an den Strukturen festzuhalten, die in den letzten 30 Jahren

hier entstanden sind und eine derart heftigen Einfluss der türkischen Seite des türkischen Staates und der türkischen Organisationen zu perpetuieren. Ich brauche Sie nur zu erinnern an die gegenwärtige Regierung in der Türkei, die eine Mischung ist von Chauvinismus, Rechtsextremismus, Islamismus und dann kann man daraus ermessen, dass sie den Versuch machen wird, den Einfluss der Türkei, des türkischen Staates, der türkischen Regierung oder die Muslimen hier künftig zu intensivieren.

Die zweite Bemerkung wäre dann - mit Blick auf das, was gesagt worden ist – eine Bemerkung zum Religionsunterricht gewesen im Hinblick auf die ungeheure Aufgaben, die eigentlich vor uns stehen, wenn wir das Ganze gleichsam perfekt inszenieren und in die Tat umsetzen wollten. Ich glaube, Herr Maier hat etwas sehr wichtiges gesagt, aber ich würde im Sinne all derer votieren, die sagen, es ist Zeit, zu handeln. Auch dann wenn wir das Vollkommene noch nicht im Augenblick vor den Augen haben, müssen wir Übergangslösungen suchen, wie das hier mehrfach gesagt worden ist. Diese Lösungen können ganz verschieden sein, aber es ist unglaublich wichtig. Denn es könnte in der Tat sein, dass - wenn wir nicht auf den Zug aufsteigen können - der Zug ohne uns fährt und auch das wäre nicht wünschenswert.

Was jetzt ganz konkret die Frage der Repräsentanz der moslemische Seite betrifft, so glaube ich auch da, dass es möglicherweise schwer wird - ich lasse mich da aber gern eines besseren belehren - die Organisationen hier



Dr. Udo Steinbach

dergestalt unter einen Hut zu bringen, dass sie gleichsam die Ansprechpartner des Staates werden im Sinne einer Kirche. Und das Wort Kirche scheuen ja die meisten Muslime. Sie sind ja stolz darauf, dass sie keine Kirche haben, sondern eine individuelle Religion und einen individuellen Zugang. Also noch mal das Stichwort „improvisierte Zugänge“, möglicherweise improvisierte Organisationsformen. Wir stellen gerade eine Studie über die islamische Religionsgemeinschaft Hessen fertig. Sie geht morgen an die hessischen Kultusminister. Ich muss sagen, nach anfänglicher Skepsis bin ich dabei, diesem Experiment eine gewisse Berechtigung und sogar eine gewissen Attraktivität zuzubilligen. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen. Hier wird der Versuch gemacht, Muslimen auf individueller Basis zu einer Religionsgemeinschaft

zusammenzubringen, unabhängig von den jeweiligen Affiliationen, was die Organisationen betrifft, und sich auf einen Punkt zu konzentrieren, das ist der Religionsunterricht. Das heißt, wir haben hier hunderte oder tausende von individuellen Muslimen unterschiedlicher Couleur, die einen Milli Görüs, die anderen DITIB, die dritten VIKZ, die vierten - ich weiß nicht was - alles Organisationen, die als Organisationen in sich zweifelhaft sind. Aber als Individuen sind Mitglieder der Religionsgemeinschaft Islam. Mit Blick darauf, wie wir hier einen Religionsunterricht einführen, der den Bestimmungen in Deutschland entspricht, ist das ein hochinteressanter Versuch.

Es kommt etwas hinzu, das Herr Sen angesprochen hat - obwohl ich aus einer ganz anderen Ecke argumentieren werde als Herr Sen. Die Vereine repräsentieren ja nur 15 bis 20 % der Muslime hier. Der Muslim bei uns ist das unbekannte Wesen. Mit 80 % der Muslime hier befassen wir uns nie, das ist das große Fragezeichen. Wenn wir uns mit Islam hier befassen, dann sind es immer die Organisationen. Jetzt haben wir also einen Ansatz, diese islamische Religionsgemeinschaft Hessen. Wie gesagt, ich tendiere dazu, ohne dass das letzte Wort schon gesprochen ist, hier einen wirklich interessanten Ansatz zu wählen. Wir haben also einen Ansatz, der auch von individueller Mitgliedschaft ausgeht. Damit tritt eben tatsächlich der individuelle Moslem ins Bild. Es könnte damit sein, dass eine Religionsunterricht, der getragen wird von einer solchen Organisation, ein höheres Maß an Akzeptanz erhält als ein

Religionsunterricht, der vom muslimischen Organisationen gleichsam modellhaft vom Curriculum her usw. formiert wird, die ja nur 15 bis 20 % der Muslime hier repräsentieren. Also dies ganz konkret, Herr Rüttgers, weil Sie sagen: „Kommt mit konkreten Vorschlägen.“ Ich denke, das ist einer und wir sollten nicht weggucken. Ich glaube in der Tat - das hat Herr Elyas zutreffend gesagt -, wenn hier alle möglichen Ausflüchte und Vorwände gesucht werden, um auf welche Weise auch immer um die ganze Sache herumzukommen, dann verschlechtert sich die Beziehung, verschlechtert sich die Stimmung im Verhältnis dieser wirklich Engagierten, im Blick auf die deutsche Gesellschaft engagierten Muslime und den deutschen Behörden. [Beifall]

Prof. Michael Rutz:

Hier werden Lösungsansätze diskutiert. Herr Çavdar, Herr Steinbach hat gerade den VIKZ angesprochen, den Verband der islamischen Kulturzentren. Können Sie sich eine Lösung vorstellen, die diese Grundsätze und Fragen, die wir angesprochen haben, in einer Gemeinsamkeit löst, die die Einführung von Religionsunterricht möglich macht in Deutschland?

Ibrahim Çavdar:

Die Frage der Einführung des islamischen Religionsunterrichtes an den öffentlichen Schulen ist ein Thema, mit dem die Muslime seit Mitte der 80er Jahre befasst sind und mittlerweile auch Lösungsmöglichkeiten erarbeitet haben. Dabei sind auch konkrete Ergebnisse

erzielt worden, über die Herr Dr. Elyas schon ansatzweise berichtete: Alle an dieser Veranstaltung mitwirkenden islamischen Vereinigungen haben sich mit Ausnahme von DITIB zu einem Gremium (die KIRU) zusammengeschlossen, das sich als Ansprechpartner versteht. Die Inhalte dieser Übereinkunft wurden gerade von Herrn Dr. Elyas in dem 10-Punkte Programm näher dargelegt. Der wesentliche Unterschied zu der DITIB liegen darin, dass sich die DITIB noch nicht eindeutig zu einem Religionsunterricht in deutscher Sprache entschließen konnte. Was die Frage der Anerkennung

DENN AUCH IN DER ISLAMISCHEN ORTHODOXIE IST ES ANERKANNT, DASS MUSLIME, DIE IN EINEM NICHT-ISLAMISCHEN STAAT LEBEN UND DORT RELIGIONSFREIHEIT UND DIE ÜBRIGEN GRUNDRECHTE GENIEßEN, IHRERSEITS ZUR LOYALITÄT ZU DIESEM STAAT UND DESSEN RECHTSORDNUNG VERPFLICHTET SIND.

islamischer Religionsgemeinschaften angeht, möchte ich hier darlegen, dass der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. im Jahre 1994 von dem Innenministerium in Nordrhein-Westfalen als Religionsgemeinschaft anerkannt wurde. Obwohl der Verband der Islamischen Kulturzentren damit die Möglichkeit gehabt hätte, den Religionsunterricht in eigener Verantwortung zu gestalten, hat er die Notwendigkeit gesehen, einen derartigen Antrag zusammen mit den übrigen

islamischen Verbänden zu erarbeiten. So hat der Verband der Islamischen Kulturzentren wesentlich zur Gründung des Zentralrates der Muslime beigetragen, der dann zusammen mit dem Islamrat einen gemeinsamen Lehrplan vorgelegt, gemeinsamen Ansprechpartner gründen (die KIRU) und in Nordrhein-Westfalen einen gemeinsamen Antrag gestellt hat. Man kann also festhalten, dass es den islamischen Gemeinschaften gelungen ist, in einem Zeitraum von knapp zwei Jahrzehnten verfestigte Strukturen zu schaffen, die mehr als die Hälfte der organisierten Muslime in Deutschland erfasst. Insofern ist es nicht korrekt, zu behaupten, die islamische Religionsgemeinschaft könne sich nicht konstituieren. Vielmehr hat sie sich bereits konstituiert. Und das nicht nur auf der Ebene einzelner Verbände, sondern verbandsübergreifend.

Nun, wir reden heute über Integration. Der Islamische Religionsunterricht ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Integration der Muslime in Deutschland. Das stellte nicht nur die Kultusministerkonferenz im Jahre 1984 fest, von der Frau Schavan berichtete, auch die Reaktion auf das Rüttgers-Papier in der Presse hat deutlich gezeigt, dass sich das wesentliche öffentliche Interesse auf den islamischen Religionsunterricht konzentriert. Diese Integration, bei der der Religionsunterricht eine wesentliche Rolle spielt, erfordert wie wir heute festgestellt haben, zwei Mitwirkende. Zum einen das Aufnahmeland, die Bundesrepublik Deutschland. Sie muss mit all ihrem Handeln den neu Hinzugekommenen und deren Religionsgemeinschaften das

Gefühl geben, dass sie mit dazu gehören. Dieses Zugehörigkeitsgefühl beginnt mit kleinen Gesten der Anerkennung und Würdigung der Arbeiten der neu Hinzugekommenen und endet mit einem liberalen Staatsangehörigkeitsrecht, das diesen Menschen die Möglichkeit eröffnet, vollständiges Mitglied dieser Gesellschaft zu werden. Wichtig ist, dass gerade die jungen

Einbürgerungsberechtigten nicht in dem Bewusstsein groß werden, als Ausländer ausgegrenzt oder gar diskriminiert zu werden.

Die doppelte Staatsbürgerschaft, die ich Herrn Arslan und Herrn Rüttgers auch zu, ist sicherlich nicht die Voraussetzung für die Integration. Wer sich für ein dauerhaftes Leben in Deutschland entschlossen hat, kann dies auch mit einer Staatsangehörigkeit tun. Und dies sollte die deutsche Staatsangehörigkeit sein.

Mit der Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes wird nicht nur die Integration der Muslime gefördert, auch deren Religionsgemeinschaften finden dadurch staatliche Anerkennung, indem sie als Ansprechpartner ernst genommen werden. Wo ist der Ansprechpartner, lautete die Hauptfrage der heutigen Versammlung, obwohl hier im Plenum Ansprechpartner sitzen, die auch bekunden, dass sie sich zusammengeschlossen und gemeinsame Positionspapiere sowie Lehrpläne erarbeitet haben.

Der religionsneutrale Staat, meine Damen und Herren, kann sich nicht erlauben, zwischen den verschiedenen Ansprechpartnern zu wählen, sondern der religionsneutrale säkulare Staat muss diejenigen Gremien als Ansprechpartner

nehmen, die sich selber als Religionsgemeinschaften verstehen, und zwar alle. Ob dann eine 100 %ige Beteiligung der islamischen Gemeinschaften zustandekommt, ist eine andere Frage. Aber ich habe versucht darzulegen, dass die Mehrheit der islamischen Gemeinschaften sich bereits in einem Gremium zusammengefunden hat.

Das wären die Aspekte, die Deutschland als Aufnahmeland erbringen müsste.

Dann gibt es, was die Frage der Integration angeht, natürlich auch eine Bringschuld der Muslime, der islamischen Religionsgemeinschaften, von der auch heute sehr intensiv gesprochen wurde. Sie beginnt mit dem Erlernen der deutschen Sprache. Sie geht weiter einher mit der Beschäftigung der hiesigen Gesellschaft, ihrer Strukturen, ihrer Politik und der Partizipation bei den politischen Parteien.

Weiterhin ist von dieser Bringschuld erfasst, dass sich die Muslime an dem interreligiösen Dialog aber auch am gesellschaftlichen Dialog im allgemeinen beteiligen.

Aufklärungsarbeit ist ein wesentlicher Punkt. Wenn ich höre, wie sehr die Ängste oder Irritationen und Beunruhigung gegenüber dem Islam in Deutschland zugenommen haben, so ist das Bemühen der Muslime für einen Dialog ein wesentlicher Faktor, aber es ist nicht die einzige Bringschuld. Die Muslime müssen sich für das Wohl dieser Gesellschaft engagieren, wenn sie ein Teil dieser Gesellschaft werden wollen. Sie müssen sich auch überlegen, auf welche kulturellen, religiösen und nationalen Traditionen sie verzichten

können, die sie mitgebracht haben und welche positiven Werte der Aufnahmegesellschaft sie für sich aufnehmen können.

Schließlich müssen die islamischen Einrichtungen auch transparent für die Deutschen werden, damit das Gefühl, der Islam sei fremd, abgebaut wird, damit der Islam nicht mehr als Fremdes, sondern als Bekanntes wahrgenommen wird [Beifall], damit auch das Engagement der Muslime für diese Gesellschaft bewusster wird.

Meine Damen und Herren, der Antrag auf Einbürgerung ist schließlich der letzte Schritt, den die Muslime, die hier in Deutschland ihren permanenten Wohnsitz ausgesucht haben, ausführen müssen, um ihren Beitrag zur Integration zu leisten. Mit diesem neuen Staatsangehörigkeitsrecht wird zwar der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft für junge Ausländer erleichtert. Man verschiebt aber die Probleme auf das 23.

Lebensalter der Einbürgerungswilligen. Denn wenn diese mit 23 Jahren die bisherige Staatsbürgerschaft nicht ablegen, verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit. Somit erfährt das im Grunde sehr ernste Thema der Staatsangehörigkeit eine Abwertung in seiner Bedeutung.

Eine weitere Bringschuld der Muslime, meine Damen und Herren, das wurde auch in der heutigen Tagung deutlich, ist die Anerkennung eines Grundwertekanons seitens der Muslime. Nachdem sich Herr Totakhyll hierüber äußerte, wurde erwidert, dass Lippenbekenntnisse nicht ausreichen. Gerade in einer solchen Frage wie der Anerkennung eines Grundwertekanons sollte den Muslimen nicht vorschnell Unaufrichtigkeit vorgeworfen werden.

Denn auch in der islamischen Orthodoxie ist es anerkannt, dass Muslime, die in einem nicht-islamischen Staat leben und



dort Religionsfreiheit und die übrigen Grundrechte genießen, ihrerseits zur Loyalität zu diesem Staat und dessen Rechtsordnung verpflichtet sind.

Das ist eine Verpflichtung, die für uns Muslime selbstverständlich ist. Einer meiner Vorredner sagte heute auch, dass es nicht ausreiche, sich zu Deutschland zu bekennen. Man müsse sich auch zu den Vorgängen in den islamisch geprägten Ländern, insbesondere zu den terroristischen Vorgängen äußern. Die Kenner der Islamszene wissen, dass dies längst geschieht. So hat sich z.B. der Zentralrat der Muslime nicht nur zu den Anschlägen in Luxor geäußert, er hat auch weitere Fälle verurteilt, wo Terroristen im Namen des Islam Mord und Totschlag begangen haben.

Meine Damen und Herren, da ich mit meinem Beitrag mein Eröffnungsstatement und zugleich mein Abschlusswort halte, erlauben Sie mir noch einige Worte zum Thema. Was muss im speziellen getan werden, um eine konkrete Umsetzung dieser Überlegungen zu erreichen: Zunächst einmal zu dem, was Herr Arslan und noch weitere Teilnehmer heute gesagt haben: Die Verlagerung der Sprache und Lehre des Islam im Interesse der nachkommenden Generationen der Muslime und der besseren Verständigung ins Deutsche, [Beifall]. Wir Muslime müssen also einen deutsch geprägten Islam in Deutschland entwickeln. Muslime fordern diesen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache nicht nur an den öffentlichen Schulen, nein, sie praktizieren das auch in ihren eigenen

Gemeinden, indem sie Lehrbücher über den Islam in deutscher Sprache herausgeben, übersetzen, indem sie ihre eigenen Imame, Theologen in Deutschland ausbilden – bei dem Verband der Islamischen Kulturzentren sind schon mehr als 50 % der hauptamtlich angestellten Personen in Deutschland ausgebildete Theologen -, indem sie auch diese Theologen einsetzen für die Weitergabe der Lehre des Islam an die jüngere Generation der Muslime. Das ist für uns selbstverständlich.

Schließlich: Was machen Muslime noch? Sie beteiligen sich an zahlreichen Projekten der Integration, um den Islam in Deutschland heimischer werden zu lassen. Ich möchte nur ein Projekt erwähnen und damit auch abschließen. Das Projekt der Islamischen Akademie in Köln. Diese Akademie ist aus der Idee entstanden, gesellschaftliche Integrationsprozesse zu fördern. Aus diesem Grunde wurde vor Beginn des Projektes bei gesellschaftlichen Gruppen eine Umfrage gestartet. Aus all dem Rücklauf hat man das Programm der Akademie verfasst und sodann einen Beirat gegründet, in dem Vertreter aller politischen Fraktionen im Rat der Stadt Köln, Vertreter der Kirchen und der jüdischen Gemeinschaft, sonstige Fachleute und schließlich der Nord-Süd-Beauftragte des Ministerpräsidenten mitwirken. Damit sollte gewährleistet werden, dass der gesellschaftliche Bezug nicht nur während der Gründungsphase, sondern auch während der ganzen Arbeitsphase gegeben ist. Das ist ein konkretes Modell, das gemeinsame Anliegen der Integration auch gemeinsam anzugehen.

Auch die übrigen islamischen Verbände initiieren derartige Projekte der Öffnung und Projekte der Verlagerung der Lehre in die deutsche Sprache.

Das sind Aspekte, die langfristig zur Entwicklung eines deutschgeprägten Islam beitragen, das Image des Islam in Deutschland aber auch das Selbstverständnis der Muslime ändern und somit letztlich auch zur Integration der Muslime in diese Gesellschaft beitragen. Vielen Dank.

Prof. Michael Rutz:

Herr Çakir, als es hieß, islamischer Religionsunterricht ist ein wesentlicher Faktor der Integration, da haben Sie mit dem Kopf geschüttelt.

Murat Çakir:

Auf die Gefahr hin, der Buhmann der heutigen Veranstaltung zu sein, will ich vielleicht noch mal ein Wort dazu sagen. Aufgrund dessen, dass es den Islam im Sinne nicht gibt, sondern die Summe all seiner verschiedenen Facetten, würde ich davor warnen, den islamischen Religionsunterricht im Zusammenhang mit den Diskussionen um den Religionsunterricht insgesamt zu betrachten. Wenn wir uns zu sehr an einer ideologischen Betrachtung festmachen, dann wird das nicht unbedingt der Integration dienlich sein.

Ich bin gleichzeitig Vorsitzender der Hessischen Ausländerbeiräte. Wir sind ja sehr eng verbunden, auch in der Frage Anerkennung islamischer Religionsgemeinschaft in Hessen. An Prof. Dr. Udo Steinbach gerichtet, muss

ich sagen, es ist immer gut - das haben wir auch immer gefordert -, dass Religionsgemeinschaften möglichst aus Einzelpersonen zusammenkommen. Aber wissen Sie, wenn ich eine Gemeinschaft sehe, die innerhalb von zwei Wochen auf 6000 Mitglieder zurückgreifen kann, die in der Regel von verschiedenen anderen Organisationen kommen, dann gibt es gewisse Fragen, die ich immer wieder aufwerfe. Wir sind für den Dialog, wir stehen auch mit Herrn Seidan, Nadeem Elyas weiß es, dem Vorsitzenden der islamischen Religionsgemeinschaft in Hessen und anderen Mitgliedern in sehr engen Kontakt bzw. in engem Dialog. Ich habe aber auch immer wieder dort gesagt, dass es gewisse Positionen gibt, die auch geklärt werden müssen. Wir vermissen in erster Linie die transparente Vermittlung ihrer Meinungsbildung. Wir vermissen glaubwürdige öffentliche Distanzierung im bestimmten Bereichen, wir vermissen glaubwürdige Darlegung der Frage, wie beispielsweise mit den jeweiligen Bereichen des Koran und des Hadid, also wie vom Burari überliefert, umgegangen wird, die beispielsweise frauenspezifische Probleme behandeln und nicht unbedingt mit den Verfassungswerten der Bundesrepublik übereinstimmen. Es gibt sehr viele, offene Fragen. Insofern kann ich nur sagen, es ist keine einfache Geschichte, es ist eine sehr langfristige Frage, die wir vornehmen müssen - auch die Christdemokraten in Hessen. Der Innenminister, Herr Bouffier hat eine ganz klare Aussage gegeben, dass diese Frage nicht auf einmal entschieden werden sollte. Das Problem, insbesondere der Muslime oder der muslimischen Organisation zum Teil der islamischen Religionsgemeinschaften,

sehe ich darin, dass sehr viele auftreten mit einem Alleinvertretungsanspruch für den Islam. Ich denke, aufgrund dieser Facetten, der Vielfalt sollten die islamischen Organisationen von diesem Anspruch weggehen. Insbesondere kann ich nur empfehlen, was auch der Herr Kollege von der DITIB, also von der türkisch-islamischen Union gesagt hat, dass sie sich von der Politik zurückhalten. Ich glaube nicht, dass von Regierungen abhängige Organisationen überhaupt zur Lösung der Frage der Muslime hier in der Bundesrepublik etwas beitragen können. Gerade die DITIB macht ganz klare Politik, die meiner Meinung nach auch nicht mit den Interessen der Bundesrepublik übereinstimmt.

Kurzum, islamischer Religionsunterricht ist eine Frage. Ich würde für den religionskundlichen Teil auch mitdiskutieren wollen, weil ja sehr viele da sind, weil Aleviten da sind, weil die Frage der Ahmedia auch aufgeworfen werden muss. Daher sollten wir schauen - wir werden als Ausländerbeiräte, als der Bundesausländerbeirat - versuchen, gemeinsam mit den Dachverbänden der muslimischen Organisation - dazu zähle ich alle - ein Gespräch zu führen, so dass wir gemeinsam in den Ländern versuchen, wenn eine islamische Religionsgemeinschaft gegründet werden soll. Ich kann nur sagen, ich wäre damit einverstanden, wenn sie sagen, das wäre ein Religionsunterricht der islamischen Religionsgemeinschaft Hessen, der sunnitischen. Wenn man das klar definieren kann, sehe ich keine großen Probleme. Aber es ist keine einfache Entscheidung.

Prof. Michael Rutz:

Die Zeit, die uns noch zur Verfügung steht, korrespondiert nicht mit der Länge der Rednerliste. Darf ich Sie um ganz kurze Stellungnahmen bitten, in einem abschließenden Sinne, zuerst bitte Herr Arslan.

Bülent Arslan:

Eine Kritik, die wir als Deutsch-Türkisches Forum an deutsche Organisationen oder auch an die Politik immer wieder gerichtet haben, war zu sagen, wir müssen aufhören den Ausländern oder insbesondere auch den Türken sagen zu wollen, was für diese Menschen gut ist. Aber in gleicher Weise muss ich auch feststellen, dass diese Kritik auch an die Türkische Linke zu richten ist. Wenn es so ist - und das sagen die Organisationen und die betroffenen Menschen selber -, dass es einen Bedarf der Menschen an islamischem Religionsunterricht gibt, dann kann man nicht sagen, das ist aus Integrationsgesichtspunkten kritisch zu beurteilen. Wir müssen vielmehr in Dialog treten mit den Betroffenen und ihren Organisationen und so versuchen, die Wirklichkeit aufzugreifen, die vorhanden ist. Nur über das Wie sollten wir uns unterhalten. Da sind mir insbesondere auch in der Gestaltung des islamischen Religionsunterrichts die bestehenden islamischen Organisationen sehr wichtig. Hier sind zwar Vertreter eingeladen, die sich auch für meine Begriffe im Sinne des Projekts Religionsunterricht förderlich geäußert haben. Nur sollten wir auch festhalten, dass das Organisationen sind - wenn sie erlauben, dass ich das sage -, die noch auch recht jung sind. Die natürlich auch sich weiterentwickeln. Wenn wir bei

vielen dieser Organisationen mal vergleichen, welche Positionen Sie in vielen Fragen vor 5 oder 10 Jahren besetzt hatten, dann müssen wir hier ganz klar festhalten, dass eine Hinwendung nach Deutschland geschieht.

Nur müssen wir auch festhalten, dass der deutsche Staat das zur Kenntnis nehmen muss und ein Stück weit offensiver werden muss. Auch im Zusammenhang mit islamischen Religionsunterricht auch auf diese Organisation zugehen muss. Ich warne nur davor, dass man den Islamrat, den

WENN WIR BEI VIELEN DIESER ORGANISATIONEN MAL VERGLEICHEN, WELCHE POSITIONEN SIE IN VIELEN FRAGEN VOR 5 ODER 10 JAHREN BESETZT HATTEN, DANN MÜSSEN WIR HIER GANZ KLAR FESTHALTEN, DASS EINE HINWENDUNG NACH DEUTSCHLAND GESCHIEHT.

Zentralrat der Muslime mit einbezieht, aber die DITIB, die nicht in den Organisationen vertreten ist, da raushält, weil die DITIB als größte Organisation über 757 Moscheen verfügt. Dadurch würde man die Akzeptanz dieses Unterrichts auch in vielen laizistischen Bevölkerungsgruppen, unter den Türken vor allem, gefährden. Ein letzter Satz: Lassen Sie uns bitte nicht das Thema Islam in Deutschland nur auf islamischen Religionsunterricht beschränken. Das ist nur ein Unterbereich dieses Themas, aber der Islam und die islamischen Organisationen als Brücke zu der türkischen Bevölkerung, zu der

muslimischen Bevölkerung insgesamt, das ist von ganz großer Bedeutung. Was wir versuchen als Deutsch-Türkisches Forum, als Nebenorganisation der CDU in Nordrhein-Westfalen, ist als Brücke zu fungieren zwischen der CDU und der türkischstämmigen Bevölkerung. Dabei versuchen wir verstärkt auch die vorhandenen islamischen Organisationen zu nutzen. Diesen Weg müssen viele andere Organisationen, insbesondere Parteien, auch gehen.

Dr. Yasar Bilgin

Wir haben heute lange diskutiert und ich habe das Gefühl, dass besonders die Fragestellung von den Abgeordneten doch sehr konstruktiv und sehr überlegt war. Wie gesagt worden ist, soll der Staat selbst nicht eine Gruppe bilden. Es gibt auf der einen Seite den Staat, der ein Konzept sucht, der Rahmenbedingungen setzt. Andererseits gibt es Menschen, die diesen Unterricht als Grundrecht ansehen und ihn durchführen wollen. Es laufen jetzt Prozesse in der Gesellschaft ab, es werden schon Gruppen gebildet zur Zeit, die sich aus Menschen zusammensetzen, die Interesse haben, den islamischen Religionsunterricht in Deutschland einzuführen. Wie Herr Çakir gesagt hat, bestehen bei einigen Gruppierungen auch Zweifel, ob sie jedes Wort wirklich ernst meinen hinsichtlich der Übereinstimmung mit dem Grundgesetz. Diesen Gruppierungen muss man einfach Zeit geben, man muss den Leuten die Möglichkeit geben, sich unter Beweis zu stellen. Es muss jetzt der erste Schritt getan werden. Es gibt jetzt auf der einen Seite den Staat, der bereit ist, den Unterricht einzuführen. Es

bestehen Gruppierungen, die Interesse haben, über den Unterricht mit dem Staat zu einem Konsens zu kommen. Es ist alles vorhanden, man muss jetzt anfangen.

Prof. Michael Rutz:

Danke sehr. Frau Demirbüken bitte.

Emine Demirbüken:

Ich möchte ganz kurz auf Herrn Nordhofen eingehen, der gesagt hat, wir können den Prozess starten, einen gemeinsamen Dialog zu führen. Wir können zwei Ansprechpartner nehmen: den Islamrat und den Zentralrat und können die ersten Gespräche darüber beginnen, wie sich Religionsunterricht an deutschen Schulen inhaltlich installieren lässt. Aber wenn ich mir den 10-Punkte-Katalog anhöre, den Herr Elyas erwähnt hat, der auch von den Islamischen Kulturzentren und der deutschen Muslim-Liga unterstützt wird, und wenn Herr Elyas betont, das sei ein 10-Punkte-Katalog, der mit den Sunniten und den Schiiten einvernehmlich festgeklopft worden ist, dann frage ich: Wo bleiben die 700.000 Aleviten in Deutschland? Sie sind ein ganz wichtiger Bestandteil des Islam, und sie stehen für einen liberalen, säkularisierten Islam. Es ist einfach Fakt, dass der Islam, auch innerhalb der islamischen Diaspora eigentlich unüberbrückbare Grenzen hat. Die Frage der Sunniten und Aleviten, die Frage der Schiiten und der politischen Ideologien - und ich brauche hier nicht zu erzählen, für was die schiitische Glaubensrichtung innerhalb des Islam steht - jedenfalls stehen sie in einem totalen Gegensatz zu den Aleviten. Insofern ist es sehr wichtig

für uns als Organisation, dass wenn eine Anhörung oder eine Kooperation mit diesen islamischen Organisationen fortgesetzt werden soll, in einen Gesprächskreis oder in eine Kommission, die sich damit befasst, nicht nur die Ausländerbeiräte - das Modell haben wir in Berlin übrigens nicht - sondern auch die Migrationsverbände gehören. Wenn wir davon ausgehen, dass der Islam, dass die Religion allgemein identitätsstiftend sein soll, einen Menschen für die pluralistisch-demokratische Gesellschaft vorbereiten soll - und das ist meines Erachtens nun mal eine multikulturelle Gesellschaft - dann darf man nicht an den Migrationsverbänden vorbei nur die Meinung der Religionsverbände anhören. Das wäre nicht im Sinne der Demokratie und auch nicht im Sinne der Verfassung, nehme ich mal an. Ganz wichtig finde ich auch, was Herr Steinbach gesagt hat: 80% der Muslime sind nicht in diesen Organisationen integriert sind. Insofern hoffe ich, dass man aus der heutigen Anhörung die Lehre zieht, dass die Migrationsverbände genauso in das Gremium hineingehören wie die islamischen Organisationen, wenn es um eine gemeinsame Gesellschaft geht, in die wir Kinder integrieren wollen und das nicht nur im Namen der Religion.

Prof. Michael Rutz:

Herr Elyas, ein letztes kurzes Wort.

Dr. Nadeem Elyas:

Der Staat, die Verfassungen der Länder gehen von einem Bekenntnisunterricht aus und lassen die Freiheit, dass sich die Familien und die Kinder abmelden. So

soll hier kein Zwang bestehen, gerade in diesem Unterricht zu gehen und daran teilzunehmen. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die wir hier betonen. Wenn man den Unterricht, Religionsunterricht, anders gestalten möchte, seine Kinder anders erziehen möchte usw., kann man das auch. Aber man darf nicht den anderen Kindern und ihren Familien das Recht entziehen, auch nach dieser Lehre, nach der gängigen Lehre, ihre Kinder erziehen zu dürfen. Und wenn wir hier einen Lehrplan vorgestellt haben, getragen von Sunniten und Schiiten, beweist das, wie viel Mühe wir uns gegeben haben und dass dieser Konsens ohne weiteres machbar war. Es ist keine Theorie, es ist ein Lehrplan vorhanden, der von jeder Seite geprüft werden soll. Er wurde vorher auch von Nicht-Muslimen und von Muslimen geprüft. Wenn hier die Gefahr besteht und die Angst besteht, es könnten fundamentalistische Elemente hinein transportiert werden, dann kann sagen: Hier liegt der Plan vor, bitte prüft das und zeigt uns, was nicht verfassungskonform ist. Wir haben gesagt, der Staat soll die Aufsicht übernehmen. Wir wollen Teil dieses Staates sein und nicht außerhalb der Grenzen der Legalität und der Gesetze.

Die Sprache, ich frage mich, wie würde man antworten, wenn einige gefragt würden: „Möchtet ihr Mathe oder Philosophie in Türkisch oder Arabisch vermittelt bekommen oder in Deutsch?“ Wie absurd ist so eine Frage. Die Religion hat mit der Muttersprache nichts zu tun. Wenn hier die Muttersprache als Teil des Anwerbeabkommens oder irgendwelcher anderer Abmachungen vermittelt werden soll, dafür stehen wir

auch gerade. Die soll parallel laufen. Wir sind nicht gegen die türkische Sprache, nicht gegen die arabische Sprache. Das ist auch ein Teil der Identität dieser Leute hier, aber hier hat die Religion nichts zu suchen. Der Muslim soll seine Religion als Teil seiner Identität vermittelt

DER MUSLIM SOLL SEINE RELIGION ALS TEIL SEINER IDENTITÄT VERMITTELT BEKOMMEN, WAHRNEHMEN UND NICHT ALS EIN ASPEKT DES FREMDSEINS. ER IST IN DEUTSCHLAND GEBOREN, ER IST HIER AUFGEWACHSEN UND MUSS SEINE REGION AUCH IN DEUTSCH VERMITTELT BEKOMMEN.

bekommen, wahrnehmen und nicht als ein Aspekt des Fremdseins. Er ist in Deutschland geboren, er ist hier aufgewachsen und muss seine Region auch in deutsch vermittelt bekommen.

Natürlich gibt es überall Widerstände, natürlich gibt es noch viel zu tun. Wir haben keine idealen Lösungen vorgestellt. Wir haben einiges schon auf die Beine gebracht, das ist noch verbesserungsbedürftig. Aber man kann nicht sagen, hier ist nicht die Mehrheit der Muslime vertreten. Ich frage mich, waren die Muslime vertreten als das Kultusministerium Nordrhein-Westfalen so ein Modell erstellt hat? Auch hier waren die Muslime nicht vertreten und als Beweis dafür haben nur 5 bis 10% der Kinder davon Gebrauch gemacht. Aber die Muslime, die bekennenden Muslime, die praktizierenden Muslime, die stehen hinter ihren Organisationen und ich schließe hier DITIB nicht aus, auf

keinen Fall, wir haben unsere Anfänge mit DITIB gemacht und wir sind offen auch für eine Zusammenarbeit nicht nur mit den muslimischen, mit den Migrantenorganisationen und mit dem Staat, sondern mit allen Teilen dieser Gesellschaft.

Prof. Michael Rutz:

Besten Dank für dieses vermittelnde Schlusswort. Es gibt eine Reihe von Diskussionswünschen aus dem Publikum. Bitte wenden Sie sich danach an die Damen und Herren des Podium, die ja noch dableiben. Die Diskussion hat sehr deutlich gemacht, wie hoch die Integrationsanforderungen für beide Seiten sind, dass es um mehr geht, als um Religionsunterricht, aber um den sehr zentral. Dass Integration auch bedeutet, offen zu sein für Minderheiten. Das betrifft auch die christliche Mehrheit in Deutschland. Und wir haben auch gesehen, es gibt keine Alternative. Das heißt also, es geht darum, jetzt diesen Prozess zu organisieren, wenn dieser Staat in dem Frieden weiterleben möchte, den er bisher genossen hat. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen sehr, Herr Dr. Rüttgers, Sie haben das Schlusswort.

Dr. Jürgen Rüttgers:

Lieber Herr Rutz, meine sehr geehrten Damen und Herren.
Ich möchte ein sehr herzliches Wort des Dankes sagen an Herrn Prof. Rutz, dafür dass er vier Stunden lang hier moderiert hat. Das ist ein hartes Stück Arbeit. Vielen Dank, lieber Herr Rutz. [Beifall]
Ebenso an alle die unserer Einladung heute gefolgt sind, das sind die Damen

und Herren hier auf dem Podium. Vielen Dank, dass Sie heute hier waren. Das war ganz, ganz wichtig, ohne Sie hätte das gar nicht stattfinden können. Es gilt aber genau für Sie, die sie heute als Gäste gekommen sind. Ich hab zwischenzeitlich mal gezählt. Neben dem spannenden Thema, was wir behandelt haben, hat der heutige Tag so es die CDU/CSU-Fraktion betrifft, eine Besonderheit. Es waren insgesamt - wenn auch nicht immer die ganze Zeit, dass ist an so einem Sitzungstag schwierig - aber mehr als 50 Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion da. Ich kann mich nicht erinnern, dass es schon jemals eine Anhörung gegeben hat, an der so viele Abgeordnete teilgenommen haben. [Beifall] Das ist wirklich eine Sache, die ich großartig finde.
Wir brechen jetzt ab und alles was abgebrochen wird, schreit eigentlich danach, dass es irgendwann, in irgendeiner Form dann fortgeführt wird. Das Thema bleibt auf der Tagesordnung, es muss fortgeführt werden. Und wenn ich einmal versuche, meinen Haupteindruck dieser vier Stunden als erste Zusammenfassung zu formulieren, so kann man das eigentlich in einem Wort machen, nämlich dem Wort „Vielfalt“. Wir haben hier säkulare und religiöse Moslems erlebt. Wir haben zustimmende Äußerungen, das war die Mehrheit, aber auch kritische zu unserem Integrationskonzept gehört. Wir haben Muslime erlebt, die selbstverständlich mit und bereits innerhalb der CDU, der Union mitarbeiten, und solche, die dies nicht tun, die sogar anderen Parteien angehören. Das ist eigentlich eine Geschichte, die mich dann wiederum an etwas erinnert, meine Damen und

Herrn, nämlich dass diese Vielfalt nicht nur bei diesem Thema vorhanden ist, sondern eigentlich ja prägendes Merkmal unserer ganzen Gesellschaft. Es gibt ja neben Unionsanhängern durchaus auch noch andere, die uns noch nicht wählen, obwohl nach gestern ist die Zahl etwas kleiner geworden.

Und da gibt es einen zweiten Punkt, der mir wichtig ist. Ich glaube, man kann nach dieser Diskussion feststellen, dass die Idee richtig ist, diese Idee die da lautet, Integration ist machbar. Alle Angstpropaganda, die Muslime per se in unserer Gesellschaft für nicht integrierbar hält oder die Weltbeherrschungsabsichten einer kleinen Minderheit an die Wand malt, die fanatische und verwirrte Randexistenzen zu Exponenten der gesamten Gruppe stilisiert und eine Art neuer Kulturkampf ausrufen will, all das geht in die Irre. Aber ich finde auch das andere ist richtig; auch kritische Anfragen an die Muslime in Deutschland sind deutlich geworden, übrigens gerade heute häufig durch Muslime. Und die werden auch in Zukunft weiter diskutiert werden müssen. Nicht alles was unter dem Banner des Islam segelt, ist für die freiheitliche Demokratie verkraftbar. Wir haben darüber diskutiert: Wie hältst Du es mit der Verfassung, mit der Stellung der Frau?. Das alles muss man besprechen können. Das haben wir heute hier getan, ohne Schaum vor dem Mund und ohne gegenseitige Unterstellungen, sondern vielmehr in der Offenheit, die dann letztlich zu gegenseitigem Verständnis führt. Uns allen, Christen wie Moslems,

Deutschen wie Zugewanderten, Linken wie Bürgerlichen, bleibt nur der Weg der Integration.

Aber da liegt eben noch manches, wahrscheinlich der größte Teil des Weges, vor uns. Wir werden aufeinander zugehen müssen, und dann schließt das auch die Union ein. Auch CDU und CSU müssen ihre Position zu den Alt- und Neubürgern muslimischen Glaubens neu finden. Das Integrationskonzept der Bundestagsfraktion scheint, auch nach der heutigen Debatte, dafür eine tragfähige Grundlage zu sein. Keine Assimilation also, kein Zwang zur Aufgabe der eigenen Wurzeln, aber eben auch keine Parallelgesellschaften. Und nicht jeder muss integriert werden. Es ist auch durchaus legitim, hier bei uns in Deutschland zu arbeiten in der Perspektive, eines Tages wieder in die

UNS ALLEN, CHRISTEN WIE MOSLEMS,
DEUTSCHEN WIE ZUGEWANDERTEN,
LINKEN WIE BÜRGERLICHEN BLEIBT,
NUR DER WEG DER INTEGRATION.

alte Heimat zurückkehren zu wollen. Wo das anspruchsvolle Projekt Integration nicht am Ende steht, hilft dann gegenseitige Toleranz, miteinander auszukommen. Integration und Toleranz das war ja auch das Motto, das auf der Einladung für heute stand.

Und zum Schluss noch eine Bemerkung. Ich würde mir wünschen, dass gerade unser Zusammenkommen hier im Wasserwerk in Bonn zum Ausgangspunkt für ein vertieften Dialog zwischen christlichen Demokraten und Muslimen

in der Zukunft wird. Das wäre übrigens, meine Damen und Herren, auch ein guter Aus- und Nachklang für diesen Ort, mit dem wir ein wichtiges Stück der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verbunden ist. Hier, ich habe es eben zu Beginn schon gesagt, hat der Bundestag für einige Jahre getagt. Es war in diesem Raum, in dem wir die Nachricht vom Fall der Mauer mitbekommen haben. Von hier aus

wurde das erste frei gewählte Parlament für alle Deutschen tätig. Und wenn ich Sie dann heute von hier verabschiede und Ihnen eine gute Heimreise wünsche, dann ist das zugleich für uns auch ein Stück Abschied von Bonn. Gebe Gott, dass all das was hier begonnen, aber nicht mehr vollendet werden konnte, demnächst dann in Berlin zu einem guten Ende geführt werden kann. Ich danke Ihnen sehr herzlich. [Beifall]

LEBENSÄUFE DER TEILNEHMER

Arslan, Bülent

geboren am 17.02.1975 in Nevsehir/Türkei, studiert seit 1994 Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften an der Universität Duisburg und ist seit 1997 Vorsitzender des Deutsch-Türkischen Forums der CDU Nordrhein-Westfalen.

Bilgin, Dr. Yasar

studierte in der Zeit von 1972-1979 Medizin an der Medizinischen Fakultät der Justus Liebig Universität, Gießen, 1991 Habilitation im Fach Kardiologie der Universität Istanbul. Seit 1992 ist er Vorsitzender des Rats der Türkischen Staatsbürger in Deutschland.

Çakir, Murat

geboren 1960 in Istanbul, lebt seit 1971 in Deutschland. Er studiert Architektur und ist Wirtschaftsdolmetscher für die türkische Sprache. Seit Mai 1998 ist er Vorsitzender des neu gegründeten Bundesausländerbeirates.

Çavdar, Ibrahim

geboren am 21.12.1969 in Köln, 1989-1994 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Köln und Studium der Islamwissenschaften. Seit Dezember 1993 ist er Vorstandsmitglied im Zentralrat der Muslime in Deutschland und seit August 1994 Generalsekretär des Verbandes der Islamischen Kulturzentren e.V.

Çinar, Safter

geboren 1946, lebt seit 1967 in Deutschland und studierte Betriebswirtschaftslehre in Berlin. Er ist seit 1991 Sprecher des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg und seit 1997 stellvertretender Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde.

Demirbüken, Emine

geboren am 07.09.1961 in der Türkei und lebt seit 1969 in Berlin, 1980-1985 Studium der Germanistik/Publizistik in Berlin, seit 1988 Ausländerbeauftragte in Berlin-Schöneberg. Sie ist seit 1990 Sprecherin des Türkischen Bundes Berlin/Brandenburg, seit 1994 Vorstandsmitglied des Büros gegen ethnische Diskriminierung und seit 1995 Vorstandsmitglied der Türkischen Gemeinde in Deutschland.

Dultz, Bashir Ahmad

geboren 1935 in Königsberg, Speditionskaufmanns-Lehre, Handelsschule, Abend-Universität, 1951/52 Mitbegründer der Deutschen Muslim-Liga e.V., Hamburg, 1955-1958 Islam-Studium an der Universität in Benghasi. Im Mai 1983 kehrte er nach Deutschland zurück, übernahm 1989 Vorsitzender der „Deutsche Muslim-Liga Bonn e.V.“ und ist seit November 1993 Vorsitzender der Christlich-Islamischen Gesellschaft e.V.

Löwe, Dr. Hartmut

geboren am 13.11.1935 in Steinbach-

Hallenberg, 1956-1961 Studium der Theologie in Marburg. Seit Februar 1993 ist er Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der EG, er ist Vorsitzender der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe und gemeinsam mit dem Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe Vorsitzender der Gemeinsamen Konferenz für Kirche und Entwicklung.

Maier, Prof. Dr. Hans

geboren am 18.06.1931 in Freiburg i. Br., Studien in Freiburg, München und Paris. Seit 1962 ist er o. Professor für politische Wissenschaft an der Universität München, 1970-1986 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, seit 1988 o. Professor für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Universität München.

Nordhofen, Dr. Eckhard

geboren 1945, Studium der Germanistik, katholischen Theologie und Philosophie, lehrte Philosophie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt, leitet seit 1997 die Zentralstelle Bildung der Deutschen Bischofskonferenz.

Rüttgers, Dr. Jürgen

geboren am 26.06.1951 in Köln. Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte. Seit 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages. Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion. Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und

Technologie. Seit Okt. 1998 Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Seit Jan. 99 Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen.

Schäuble, Dr. Wolfgang

geboren am 18.09.1942 in Freiburg i.Br. 1961 bis 1966 Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Freiburg und Hamburg. Seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1981 bis 1984 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1984 bis 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes; 1989 bis 1991 Bundesminister des Innern. Seit 1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, seit 1998 Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands.

Schavan, Dr. Annette

geboren 1955, 1974-1980 Studium der Erziehungswissenschaft, Philosophie und katholischen Theologie, seit 1995 Ministerin für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg, Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Vizepräsidentin der Kultusministerkonferenz, Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Sen, Prof. Dr. Faruk

geboren 1948 und lebt seit 1971 in Deutschland, Betriebswirtschaftslehre-Studium an der Universität Münster. Er ist Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler

und hat eine mehrjährige Erfahrung in der Migrationsforschung und in Türkeifragen, seit Oktober 1985 Leiter des Zentrum für Türkeistudien, seit Juni 1990 Professor an der GHS Universität Essen.

Totakhyl, Ghulam-D.

geboren am 26.04.1944 in Paktia, Alghanistan, 1966-1971 Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst in Deutschland, Rückkehr nach Afghanistan, Tätigkeit im Amt des afghanischen Ministerpräsidenten und im höchsten afghanischen Verfassungsgericht, 1973-1979 Studium der Politik- und

Rechtswissenschaft in Deutschland als Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, seit 1979 Generalsekretär des Islamsrats für die Bundesrepublik Deutschland.

Yildirim, Mehmet

geboren 1951 in Tonya/Trabzon/Türkei und lebt seit 1971 in Deutschland, Praktikum für Maschinenbauwesen, Studienkolleg für ausländische Studenten und Maschinenbau-Studium an der FH Düsseldorf bis 1977, Gründungsmitglied des Ausländerbeirates Heiligenhaus, seit 1987 für DITIB tätig, seit 1989 Vorstandsmitglied und mehrfach Generalsekretär